

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Solomengelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Liberalismus und die Arbeitervertretung in Großbritannien.

London, 18. August. (Eig. Ber.)

Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß es seit dem großen Wahlerfolge der britischen Arbeiterpartei vom Jahre 1906 eine der vornehmsten Aufgaben des Liberalismus dieses Landes gewesen ist, den unbehaglichen Nivalen um die Stimmen der Arbeiterschaft auf hinterlistigem Wege aus der Welt zu schaffen. Der Angriff der Konservativen war ein offener; zwar hüteten sich die klugen Führer dieser Partei aus tatsächlichen Gründen, der Arbeiterpartei zu schroff gegenüber zu treten, aber die große konservative Masse stürzte sich auf das neue Objekt in der politischen Welt mit dem ungestümen Latendrang des ungelenkten Rhinoceros. Die Liberalen gingen vorsichtiger und bedächtiger zu Werke. Sie suchten der neuen Partei die Lebensluft abzuschneiden, und dies gelang ihnen durch die Entschcheidung der „Law Lords“ im Fall Osborne. In der Koterie der „Law Lords“ haben sich die beiden großen bürgerlichen Parteien ein Instrument geschaffen, durch das sie ihre Macht den Angriffen des Volkes gegenüber gewaltig stärkten. Wie es in Amerika nicht darauf ankommt, wer die meisten Stimmen erhält, sondern darauf, wer die Stimmen zählt, so kommt es in Großbritannien nicht so sehr darauf an, wer die Gesetze macht, sondern darauf, wer die Gesetze auslegt. In der mephistophelischen Auslegung der Gesetze hat sich bekanntlich gerade der liberale Law Lord Shaw als Anwalt seiner Partei bei der endgültigen Entscheidung des Falles Osborne hervorgetan. Daß dieser Mann mit seinen Sophismen und pharisäischen Argumenten den innersten Herzensregungen der Liberalen entgegenkam, wird heute auch der verblissenste Apologet des modernen britischen Liberalismus nicht verneinen können.

Die Entscheidung im Falle Osborne hat inzwischen ihr Werk getan. Ein Einhaltsbefehl ist dem anderen gefolgt und in der letzten Zeit haben die dunkeln Gewalten, die an der Zerstörung der Arbeiterpartei arbeiten, ihre Aufmerksamkeit besonders den finanziell mächtigen Bergarbeitergewerkschaften zugewandt. Das Werk ist so weit gediehen, daß der bedrohte Liberalismus wieder aufatmen kann. Lesen wir zum Beispiel, was die liberale „Daily Chronicle“ vor einigen Tagen über die Arbeiterpartei zu sagen hat. Dieses verächtliche Londoner Organ, das von unserem Bruderblatt „Justice“ häufig als das „Tägliche Krokodil“ angedeutet wird, schreibt in einem Leitartikel:

„Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß die Arbeiterpartei unter dem Schlage des Osborne-Urteils taumelt. Der Entschluß hat den Grundstein des Gebäudes der Arbeitervertretung im Hause der Commons gelockert und der ganze Bau droht einzustürzen. Es gibt zwei Mittel, wodurch dieses Unglück vermieden werden könnte; denn es würde sicherlich ein Unglück sein, wenn die Arbeiterschaft nicht im stände wäre, ihren Forderungen im Unterhause durch den Mund ihrer eigenen gewählten Kämpen Ausdruck zu verleihen. Eins der Mittel ist ein besonderes Gesetz, das die Zwangsbeiträge der Gewerkschaften zum Unterhalt ihrer Parlamentarier legalisiert; das andere ist die Einführung von Diäten für die Parlamentarier.“

Dieser Ausdruck des Bedauerns, daß es der Arbeiterpartei Großbritanniens in Zukunft unmöglich sein könnte, ihre Vertreter ins Parlament zu schicken, würde einem Lartuff alle Ehre machen. Das Krokodil, nachdem es seine Beute verzehrt, weint vor Nahrung.

Das Blatt führt dann weiter aus, daß wohl wenig Aussicht bestehe, daß der status quo ante wieder hergestellt werden würde. „Kein Parlament“, so heißt es, „wie es auch zusammengesetzt sei, wird leichten Sinnes ein Gesetz schaffen, das Juristen von der Bedeutung eines Cosens-Hardy und Farwell, Moulton und Shaw als gegen das Gemeinwohl, gegen den Geist des englischen Rechts und verderblich für die Prinzipien der repräsentativen Regierung bezeichnet.“ Sehr bezeichnend für die Gesühle, mit denen der englische Liberalismus die Arbeiterpartei betrachtet, ist auch folgende Darstellung, die das Blatt von der Entwicklung der Arbeiterpartei gibt. Es schreibt:

„Sozialisten nahmen an der Gründung des Arbeitervertretungs-Komitees, das die Genesis der Arbeiterpartei darstellt, einen regen Anteil und gewannen darin einen Grad von Einfluß, der zu ihrer numerischen Stärke in keinem Verhältnis stand. Jemand, der mit der Arbeiterbewegung in diesem Lande vertraut ist, weiß, daß die große Majorität der britischen Gewerkschaften keine Sozialisten sind. Aber es war ein Meisterzug, durch die Bildung einer Arbeiterpartei die Möglichkeit zu schaffen, der sozialistischen Propaganda die Gelber der Gewerkschaften zuzuführen. So schien es wenigstens zur Zeit. Gewerkschafter der alten Schule lebten sich gegen die Herrschaft der Sozialisten auf und einer ihrer Zahl, Herr Walter V. Osborne von der Gewerkschaft der Eisenbahner, fing einen Prozeß an, der mit der wichtigsten richterlichen Entscheidung endete, die jezt den Bestand der Arbeitervertretung selbst bedroht. Es ist das kühnste Ding in der Welt, daß diese Entscheidung zu einer Zeit gefallen ist, da die Arbeiterpartei weniger sozialistisch und ausgeprägter gewerkschaftlich ist, als sie im letzten Parlament war.“

Wenn der letzte Satz überhaupt einen Sinn hat, so bedeutet er, daß die juristische Aktion gegen die Arbeiterpartei höchst wahrscheinlich unterbleiben würde, wenn die Gefahr, daß sie sich zum Sozialismus hin entwickeln würde, nicht bestanden hätte. Das Blatt gibt dann den Arbeiterparteilern den Rat,

sich die Idee, das Recht der Gewerkschaften auf politische Aktion wiederherzustellen, aus dem Kopf zu schlagen und Diäten für die Parlamentsmitglieder zu verlangen. In früheren Jahrhunderten bezogen die englischen Parlamentsmitglieder Diäten. Das Gesetz ist nie widerrufen worden und es dürfte sich daher dieser Brauch, ohne ein neues Gesetz zu schaffen, wieder einführen lassen. Damit wäre den britischen Arbeitern aber wenig geholfen; denn die größten Ausgaben einer Partei verursachen nicht die Gehälter der Abgeordneten, sondern die Kosten der Wahl, die in manchen großen Arbeiterkreisen ungeheure Summen ausmachen.

Es ließen sich noch mancherlei Betrachtungen über die Ausführlungen der liberalen Zeitung anstellen. Das wichtigste daran ist aber, daß sie in unzweideutiger Weise die Feindschaft des Liberalismus gegen die unabhängige, dem Sozialismus zustreuende Arbeitervertretung dokumentarisch und die Notwendigkeit einer entschiedenen Stellung der britischen Arbeiterschaft gegen den Liberalismus betonen.

Zeichen des Verfalls.

Im „Vorwärts“ ist bereits auf die Gefahrlichkeit hingewiesen worden, mit der die ultramontane Presse bei Erörterung der Skandalaffäre Vosk um den Kern der Sache herumgeht. Wir hatten betont, daß, wenn die erwähnte Presse in diesem Zusammenhange auf die Institution der Weichte eingehen wollte, sie entweder den offensichtlichen Bankrott der religiös-dogmatischen Moralerziehung oder aber eine grobe Mißhandlung der Kirche an dem ungeborenen Skandal konstataieren müßte. Und die schweigende ultramontane Presse schweigt weiter! Unsere Feststellung, daß durch pflichtgemäße Verweigerung der Absolution in der Weichte die Kinder gezwungen werden konnten und mußten, sich den Eltern zu offenbaren und daß dadurch die schrecklichen sittlichen Verbrechen längst hätten aufgedeckt werden müssen, erhärtet die ultramontane Presse als richtig durch vielfaches Schweigen. Wenn irgend ein liberales Blatt eine törichte Bemerkung über das Weichtgeheimnis oder die Unschicklichkeit verzapft, dann serviert die schwarze Presse das ihren Lesern mit vielem Behagen in einer Sauce von Spott und Hohn. Dagegen geht sie der Erörterung der Weichtfrage und der katholischen Moralerziehung mit auffälliger Hartnäckigkeit aus dem Wege.

Die „Kreuz-Zeitung“ unternahm es, die katholische Kirche zu retten, indem sie — ebenfalls den Kern der Sache ignorierte und sich in der Hauptsache auf einige geistlose Bemerkungen beschränkte. So meint das edle Organ, es ginge nicht an, aus dem Vosk-Skandal allgemeine Schlüsse zu ziehen, sonst könnte man ja auch sagen, alle Sozialdemokraten seien Spitzbuben, weil sich schon einige sozialdemokratische Kassierer als nicht ehrlich erwiesen hätten. Dazu wäre zu bemerken: Es ist uns gar nicht eingefallen, zu behaupten, alle katholischen Geistlichen, Lehrer und Schulkinder seien sittlich verkommen. Zweitens aber: die Menschen, die als Kassierer sich Unehrlichkeiten zuschulden kommen ließen, haben keine sozialdemokratischen Schulen — sondern kirchlich abgestempelte besucht. Moralisch Schwache, krankhaft Veranlagte gibt es natürlich in jeder Gesellschaftsschicht, bei jedem Erziehungssystem. Daß ein katholischer Rektor zufällig als ein sittlich verkommenes Subjekt entlarvt wurde, das ist nicht das Wesentliche; sondern die betrübliche Tatsache, daß er viele Schandgenossen hat, daß er für seine Lastenreigungen eine große Zahl Opfer fand und daß er sein Unwesen lange, lange Jahre trotz katholischer Moral, trotz katholischer Vorgesetzter, trotz der sonst doch so heiligen katholischen Geistlichkeit ungehindert treiben konnte! Charakteristischerweise genügt es der „Germania“, die deplacierten Bemerkungen der „Kreuz-Zeitung“ als Verteidigung der katholischen Kirche — nachzudrucken! Das Verhalten der sonst so rebellen ultramontanen Presse muß auch den Raibesten stutzig machen. Mit welchem Eifer die schwarze Presse sich bemüht, die Aufmerksamkeit von den springenden Punkten abzulenken, dafür erbringt die ultramontane „Eiserne Völlezzeitung“ noch einen recht bezeichnenden Nachweis. Um das bankrotte System zu retten, vertauscht sie die Rollen. Sie macht die Lehrer und Erzieher zu Verführern der — Kinder! Das Blatt schreibt ganz ungeniert:

„Der andauernde Verkehr mit männlichen Lehrpersonen läßt auf die Frühreifen einen gefährlichen Reiz aus, und von den angefaulenden Elementen benehmen sich nicht selten einzelne herausfordernd gegenüber dem Lehrer. Es kommt vor, daß nicht der Lehrer das Mädchen verführt, sondern vielmehr von dem Mädchen der Lehrer verführt wird. Ist der Lehrer einmal einer solchen Versuchung unterlegen, so ist er auf die schiefste Ebene geraten und verliert vielleicht vollständig die Selbstachtung und Selbstbeherrschung.“

Der Zweck heiligt die Mittel! Nicht nur das vorstehende Zitat ist ein Beweis dafür. Die katholische Kirche strebt nach der unbeschränkten Herrschaft in der Schule, als der besten, sichersten Grundlage ihrer Macht über das Volk. Um die Schule ganz in ihre Gewalt zu bekommen, entrüftet sie sich bewußt heuchelnd über zunehmende Unsittlichkeit. Angeblich soll es gegen die fortschreitende Sittenverwilderung nur ein Mittel geben: Unbeschränkte Herrschaft der Kirche in der Schule!

In Wirklichkeit ist die Behauptung von der zunehmenden Unsittlichkeit Schwinkel. Die Masse des arbeitenden Volkes war wohl kaum je sittlicher, als gerade in der verlästerten Gegenwart. Wichtig ist, daß in gewissen Gesellschaftsschichten als Folge sozialer Verhältnisse verderbliche Reigungen, moralische Verlotterung sich bedauernd stark ausbreiten und die Gänze teilweise auch auf

arbeitende Schichten übertragen wird. Diese sind aber gewöhnlich nicht die Subjekte, sondern meist nur die Objekte sittlicher Verkommenheit. Und dann, was besonders betont werden muß: die katholische Morallehre bildete noch nie einen sicheren Schutzwall gegen Seuchen der sittlichen Verderbnis, der sexuellen Unkeuschheit und Verwerflichkeit!

Noch nie waren die Schäfschen und die Organe der Kirche immun gegen moralische Fäulnis! Die Geschichte der Kirche lehrt das. Zu allen Zeiten, bis in die Jugendtage der Kirche zurück, haben unter ihrem Schepter Unkeuschheit und Korruption Organe geblüht. Sittlicher Verfall war ja auch für den Protestantismus weniger Motiv als erfolgreiches Mittel des Kampfes gegen Rom. Der Protestantismus bedeutete für die katholische Kirche eine ihr ausgenützte Regenerationstherapie. Je nach Umständen wirkte sie mehr oder weniger nachhaltig. Dort, wo der Protestantismus die Herrschaft der katholischen Kirche nicht bedrohte, war der Anstoß zu strengerer Sittlichkeit nur schwach. In katholischen Staaten huldigt die Geistlichkeit einer laxeren Auffassung in Sexualfragen, als bei uns üblich, und das Volk bedrückt — beide Augen zu.

Das Skizzenbuch hat dort vielfach nur theoretische Bedeutung. Auch in den überwiegend katholischen Teilen Deutschlands ist man in dieser Beziehung viel toleranter als in Preußen. Hier, wo der Protestantismus überwiegt, die Staatsgewalt im allgemeinen in protestantischen Händen liegt, hatte die katholische Kirche seit der Reformation eine sehr exponierte Stellung zu verteidigen. Eine der wichtigsten Sorgen für sie war daher die unbedingte Integrität ihrer Organe. An katholischen Geistlichen durfte als Mensch kein Mädelchen haften, um nicht dem Gegner Angriffsflächen zu bieten. Und die Kirchendisziplin wurde in Preußen mit rücksichtsloser Strenge gehandhabt. Selbst kleine sexuelle Verfehlungen brachten den Bestrauchten in ein Kloster, wenn eine Verzeigung nicht rätlich erschien, oder diese als Strafmittel nicht wirksam gewesen war. So kamen die Organe der katholischen Kirche in Preußen zu dem Ruf makelloser Sittenstrenge.

Innerpolitische Verhältnisse wirkten verschärfend nach dieser Richtung. Die bismarckische Kulturkampfgesetzgebung brachte die katholische Kirche in scharfe Opposition zur Staatsmacht und zur unterkonfessionellen Bevölkerung. Diese Situation zwang sie erneut die Disziplinargewalt mit aller Schärfe zu handhaben, um die Organe vor einem Straucheln auf dem schmalen Pfad der durch Kirchenlehre und öffentliche Meinung vorgeschriebenen Moral und Sitte zu bewahren. Das erforderte die Vorkehrung, obwohl schon die Verhältnisse diese Organe zwangen, strengste Selbstdisziplin zu üben. Die katholische Kirche verfügt denn auch in keinem katholischen Lande über so durch Selbstdisziplin und Kirchendisziplin ausgezeichnete Organe wie bisher in Preußen. Wie bisher! Nun zeigen sich, aus erklärlichen Gründen, auch hier Verfallsmerkmale.

Die Raigeetze sind gefallen, bis auf den in der Praxis bedeutungslosen Jesuitenparagrafen, dessen Aufhebung das Zentrum aus agitatorischen Gründen gar nicht wünscht. Die katholische Fraktion ist Regierungspartei in Land- und Reichstag, sie darf sich huldiger Aufmerksamkeit durch die Staatsmacht und deren Repräsentanten rühmen. Die katholischen Bürger erfreuen sich wachsenden Wohlstandes, sie, auch die Organe der Kirche, Lehrer und Geistliche, treten mehr und mehr aus der Isolation heraus, drängen sich hinein in das gesellschaftliche Leben und werden von dessen Wohlheiten, Sitten, dem großen und kleinen Lastern erfüllt. Mit dem Wohlleben, dem Verlassen der exponierten Stellung, dem Aufgeben der Isoliertheit, mit dem Hineintauchen in das moderne Luxus- und Gesellschaftsleben schwindet auch die Immunität gegen die sozial-sittlichen Krankheiten. Erklärlich daher, daß man in den letzten Jahren auch in dem protestantischen Preußen immer häufiger von pikanten Geschichten galanter katholischer Geistlicher und von groben sittlichen Verfehlungen hört, während das früher ein Vorzug katholischer Länder war.

Die katholische Kirche ist gegenüber solchen Erscheinungen, die in der Kriminalstatistik bisher nur schwach in die Erscheinung treten, nicht blind, daher ihre Scheu, auf das für sie stichige Thema einzugehen. Um so mehr ist es Pflicht, die breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Das jetzige System der konfessionellen Moralerziehung und Schulaufsicht ist bankrott, es bedeutet eine moralische Gefahr, der vorgebeugt werden muß.

Wahlkreis und Partei.

Von Karl Kautsky.

Ein „Mabulist“, der mit „demagogischen Kniffen“, „fanthem Pauker“, „elenden Klopffechtereien“ argumentiert und „wissenschaftlich bankrott“ ist — ein solcher Säufer ist jener, der die Haltung Kolbs zur Parteidisziplin und zur Monarchie kritisiert. So behauptet wenigstens Kolb. Und der muß es wissen.

Er hatte erklärt, die Disziplin der Partei müsse dort ein Ende finden, wo sie mit der Ueberzeugung der Genossen in Widerspruch gerate. Dem entgegen hatte ich darauf hingewiesen, daß dann bei einem Streik jene Arbeiter nicht mitzustreichen brauchten, nach deren Ueberzeugung der Streik verfehlt sei. Und ebensowenig brauchten dann radikale Genossen für einen revisionistischen Kandidaten zu stimmen.

Darauf antwortet jetzt Kolb in einem Artikel des Karlsruher „Volkfreund“, überschriften: Ein Mabulist. Er behauptet, diese Beispiele stimmten nicht. Selbstverständlich müßten radikale Genossen für einen revisionistischen Kandidaten stimmen. Da habe die Ueberzeugung nichts drein zu reden. Aber bei den Wabencru handle es sich nicht um den Beschluß eines Wahlkreises, sondern der Partei.

Wenn die Genossen eines Wahlkreises einen Kandidaten aufstellen, muß jeder Genosse für ihn stimmen, ganz selbstverständlich. Wie aber wenn der Parteitag beschließen würde, die Genossen in Berlin wählen die ober jense Kandidaten aufstellen? Glaubst du Genosse Kautsky, daß die Berliner in einem solchen Falle sich einfach fügen würden?

Das glaube ich auch nicht. Aber sie würden sich dagegen auflehnen, nicht weil ihnen der Wahlkreis höher steht als die Partei, sondern weil hier ein Ausnahmefall für die Berliner geschaffen wäre.

Wenn das Organisationsstatut bestimmte — und in mancher Partei gibt es ähnliche Bestimmungen — daß die Aufstellung der Kandidaten von einer zentralen Instanz, etwa dem Parteitag zu vollziehen sei, müßte sich jeder Wahlkreis dem fügen, so lange die Bestimmung besteht. Wogegen sich aber die Berliner mit Recht auflehnen würden, wäre ein Beschluß, der ihnen und nur ihnen allein bestimmte Kandidaten aufzutragen wollte.

So steht aber die Sache in Baden nicht. Wenn der Rürnberger Parteitag beschlossen hätte, die Badener haben das Budget zu verweigern, die anderen können es damit halten, wie es ihnen paßt, dann hätten die Badener das Recht, sich gegen ein solches Ausnahmengesetz zu wehren. Dagegen muß man schon von ihnen verlangen, daß Beschlüsse, die für die ganze Partei gelten, auch von ihnen gehalten werden.

Wenn aber Beschlüsse des Parteitages für den Wahlkreis nicht maßgebend sein sollen, warum ist es dann „selbstverständlich“, daß „jeder Genosse“ sich den Beschlüssen seines Wahlkreises fügen muß? Von Logik ist in dieser Unterscheidung zwischen Wahlkreis und Partei nichts zu spüren. Aber sie ist deshalb nicht minder bemerkenswert.

Das selbe Anspielen des Wahlkreises gegen die Partei finden wir in dem Fortgang der Polemik Kolbs.

Ich hatte darauf hingewiesen, daß ein Abgeordneter die Pflicht habe, sein Mandat niederzulegen, wenn er glaube, einem Parteitag-Beschluß als Abgeordneter nicht folgen zu dürfen. Darauf erwidert Kolb:

„Das würde stimmen, wenn unsere badischen Genossen und Wähler die Auffassung Kautskys hätten. Das aber ist nicht der Fall. Die geradezu erdrückende Mehrheit der badischen Genossen steht hinter der Landtagsfraktion und teilt den Standpunkt, den sie eingenommen hat. Kautskys Argument wäre zutreffend, wenn die 17 Landtagsabgeordneten sich in Widerspruch mit den Wünschen ihrer Wähler gesetzt hätten. Darin liegt ja eben der Fehler des Rürnberger Beschlusses, daß er gegen den Protest ganzer Landtagsmännern diesen einen Beschluß aufzutragen, der nicht gehalten werden konnte.“

Natürlich handelt es sich nicht um die „Auffassung Kautskys“, sondern um die Auffassung der Partei, die in Rürnberger Beschluß niedergelegt ist, zu der sich die siebzehn Landtagsabgeordneten in Widerspruch gesetzt haben. Dieser Widerspruch, meint Kolb, braucht sie nicht zu genieren, so lange sie ihre Wähler hinter sich haben.

Hier wird also direkt von der Gesamtheit der Partei an die Wähler des Wahlkreises appelliert, der Wahlkreis zum Kampf gegen die Partei aufgerufen.

Genau dieselbe Politik, die in Frankreich und Italien die Partei so sehr desorganisiert und geschwächt hat.

Hier zeigt uns aber Kolb auch die Stelle, an der er sterblich ist: Er meint, auf Parteitagbeschlüsse pfeifen zu können, so lange die Wähler zu ihm stehen, das heißt, so lange den Wählern der Abgeordnete Kolb wichtiger erscheint, als der Zusammenhang mit der Gesamtpartei.

Das Aufrufen der Wähler eines Wahlkreises gegen einen Beschluß der Gesamtpartei ist nur dort möglich, wo jenen Wählern die Bedeutung der Gesamtpartei nicht klar gemacht wurde, wo sie über diese fortlaufend falsch informiert werden, wo ihnen der Zusammenhang mit der Gesamtpartei nicht als Quelle der Kraft, sondern als Quelle der Schwäche, nicht als Hebel der Aufwärtsbewegung, sondern als niederdrückendes Hemmnis dargestellt wird. Man läßt die Wähler an und sie werden sich selbst gegen Disziplinbruch wenden.

Wie immer der Parteitag mit den siebzehn Disziplinbrechern verfahren mag, eins ist klar: prinzipielle Aufklärung über die Bedeutung und das Wesen der Sozialdemokratie tut unter den Proletariern Badens dringend not. Wenn der Disziplinbruch den Parteitag veranlassen würde, eine energische Agitation für unsere Grundzüge und Forderungen in Baden in die Wege zu leiten, dann hätte dieser Disziplinbruch auch seine gute Seite.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August 1910.

Aus der Rudekmuddel-Partei.

Nachdem die jungliberalen Elemente in der nationalliberalen Partei vor dem Ansturm des rechten, agrarisch-industriellen Flügels das Hafenspanier ergriffen haben, ist in der national-

liberalen Presse das Gerücht von dem Anschluß nach links fast völlig verstummt. Selbst jene nationalliberalen Blätter, die vor wenigen Wochen noch freilichstrunken von dem das gebildete wohlhabende Bürgertum beherrschenden großen Zug nach links zu erzählen wußten, finden es heute ganz selbstverständlich, daß der Hauptkampf sich gegen die Sozialdemokratie richten muß; nur meinen sie schüchtern, wo in einer Stichwahl sich Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei und der Konservativen gegenüberstünden, müsse von den Nationalliberalen der Fortschrittler unterstützt werden.

Doch selbst dieser politische „Radikalismus“ geht den großindustriellen Geldgebern der nationalliberalen Partei noch viel zu weit. Sie verlangen kurz und bündig, daß in solchen Stichwahlen stets der Konservative dem Fortschrittler vorgezogen wird, da es heute gelte, das Gewicht auf das nationale Moment zu legen und den Liberalismus vorläufig kaltzustellen.

So schreibt als Sachwalterin der großindustriellen Kreise die „Rhein-Westf. Ztg.“:

„Also mit dem Bloß von Wassermann bis Bebel ist es nichts. Das scheinen nunmehr auch die größten jungliberalen Hühler, die blinden Politiker, eingesehen zu haben. Nunmehr spürt noch gewaltig die Einigung des gesamten Liberalismus in der Nationalliberalen Partei; hauptsächlich nur in dieser, denn man hat in dieser Beziehung wenig von den sogenannten Linksliberalen, den Anhängern und Organen der Fortschrittlichen Volkspartei gehört. Kann nach Lage der Dinge ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit der Fortschrittlichen Volkspartei in Betracht kommen? Nein. Die Zentralleitung der Fortschrittlichen Volkspartei hat noch nicht mit Bestimmtheit ihre Taktik bekannt gegeben. Aber die Tatsachen der letzten Zeit zeigen, daß diese Partei ihr Glück mit einem mehr oder weniger innigen Anschluß an die Sozialdemokratie versuchen will. Der tabuläre, demokratische Flügel, die sogenannten 99prozentigen Sozialdemokraten, die bei der Gründung des Bloßes abgetan waren und z. T. kapituliert haben, scheinen durch die Sprengung des Bloßes Oberwasser bekommen zu haben.“

Das Zusammengehen der gesamten liberalen Parteien mag theoretisch-ideologisch ganz schön sein, praktisch kann es nicht in Frage kommen. Die Nationalliberale Partei muß also für die nächste Zeit den Schwerpunkt wieder auf das „Nationale“ legen. Sammlung der nationalen Kreise für die nationale Politik muß für sie der leitende Gedanke für die Neuorientierung der deutschen Politik sein. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie, die infolge der steten Angriffe aus nationalen Kreisen auf die Rechte und infolge des Aufes eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie eingerissen ist und auch weiter einzureißen droht, die aber die ernsteste Gefahr für uns unser Vaterland bedeutet, muß aufhören. Eine Verständigung mit den konservativen Kreisen nach dieser Richtung hin wird nicht allzu schwierig sein. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Nationalliberalen dem Ultra-Agrarierum Unterstützung leisten sollen. Das eine muß feststehen: Bei einer Stichwahl zwischen der sozialdemokratisch-freiwirtschaftlichen Paarung und einem rechtsstehenden Kandidaten ist unbedingt der nationale Kandidat von den Nationalliberalen und Konservativen zu unterstützen.

Das Blatt der Jochen- und Hüttenbesitzer geht in seiner Begeisterung für das „Nationale“ sogar soweit, daß es die Forderung stellt, die nationalliberale Partei dürfe nicht mehr ihr Augenmerk darauf richten, bisher von den Konservativen vertretene Wahlkreise zu gewinnen. Nur nach links dürfe der Wahlkampf geführt werden.

Der Bund der Landwirte als Schützer der Vorkottfreiheit.

Der Bund der Landwirte, dessen Organe sich so oft über den Vorkott widerrechtlich bedrängter Arbeitervereine stillschweigend haben, will eine Art Organisation zum Schutze des Rechtes gründen, mitleidige Gegner zu boykottieren. Auf die Drohung des Hansabundes, jene leitenden Personen des Bundes der Landwirte gerichtlich zur Verantwortung ziehen zu wollen, die Mitglieder des Hansabundes öffentlich boykottieren, um diese zu zwingen, aus dem Hansabund auszutreten, antwortet der engere Vorstand des Bundes der Landwirte mit folgender Aufforderung:

„Der Hansabund veröffentlichte kürzlich in längeren Ausführungen, daß er mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die angeblich vom Bunde der Landwirte über den einzelnen Mit-

gliedern desselben begangenen oder versuchten Vorkotts vorzugehen gewillt sei, und daß er seine Freunde und Mitglieder bitte, ihm Material zur Verfügung zu stellen, auf Grund dessen er dann die in Aussicht gestellten Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen gedenke.“

Dieses Vorgehen des Hansabundes enthält eine bis dahin im politischen Leben völlig ungewöhnliche Drohung, die den Anschein erweckt, als ob durch den Bund der Landwirte gesetzwidrige Handlungen begangen worden seien. In der Erklärung des Hansabundes tritt die Absicht der einseitigen politischen Bekämpfung des Bundes der Landwirte scharf hervor. Unter Entstellung von angeblichen Vorkommnissen wird dem Bund der Landwirte etwas angedichtet, wozu von den leitenden Organen des Bundes niemals in irgendeiner Rundgebung aufgefordert worden ist. Die Gefährlichkeit gegen den Bund der Landwirte ist um so sinnfälliger, als der Hansabund es unterläßt, gegen den Vorkott da aufzutreten, wo er in einer tatsächlich gefährlichen Weise in Wirklichkeit geübt wird: nämlich seitens der Sozialdemokratie.

Wir bitten nun unsere Mitglieder, uns ihrerseits mitzutun, wenn der Hansabund sie in irgendeiner Weise seinen Androhungen entsprechend zu belangen sucht. Wir werden unsere Mitglieder, in der sicheren Überzeugung, daß ungesetzliche Handlungen nicht begangen worden sind, selbstverständlich vertreten.

Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte.
Die Vorsitzenden:
Dr. Kocjide-Görsdorf.
Frhr. v. Wangenheim-Klein-Spiegel.
Der Direktor:
Dr. Diederich Gahn.

Die Redefreude, der Vorstand des Bundes der Landwirte sei der „sicheren Überzeugung“, daß ungesetzliche Handlungen von seinen Mitgliedern nicht begangen worden seien, ist allzu abern, als daß man sie ernst nehmen könnte. Wenn solche Handlungen nicht begangen worden sind, finden die Gerichte doch auch keinen Anlaß, Mitglieder des Bundes der Landwirte wegen Vorkotts zu verurteilen. Oder will der Vorstand des Bundes behaupten, die Gerichte würden lediglich aus Animosität gegen die Bestrebungen des Bundes der Landwirte die größtenteils den Schichten des Landabends angehörenden einflussreichen Bundesmitglieder verurteilen, die in den lokalen Verbänden die Führung haben?

In Wirklichkeit besagt die Aufforderung des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte nichts anderes, als: „Fürchtet Euch nicht vor dem Hansabund; der Bund der Landwirte steht mit seinem Einfluß und seinem Geld hinter Euch und wird Euch schützen, wenn Ihr im agrarischen Interesse gegen die Gesetzesbestimmungen verstoht!“

Es ist höchst bemerkenswert von den Herren des „engeren Vorstandes“, daß sie durch diesen Erlaß die ehrfame „Deutsche Tageszeitung“ zwingen, ihre frühere Deflamation gegen den Vorkott selbst zu dementieren und ihre fittliche Entrüstung als faule Komödie hinzustellen.

Freiherr v. Nischhofen-Wertschütz.

Die „Konserv. Korresp.“ hält es für angebracht, nochmals in einer voreiligen Notiz den konservativen Abgeordneten Freiherrn v. Nischhofen-Wertschütz gegen die Beschuldigung der Steuerhinterziehung in Schutz zu nehmen. Sie schreibt:

„In der Angelegenheit des Freiherrn v. Nischhofen-Wertschütz hat die „Deutsche Journalpost“, die sich hier einer ihrem Wirkungsbereich sonst gänzlich fern liegenden Angelegenheit mit auffälligem Eifer annimmt, die Meldung verbreitet, daß gegen den dem Landrat a. D., Herrn Ernst v. Nischhofen-Wertschütz, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, unterm 8. August 1910 zugegangenen Bescheid des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berantlagungskommission des Landkreises Liegnitz von dem Detektiv-Gräger in Wilmersdorf Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft Breslau eingeleitet worden sei. Und zwar gründe sich diese Beschwerde vor allem darauf, daß sich die Anzeige gegen Freiherrn v. Nischhofen nicht auf das Jahr 1910, sondern auf die Jahre 1907, 1908 und 1909 beziehe, da im Jahre 1910 der Wirtschaftsinспектор Karl Kasten, von welchem die Unterlagen zu der Anzeige gegen den Freiherrn v. Nischhofen herrühren, überhaupt nicht mehr in dessen Diensten gestanden habe.“

Herr Freiherr v. Nischhofen-Wertschütz ermächtigt und demgegenüber zu der Erklärung, daß er selbstverständlich der Verantlagungskommission zu Liegnitz auch das Material zur Beurteilung der vergangenen Jahre genau unterbreitet hat. Es sind gerade die Ergebnisse der letzten drei Wirtschaftsjahre 1906/07, 1907/08 und 1908/09, in denen der Wirtschaftsinспектор Kasten unangekündigt auf dem Rittergut Wertschütz tätig war, von dem Vorsitzenden der Verantlagungskommission in Gemeinschaft mit einem vereideten Protokollführer einer detaillierten Prüfung unterzogen worden. Auch dabei hat sich nicht das geringste Bedenken gegen die Angaben des Freiherrn v. Nischhofen, die mit den genauesten Verlägen versehen waren, ergeben.

Der europäische Arbeiter, der auch wenig Mittel und Gelegenheit zur Pflege der Feinschmiederei hat, mag sich sagen: Reis und Tee ist zwar nicht gerade gaumenreizend, aber zur Abwechslung „en passant“ geschlo schon einmal an. Dabei mag er bleiben bis er die erste Mahlzeit in nationaler Utensilien vor die Nase bekommt. Dann wird allerdings sein Gesicht so lang wie der Tag von Johanni.

Wäre der Reis wenigstens mit Milch gekocht, mit Butter übergossen und mit Zimmt und Zucker versüßt, so könnte er auch in einem europäischen Magen seinen Weg finden. Aber der japanische Reis, wie er den proletarischen Tisch ziert, scheint mit Keimwasser gekocht. Schleimig, aber zäh und geschmacklos, ist er gar nicht durch die Zähne zu bringen. Seine Klebrigkeit scheint eher durch die Technik des Essens, als vom Geschmack geboten zu sein, denn ohne sie scheint es schier unmöglich, ihn mit den zwei Stöckchen, die hier Messer und Gabel versehen, in den Mund zu bringen. Zu allem Unglück stellt der Reis die „Pièce de resistance“ der japanischen Mahlzeit dar, er soll dem Magen eine solide Last geben. Wo man hinkommt, ob in die Heimat der Bauern oder der Arbeiter, oder in die ländlichen Gasthäuser, überall steht der verdächtig riechende Trug mit dampfendem Inhalt bereit. Kaum niedergesetzt, ist auch der Tee eingeschenkt und eine Tasse Reis aufgeschoulet.

Der Nährwert des Reises wird oft gepriesen. Ob wohl seine Rohrdornen aus eignen Versuchen zu ihren Schläfen gekommen sind? Meine Erfahrungen gebieten mir, die Wahrheit dieser Behauptung entscheiden zu bestreiten. Es ist unglücklich, welche Mengen da verschlungen werden müssen, um die Schreie des Magens zu stillen. Die Nationen eines Kults genügen einem mittleren Elefanten. Als ich in der ersten Zeit die kleinen braunen Reute den flebrigen Inhalt einer Anzahl Köpfe in den Mund stopfen sah, glaubte ich, sie äßen für einige Tage auf Vorrat. Zu meinem Erstaunen begann eine kurze Weile später die Prozedur wieder mit der nämlichen Intensität. Dieser göttliche Appetit machte mir schließlich höllischen Spaß. Nur wenn ich die Stillung dieser Ehsucht zu bezählen hatte, konnte ich ein unaussprechlicher Zuschauer werden.

Für eine Wohnung, das ist ein Zimmer, zahlt der japanische Arbeiter vier bis zehn Mark pro Monat. Man kann ihre Klauen möbliert oder unmöbliert nennen, es bleibt sich ziemlich gleich, denn der Hausrat ist auf das denkbarste Minimum beschränkt. Die Kosten der Wohnungsausstattung können die japanischen Arbeiter unter den kleinen Ausgaben buchen. Mit Möbeln ist der Haushalt nicht sehr belastet. Tische, Bänke, Stühle, Sofas, Schränke und dergleichen werden nicht gebraucht. Das einzige Möbelstück, das überall zu erblicken ist, ist ein niedriges Tischchen an dem, auf

Industrie und Arbeiter in Japan.

Von Chagrin.

VII.

Wie lebt der japanische Proletariat?

Die Ansicht ist allgemein, Japan sei, wie man zu sagen pflegt, ein billiges Land. Wie diese Meinung hat aufkommen können, ist einfach ein Rätsel. Der Lebensunterhalt ist dort für den Europäer eher teurer als in Deutschland oder Amerika; ob auch für die Eingeborenen, soll noch gezeigt werden. Billig, schamlos billig, ist nur die menschliche Arbeitskraft und das Proletariatfleisch.

Wenn man die Kosten des Lebensunterhaltes in Japan in Zahlen fassen will und damit Vergleiche anzustellen beginnt, erheben sich sofort handhohe Schwierigkeiten. Die Kosten des Lebensunterhaltes sehen sich zusammen aus den Preisen der Nahrungsmittel, der Kleidung, Steuern und noch manches andere mehr. Nun stellt der Japaner andere, viel geringere Anforderungen an das Leben als der Europäer. Bei einer vergleichenden Betrachtung des Lebensunterhaltes müßten auch die Unterschiede der Bedürfnisse, der Sitten und der öffentlichen Einrichtungen erläutert werden, um zu einem halbwegs zuverlässigen Resultat zu kommen. Aber das ist hier auf engem Raume nicht möglich.

Zunächst kann ohne großes Wagnis gesagt werden, daß, wenn der deutsche Arbeiter in Japan in seiner gewohnten Weise leben wollte, er die nämlichen, nein noch größere Summen ausgeben müßte und er würde selbst für die höheren Ausgaben noch viele Dinge, die ihm das Leben erst des Lebens wert machen, nicht erhalten. Aber auch dieser Satz jagt nicht viel.

Am wenigstens einen Vergleich der Kosten des Lebensunterhaltes zu ermöglichen, seien die Preise der (in Japan) notwendigsten Lebensmittel usw. hier angeführt. Ich erhielt diese Aufzeichnungen von meinem Logiswirt in Tokio. Er kaufte für seine Speisewirtschaft in größeren Mengen und an erster Stelle ein. Der Arbeiter, der seinen Bedarf täglich und stündlich beim Krämer deckt, hat natürlich höhere Preise zu zahlen und erhält obendrein noch schlechtere Qualität. (Um Vergleiche zu erleichtern, habe ich Maß, Gewicht und Währung in deutsche Normen umgerechnet.)

Es kosten in Japan (in Mark):

Tee	1 Pfd. 0,35—0,50	Holzstohlen 1 Kilogr.	0,25—0,37
Kaffee	1 „ 1,30	Eier	1 Stück 0,05—0,07
Zucker	1 „ 0,45	Pohnen	1 Liter 0,18
Wort	1 „ 0,18	Salz	1 „ 0,09
Schweinefleisch	1 „ 0,55	Witz	1 „ 0,45
Rindfleisch	1 „ 0,90	Reis	100 „ 17,70

Weder Herr Freiherr v. Nischhofen-Reichshaus noch wir legen im übrigen Wert auf weitere Presseerörterungen in dieser Angelegenheit. Es wird abzuwarten sein, welches Ergebnis die Beschwerde des Detektivs Gräger und welches Resultat vor allem die von Herrn Freiherrn v. Nischhofen angebrachten Prozesse haben werden. Der Detektiv Gräger und der Wirtschaftsinспекtor Kasten täten ebenfalls gut, wenn sie ihren Beitrag bis dahin einbringen würden. Es ist recht anerkennenswert, daß die „Konf. Korresp.“ auf weitere Behauptungen und Versicherungen verzichtet und abwarten will, wie die vom Herrn v. Nischhofen-Reichshaus angestrebten Klagen ausfallen. Die Leiter der Korrespondenz hätten nur von vornherein dieses Verfahren einschlagen sollen, anstatt sich auf wertlose Beteuerungen einzulassen. Was wahres an der Sache ist, kann vor Gericht entschieden werden.

Die Stellung des Hansabundes zur Sozialdemokratie.

Der „Tägl. Rundschau“ wird telegraphisch aus München gemeldet: „Die „Münch. Neuest. Nachr.“ veröffentlichten einen umfangreichen Briefwechsel zwischen dem Präsidenten des Hansabundes Nieher und dem Münchener Bundesmitglied Freiherrn Wilhelm v. Pechmann. Die Korrespondenz dreht sich um die Stellungnahme des Bundes in den zu erwartenden Parteikämpfen und gipfelt in der Frage, ob der Hansabund auch den Kampf nach links gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen habe. Pechmann fordert den Kampf nicht nur gegen rechts, sondern vor allem gegen links. Die bisherige linksseitige Lähmung des Bundes müsse beseitigt werden. Nieher führt dagegen aus, daß der Hansabund eine wirtschaftliche Vereinigung sei, die sich weder auf einen direkten Parteikampf einlassen, noch auf eine bestimmte Parteirichtung festlegen könne. Der Hansabund habe dafür zu sorgen, daß seine Grundgedanken nach und nach Gemeingut aller politischen Parteien werden. Er führe den Kampf gegen jede einseitige Wirtschaftspolitik, von welcher Partei sie auch betrieben werde. Der Hansabund richte seine Front gegen alle ihm und seinen Zielen feindliche Parteien und Personen und treibe nicht Politik der Worte, sondern der Tat.

Die Schönheiten des Dreiklassenwahlsystems

werden treffend illustriert durch eine amüsante Bekanntmachung, die dieser Tage in der „Saarbrücker Zeitung“ enthalten war. Dieses Kulturdokument lautet: Bekanntmachung. Die auf Donnerstag den 11. August d. J., nachmittags 8 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses zu Brebach angelegten Erloswahlen für den Gemeinderat von Brebach finden wegen der Abwesenheit des in der ersten Abteilung allein stimmberechtigten Wählers an diesem Tage nicht statt. Der neue Wahltermin wird noch bekannt gemacht. Brebach den 6. August 1910. Der Bürgermeister Weder. Weil der hochwürdigste Erbkönig, der die erste Wählerklasse ganz allein bildet, vertritt ist, können auch die anderen Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben!

Zur Erhöhung der Schlagfertigkeit der Armees

hat das Kriegsministerium folgende neue Bestimmungen erlassen: Bei Paraden vor Seiner Majestät spielen die Militärkapellen den zuständigen Präsentiermarsch und zwar so lange, bis der Kaiser den rechten Flügel des Truppenteils passiert hat; darauf wird die Nationalhymne gespielt, aber nur einmal durch und dann wieder der zuständige Präsentiermarsch. Bei Zapfenstreichen vor dem Kaiser haben von den Musikanten während des Gebets die Offiziere den Helm und die Heeren vom Zivill die Kopfbedeckung abzunehmen und während des Spielens der Nationalhymne die Offiziere zu salutieren und die Herren vom Zivill die Kopfbedeckung abzunehmen. Hat man denn keine vernünftigeren Verwendung für hochbezahlte Offiziere, als daß man sie mit dem Ausdenken und Ausarbeiten solcher Vorschriften beschäftigt?

Vorrussische Wirtschaft.

Im Wahlkreis Frankfurt a. M., in dem am 15. September die Nachwahl für den verstorbenen Nationalliberalen Detto stattfand, macht sich der behördliche Apparat in recht ergötzlicher Weise bemerkbar. Unsere Genossen wollten am letzten Sonntag in Briefen in der Wahlversammlung unter freiem Himmel veranstalten und wandten sich um die dazu erforderliche Erlaubnis an den zuständigen Amtsvorsteher in Siebersdorf, v. Stünzner-Karbe, der zufällig auch Vorsitzender des konservativen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. ist. Auf das Gesuch unserer Fürstenwalder Parteileitung erteilte Herr v. Stünzner-Karbe folgende Antwort: Der Amtsvorsteher. Siebersdorf, d. 8. 1910. Ihr Gesuch von heute wird Ihnen umgehend zur Ergänzung zurückgegeben. Ich ersuche Sie, die Personenanzahl anzugeben, die an der Versammlung teilnehmen werden, um prüfen zu können, ob der begehrete Garten auch groß genug ist. Weitere not-

wendige polizeiliche Erhebungen werden mit größter Beschleunigung getroffen werden. v. Stünzner-Karbe. An den Stadtverordneten R. Felber, Fürstenwalde.

Darauf schrieb der Genosse Felber, daß der Garten, der an dem Hause eines unserer Partei freundlich gesinnten Vorbesizers liegt, für 200 Personen Raum gewährt und mehr Personen auch kaum zu der Versammlung erscheinen dürften. Nunmehr erhielt Felber folgende originelle Antwort:

„Bezüglich Ihres Besuches vom 9. d. Mts. betreffend Genehmigung einer Wählerversammlung unter freiem Himmel vom 14. 8. 10 zu Briefen i. R. erhalten Sie auf Ihre Schreiben vom 11. 8. 10 hierdurch folgendes zum Bescheid:“

Das in Frage kommende Grundstück habe ich persönlich in Augenschein genommen und gefunden, daß es wohl groß genug ist, um 200 Personen zu fassen, doch ist auf demselben weder für Wasser geforgt, noch ein Abort vorhanden.

Da ein Abort unbedingt notwendig ist, wird Ihnen anheim gestellt, einen solchen auf dem Plage zu errichten und zwar für Männer und Frauen getrennt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß auch Frauen an der Versammlung teilnehmen.

Falls nicht beabsichtigt wird, zur Regelung der Wasserfrage eine Pumpe zu bauen, ist mir mitzuteilen, ob und wieviel Gespanne zum Wasserfahren bestellt sind.

Die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung kann nicht eher erteilt werden, bevor nicht mitgeteilt ist, daß obige Bedingungen erfüllt sind. v. Stünzner-Karbe.“

Genosse Felber teilte darauf dem Herrn Amtsvorsteher mit, daß auf dem Grundstück zwei Aborte vorhanden sind; auch ein Brunnen ist auf dem Gehöft, um etwaige dürstige Seelen zu erquickeln. Uebrigens könne der Amtsvorsteher seine Bedingungen auf keine gesetzliche Vorschrift stützen. Die Antwort war folgender Bescheid:

„Wie Sie bereits aus dem Ihnen übermittelten Telegramm ersehen haben werden, wird die Genehmigung zur Abhaltung der öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel am 14. dieses Monats zu Briefen i. R. versagt.“

Gründe: 1. Da die Versammlung an einem Sonntag stattfindet, ist die Befürchtung, daß die Versammlung Gelegenheit zu Reibungen und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben kann, keine so entfernte, daß sie nicht von der Polizeiverwaltung berücksichtigt werden dürfte.

2. Zu dem Grundstück, wo die Versammlung abgehalten werden soll, führt kein öffentlicher Weg. v. Stünzner-Karbe.“

Man sieht, an Gründen zur Vereitelung einer sozialdemokratischen Versammlung war der Amtsvorsteher nicht verlegen. Aber genügt hat ihm das Verbot doch nicht. Die Versammlung fand zur festgesetzten Zeit in einem Wohnraum des Privathauses statt, die zahlreich erschienenen Besucher beschloßen laut § 8 des Vereinsgesetzes, die Versammlung in den anliegenden Garten zu verlegen und dort konnte die Genossin Zieh-Berlin frei reden.

Wieder ein russischer Grenzzwischenfall.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Königsberg ein neuer Liebergriff an der russischen Grenze gemeldet. Ein durch langjährigen Aufenthalt an der Grenze mit den Vorschriften wohl vertrauter und vielen russischen Grenzsoldaten gut bekannter 57 Jahre alter Mann wurde von einem Soldaten auf das zwischen den beiden Grenzgräben liegende neutrale Gebiet gelockt und dort festgenommen. Auf drei abgegebene Alarmschüsse kam die Grenztruppe herbei, da der Soldat erzählte, er wolle sich die für jede Festnahme an der Grenze übliche Belohnung von 3 Rubel verdienen. Nachdem der alte Mann in der nächsten Grenztruppe und in dem etwa eine halbe Meile entfernten Norden verhöört war, wurde er in das Gefängnis geworfen, wo er 24 Stunden zurückgehalten wurde. Am anderen Tage wurde er an die preussische Grenze zurückgebracht, nachdem er vorher zwei Schriftsätze, deren Inhalt ihm nicht vorgelesen wurde, unter Anwendung der Zwangsmittel hatte unterschreiben müssen. Der auf diese Weise Nidhandelte hat den Fall zur Anzeige gebracht, was ihm natürlich nichts nützen wird.

Einschränkung der Gefängnisarbeit.

In Verfolg eines Beschlusses des preussischen Landtages findet im Herbst eine Konferenz von Vertretern des Handwerks, des Justizministeriums, des Ministeriums des Innern statt, in der die Frage der Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegenüber dem Handwerk beraten werden soll.

Militärjustiz.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion in Kiel stand der Obermaschinistmann Schöppe vom Minienschiff „Drauschweig“ als Angeklagter. Er hatte bei der Instruktion einen Heizer zweimal geschlagen, einmal direkt auf den Kopf. In der Nacht zum 9. Dezember schlug er zwei Heizer mit dem Schaufelstiel, weil sie nicht schnell genug arbeiteten. Das Urteil lautete auf 10 Tage Mittel-

Arbeit auch noch Keferbüße. Dafür gehen andererseits auch viele im Sommer in einem Kostüm, das, wenn man von dem Strohhut und den, die edlen Teile an den Schenkeln bedeckenden Beinmandlappen abzieht, schon dem biblischen Adam bekannt gewesen ist. Auf den Sonntagsgang sind sie weniger bedacht, schon aus dem Grunde, weil das Mikadoland den Sonntag nicht kennt.

Die Japaner sind das reinste Volk der Welt! So steht es fast überall geschrieben. Man darf denken, die so berichtigten wegen ihres Jertums nicht gram sein, denn sie haben ihre Kenntnis in den höheren Schichten der japanischen Gesellschaft gesammelt. Die Untertanen des Mikado sollen jeden Tag baden. Das mühte so sein, die körperliche Reinlichkeit bedeckte es. Der Japaner trägt keine Unterwäsche. Sein lose hängender Kimono läßt Staub und Schmutz ungehindert auf den Körper dringen. Seine, wenn auch nicht einigmal Waschlgelegenheit ist das Bad. Für viele Arbeiter und Kleinbürger ist eine eigene Badeeinrichtung unerschwingbar. Sie sind auf die öffentlichen Bäderhäuser angewiesen. Dort kostet das Bad jedesmal drei Sen (8 Pf.). Doch aber die körperliche Reinigung im öffentlichen Baderort ein hygienischer Vorteil ist, können nur Leute behaupten, die nie darin gebadet haben. Der etwa anderthalb Meter in allen drei Dimensionen messende Wassertrug wird nur einmal täglich gefüllt. Alle Badegäste eines Tages steigen in das gleiche Wasser, und bleiben lange darin hocken. Oft steht man ein halbes Dutzend eifrig konvergierender Äpfel aus dem dampfenden Wasser lügen. Wie der Inhalt des Holztruges nach einer mehrfachen Benützung aussehen muß, kann man sich leicht vorstellen. Ich bin nur einmal am Morgen, als mir das Wasser noch klar schien, hineingestiegen. Als ich dann aber eine gelbbraune Brühe und dito Klumpen aufsteigen sah, fand ich, daß mein nach Reinigung schreitendes Gewissen mir die Benutzung des Truges für immer verbot. Die schreckliche Verbreitung fleischlicher Hautkrankheiten ist, wie es mir scheint, neben der Kurpfuscherei auch besonders auf diese Art des Badens zurückzuführen.

Meine Kenntnis der japanischen Arbeiterverhältnisse und der Kosten des proletarischen Lebensunterhaltes lassen sich sagen: In Japan verdient der tüchtige, gelehrte Industriearbeiter im Durchschnitt 1.20 Mt. pro Tag. Für seinen Lebensunterhalt muß er, wenn er nicht frühzeitig an Unterernährung zugrunde gehen will, täglich 1.07 Mt. (für Speise und Trank 60 Pfg., Wohnung 17 Pfg., Kleidung 10 Pfg., Diverses 30 Pfg.) ausgeben. So bleiben ihm noch für außerordentliche Ausgaben jeden Tag 13 Pfg. Das gilt für den kräftigen, aufgezogenen Professionsmann. Bei den Berberatern müssen Frau und Kinder mitschlagen, um den Hungerwolf von der Tür zu halten. Wie aber die schlecht bezahlten Arbeiter

arrest; das Gericht nahm an, der Angeklagte habe im Fieberzustande gehandelt, weil er an Mandelentzündung und Rheumatismus leide.

Ein anderer Fall: Vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders hatten sich zwei Matrosen wegen Fahnenflucht zu verantworten. Als das Minienschiff „Wittelsbach“ am 30. Juli bei Odde in Norwegen lag, bemächtigten sie einen Landurlaub zur Flucht. Sie wurden aber von der norwegischen Polizei ergriffen und zur Flotte zurückgebracht. Das Urteil lautete für jeden auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Oesterreich.

Defertion. Wien, 17. August. Die aus Pola gemeldet wird, sollen von dem aus Argentinien zurückgekehrten Kreuzer „Rax VI.“ während dessen Aufenthalt in Argentinien 38 Unteroffiziere und Matrosen desertiert sein.

Spanien.

Versammlungsverbote. Madrid, 17. August. Die Regierung wird die gleichzeitige Veranstaltung von karlistischen und republikanischen Versammlungen, die in Catalonia für den 28. August geplant sind, nicht gestatten.

England.

Die Arbeitslosenversicherung.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung hat der Leiter des Arbeitsnachweises, W. S. Beveridge, in der Versammlung eines kleinen Privatversicherungsvereins eine wenig hoffnungsvolle Erklärung abgegeben. Er sagte, es würde noch mindestens zwei Jahre dauern, bis die Regierung den Entwurf eines Gesetzes vorlegen könne. Inzwischen solle jeder Weg der Abhilfe beschritten werden; denn weniger noch als irgendwo sonst könne man in dieser Sache auf die Regierung warten. Das sieht fast aus, als solle die Arbeitslosenversicherung noch manchmal als liberale Wahlparole dienen.

Dänemark.

Klassenjustiz.

Unser dänische Parteigenosse Kollingsmann Sabroe, der besonders durch seinen unermüdlichen Kampf gegen Kindermisshandlung und Mißstände in den Erziehungsanstalten bekannt geworden ist, wurde am Montag vom Hof- und Stadtgericht in Kopenhagen zu 3000 Kronen Geldstrafe oder 210 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er durch drei im Jahre 1908 in „Socialdemokraten“ veröffentlichte Artikel die Vorsteherin eines Kinderheims beleidigt haben soll. Der Redakteur des bürgerlichen Blattes „Klokken 12“, der die Artikel übernommen hatte, ist seinerzeit mit 350 Kronen Geldstrafe davon gekommen. Unser Genosse ist also zehnmal so hart verurteilt worden, obwohl durch Zeugenaussagen der Klägerin schwerwiegende Dinge zur Last gelegt wurden. Gegen das Urteil ist Berufung beim höchsten Gericht eingelegt worden. — Eine Beleidigungsklage gegen „Socialdemokraten“ in Kopenhagen hatte der frühere Landwirtschaftsminister Ole Hansen angebracht wegen zweier Artikel, aus denen er den Vorwurf herauslas, daß er als Revisor des Antireportvereins von den Betrügereien seines Ministerkollegen Alberti gewußt habe, ohne etwas davon zu verraten. Das Gericht sprach jedoch unsern angeklagten Genossen, Redakteur Lundbeck, frei, mit der Begründung, daß der Vorwurf der Wittvifferschaft Ole Hansens in den Artikeln nicht enthalten sei.

Türkei.

Die Entwaffnung in Mazedonien.

Konstantinopel, 16. August. Nach Depeschen des Balkan Kommando dauert die Entwaffnung der Waffen bei den Bulgaren in Kajas, Jitib und Kojdana fort. Die Bulgaren von Koprivista veranstalteten eine große Kundgebung gegen die geplante Wandbewegung, wobei sie gegen die Sprache der bulgarischen Presse Verwahrung einlegten. Die Bewegung im Bezirk Jitib flaut ab. Die Bevölkerung ist ruhiger und gibt ihren Widerstand gegen die Behörden auf. Die Situation wird danach allgemein günstiger beurteilt.

Amerika.

Gegen den Kellamehden.

New York, 16. August. Die Freunde Roosevelts erklären, daß der Kampf um den Vorschlag auf dem bevorstehenden Staatskonvent in Saratoga noch nicht zu Ende sei, da die zum Konvent erscheinenden Delegierten nicht an die Empfehlung des vorbereitenden Ausschusses gebunden seien und Roosevelt dennoch zum Präsidenten wählen könnten. Das Vorgehen des Ausschusses ist dahin zu verstehen, daß er zum Kampfe entschlossen ist, um der politischen Vorherrschaft Roosevelts ein Ende zu machen.

dem Boden sitzend, die Mähigkeit eingenommen wird. Daneben wird auch noch ein Holzstiel mit einem Topf, in dem vorzüglich in Sand gefüllt eine glühende Holzohle (zum Pfeifenanzünden) glüht, für nötig gehalten. Das ist so ziemlich alles, was in der proletarischen Wohnung zu erblicken ist. Was sonst noch an Geschirr und Wäsche vorhanden sein mag, steht irgendwo in Wandhöhlen. Die japanischen Kinder sollen die artigen der Welt sein, weil sie weder Möbel ruinieren, noch Lampen zerbrechen. In diesem Punkt muß man den Beschreibern Japans rückhaltlos zustimmen. Die Kinder zerbrechen auch tatsächlich nichts, schon aus dem einfachen Grunde, weil zu zerbrechen nichts da ist.

Wie die Leute sich im Winter gegen Kälte schützen, bleibt ein Rätsel. Die dünnen Bretterwände und Papierscheiben können doch schwerlich den Frost bannen. Ein solider Ofen ist selten zu sehen. Der kleine (transportable) Feuerkasten, auf dem mit Holzohlen die Mähigkeit gefocht wird, kann doch unmöglich Wärme genug für die Heizung des Zimmers erzeugen.

Der Japaner hat keine Bettstatt. Er kloppt mit seiner Familie auf dem Boden ein einziges, vielleicht nur drei Meter langes und nicht viel breiteres Gemach. Eigentlich geht er auch nicht zu Bett, sondern das Bett kommt allabendlich zu ihm. Wenn es dunkel geworden ist und er am Plausch mit dem Nachbar keinen Gefallen mehr findet, holt er aus dem Barette des Wandschrankes eine Decke hervor, breitet sie auf dem Boden aus und legt sich gewöhnlich angezogen wie er ist, darauf. So eine Schlafdecke ist ein teures und schwürdiges Stück Hausrat. Deshalb wird sie auch sorgfältig aufbewahrt. Manchmal sind diese Decken derartig verschliffen, daß sie ihren Namen nicht mehr verdienen. Gar nicht selten riecht man es ihnen schon an, daß sie der Tummelplatz vieler Familienflecken gewesen sind. Wenn man sie über die Nase zieht, entströmt ihnen ein Aroma, das von seudenden Zeiten träumen macht.

Die Masse der Arbeiter mag monatlich eher weniger als fünf Mark für die einzimmerige Wohnung ausgeben. Das wird wenig erscheinen, solange man die Klause nicht kennt. Dieses niedrige, enge, in der Regel neunmal neun Fuß messende Zimmer, das nur von dünnen Brettern und Papierscheiben eingeschalt ist, würde andernorts noch billiger sein, wenn die Polizei ihre Vermietung an Menschen gestattete.

So primitiv wie die Nahrung und Wohnung, ist auch die Kleidung des japanischen Arbeiters. Mit einem Kimono (ein leichter, von den Schultern bis an die Knöchel reichender Mantel aus dünnem Gewebe), womöglich noch ein Unterleibchen und einem aus sechs Breitrücken zusammengesetzten Paar Trütschen ist sein Bedarf an Kleidung gedeckt. Freilich haben die bessergestellten

und die Arbeitslosen leben, zeigt ein Gang durch die Proletarierdistrikte der industriellen Zentren. In diesen feiert die menschliche Misere schreckliche Orgien. Hier haufen Tausende und Aber-tausende von menschlichen Kreaturen den Tieren gleich in schmucklosen, verpesteten, stinkenden Löchern, nicht wissend, woher eine Handvoll Reis nehmen, womit die Mähe bedecken.

Der japanische Arbeiter im allgemeinen sieht sich in Tagen wirtschaftlicher Not allein und verlassen. Sein einziger Freund ist der Tod. Japan wird nicht vergeblich das Land des Selbstmordes genannt. Staatliche Unterstützung gibt es nirgends; die Privathilfe ist gleich Null. Im Fall der Krankheit sucht der arme Teufel, wenn er noch einige Sen hat, beim Quacksalber Viderung, oder legt sich ruhig hin, um in stoischer Ergebenheit zu sterben. Die hohen Honorare der modernen Kunst kann er nicht bezahlen. Immerhin hat er noch eine Stätte, wo er sich niederlegen kann. Aber die Bewohner der Slums wandern jeden Abend auf die Suche nach einer Diebstahl. Glücklich jene, die das Schicksal noch einige Sen finden ließ, um dafür in einer Drei-Sen-Restaurierung eine Mähigkeit und einen Schlafplatz für eine Nacht ersuchen zu können. In diesen Herbergen pressen sich die mit schmucklosen Füßen bedeckten Paras auf dem harten Boden eng aneinander, um nicht zu erfrieren.

Die einzigen Glücklichsten in diesen Häufungen des Elends sind die Wucherer. Sie verstehen es meisterhaft, aus der Dieberei der Ärmsten Profit zu pressen. Das Bad und Out, das die armen Teufel noch besitzen mögen, wird, obwohl es anderwärts für einen Schutthaufen zu schlecht wäre, noch von den Wucherern als Pfand für ein paar Sen angenommen. Die Allgemeinheit des Elends garantiert ihnen steigenden Reichtum.

Die vom Geld und Gut gänzlich Entblößten bestehn in den Krankenhäusern, Koffenen und europäischen Restaurants um Speisefälle. Zumeist ohne Erfolg. Denn was übrig bleibt, wird schon von den Agenten einer Gesellschaft geholt, die daraus Wohlzeiten für die Gäste der Drei-Sen-Restaurierungen bereitet. Die nagende Heißer Hunger zwingt die unglücklichsten Stiefkinder des Schicksals, die Rüsselmeier nach Nahrung zu durchwühlen. Fischköpfe, Eingeweide, Brotkrumen, Knochen, kurzum, alles, was zur Stillung des Hungers halbwegs geeignet ist, wird peinlichst gesammelt und verschlungen. Die Straßenhunde können es nicht viel erbarmlicher haben. Das Elend des Großstädte Amerikas und Europas ist auch grauenvoll, aber es verblüht, es scheint erträglich zu werden, wenn man durch die Löffel Quartiere Schitago, Hongo oder Schiba wandert. Versetzen Sie sich in die Proletarierhölle taufen will, sollte sich erst die Elendskisten Japans ansehen.

Gewerkschaftliches.

Gegen die Maulkorbverfügung.

Das Gewerkschaftsstatut in Frankfurt a. M. beschäftigt sich kürzlich u. a. auch mit dem neuen Erlass des preussischen Handelsministers in der Frage der Verichterstattung der Gewerbeinspektoren. Der Minister hat sich das Wohlgefallen der Industriellen erworben durch die Anweisung an die Aufsichtsbeamten, sich auf die einfache Tatsachenberichterstattung zu beschränken, keine Kritik zu üben, keine Ratschläge zu erteilen. Nach einer entsprechend scharfen Kritik der ministeriellen Maulkorbverfügung gelangte in der Kartell-Fassung folgende Resolution zur Annahme:

„Die Kartellversammlung der Frankfurter Gewerkschaftsdelegierten, die aus dem Jahresbericht des Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariats die ungeheuren Schwierigkeiten des Kampfes der organisierten Arbeiter für Hebung ihrer Lebenshaltung und Arbeiterschaft entnimmt, spricht ihre schärfste Mißbilligung über den neuesten Erlass des preussischen Handelsministers aus, durch den die preussischen Gewerbeinspektoren in der Kritik und in ihren Verbesserungsvorschlägen zur deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung gehindert werden sollen. Sie erblickt in der Maßregel des preussischen Handelsministers eine aufreizende Stellungnahme zugunsten der Schwarzmacher und der Feinde des Arbeiterschutzes und erwartet von den Aufrechten unter den preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten, daß sie sich durch den arbeitserfreundlichen Erlass in der sachkundigen Besprechung der zahlreichen Lücken der Arbeiterschutzgesetzgebung nicht beirren lassen.“

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Innenausbauhandwerker.

Die Vertrauensleute und Ausschussmitglieder der Betriebe, deren Inhaber dem Verein Innenausbau angehören, waren am Dienstag im Gewerkschaftshaus versammelt, um den Bericht der Verhandlungskommission entgegenzunehmen. Langhammer, der den Bericht gab, führte aus, daß die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse gemacht hätten. Die Einführung der Lohnarbeit sei glatt abgelehnt worden. Die Kommission habe nun versucht, die Kostfrage in der Weise zu regeln, daß der vereinbarte Lohn als Abschlag gezahlt werde, wie das schon in einigen Betrieben eingeführt sei. Doch auch das sei abgelehnt worden; ebenso ein anderer Vorschlag, die Abschlagszahlung stufenweise, für alle Betriebe gleichmäßig, nach der Lohnhöhe zu regeln. Die Arbeitgeber berieten sich auf den allgemeinen Vertrag und wollten nicht über 33 M. Abschlagszahlung hinausgehen. Am Schluß erklärten sie allerdings, in den Betrieben mit den Ausschüssen zu verhandeln zu wollen, auch den besser entlohnten Arbeitern ein höheres Kostgeld zu zahlen. Herr Kobart, der an der Verhandlung teilnahm, habe es den Meistern recht schwer gemacht, etwas zu bewilligen. Die Versammelten waren über das Ergebnis der Verhandlung sehr enttäuscht. In der nun folgenden Diskussion kam ein großer Unwille zum Ausdruck. Einige Redner erklärten, wenn man nichts zugeben wolle, dann hätten die Verhandlungen mit dem Verein überhaupt keinen Zweck. Man lehne es natürlich ab, zu schlechteren Bedingungen zu arbeiten, als in vielen anderen Betrieben eingeführt sind. Es wurde beschlossen, die Ausschüsse sollen noch einmal vorstellig werden und den Unternehmern folgende Wünsche unterbreiten: Als Abschlagszahlung bei Affordarbeit sind mindestens 36 M. zu zahlen, bei einem Stundenlohn von 80 Pf. 40 M., bei höherem Lohn nach freier Vereinbarung. Die Verhandlungen sollen Donnerstag und Freitag stattfinden und bis Montag Abend sollen alle Betriebe über das Ergebnis berichten.

Deutsches Reich.

Der Kampf auf den Schiffswerften.

Die Situation hat sich nur wenig geändert. Mahnrufe einiger bürgerlicher Blätter und Sozialpolitiker an die Adresse der Regierung und an Männer von „großem Einfluß“, doch ja recht bald Frieden zu stiften, machen anscheinend nicht den gewünschten Eindruck.

Wie empfindlich sich der Streik der Hamburger Werftarbeiter bemerkbar macht, ist aus den sich jetzt häufenden Nachrichten zu ersehen, daß Schiffe, die früher stets in Hamburg ihre notwendigen Reparaturen vornahmen, nunmehr das Ausland zu diesem Zwecke aufsuchen müssen. Außer dem Dampfer „Helios“, der schon in der vorigen Woche nach Shields ging, um dort repariert zu werden, geht nunmehr auch der Dampfer „Geestemünde“ wegen Bodenschadens nach England. Der in Kopenhagen durch Feuer schwer beschädigte Dampfer „Standard“ soll dort bleiben, um gleich an Ort und Stelle die nötigen Reparaturen vorzunehmen. Alle drei Schiffe gehören der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft an.

Wie bei allen großen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit zeigt sich auch bei der Werftarbeiterbewegung die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft. Die Verwaltungsstelle Hamburg des Zentralverbandes der Schiffe nahm zum Streik der Werftarbeiter Stellung. Zur Verhandlung stand die Erhebung eines Extrabeitrages, um die streikenden und ausgeperrten Werftarbeiter recht tatkräftig unterstützen zu können. — Einstimmig war man der Meinung, daß den Kollegen auf den Werften alle Sympathie angewendet werden müsse. Beschlissen wurde, vorläufig auf die Dauer von sechs Wochen einen wöchentlichen Extrabeitrag von 1 M. zu erheben.

In den Tod gejagt.

In der Nähe von Weisenburg in Mittelranken ließ sich auf der Bahnstrecke Nürnberg—München der ledige Töpfer Artur Müdel aus Weihen vom Zuge überfahren und war sofort tot. Müdel ist ein Opfer des Unternehmerterrorismus geworden. Er war im vorigen Jahre am Töpferstreik in der Fabrik von Lang u. Wertheimer in Gunglshausen beteiligt, der monatelang dauerte und schließlich verloren ging. Die Firma begnügte sich nicht mit ihrem Sieg, sondern ließ die Streikenden bis in die letzte Zeit herein durch den Unternehmerverband mit einer schwarzen Liste verfolgen. Auch Müdel bekam die Scharfmacherrache empfindlich zu verspüren. Wiederholt hatte er in anderen Orten Arbeit erhalten, prompt tat die schwarze Liste jedesmal ihre Schuldigkeit, stets mußte er auf Verlangen des Unternehmerverbandes wieder entlassen werden. Auf solche Weise von Ort zu Ort getrieben, wurde der erst 19jährige junge Arbeiter zuletzt zur Verzweiflung getrieben und in den Tod gejagt. Mit der genannten Firma hatte der Töpferverband schon mehrmals wegen Aufhebung der schwarzen Liste verhandelt, aber stets vergeblich. Nachdem das Unglück geschehen, hat man die Liste aufgehoben, weil die Firma „kein Interesse mehr daran habe, ob die ehemaligen Streikenden Arbeit haben oder nicht!“

Anerkennung der Organisation in der Brauindustrie.

Zu der Magdeburger Brauindustrie wehrten sich bis jetzt die Unternehmer hartnäckig gegen die Anerkennung der Organisation der Brauereiarbeiter. Sie hatten sich in dem „Bund Deutscher Brauereigewerkschaften“ eine große Schutztruppe geschaffen, mit deren Hilfe sie das Eindringen des Brauereiarbeiterverbandes in Magdeburg und somit auch eine zeitgemäße Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu vereiteln hofften. Als aber Anfang 1904 der Brauereiarbeiterverband doch Eingang in Magdeburg fand, schlossen die Unternehmer schnell mit ihrer gelben Schutztruppe einen „Tarif“, gültig bis 1907, ab, der dann mit geringen Änderungen bis 1912 verlängert wurde. Der Zweck der Uebung war, der gelben Schutztruppe bei einem etwaigen Vorstoß der frei organisierten Brauereiarbeiter ganz wider zu sein. — Es hat ihnen nichts genützt; jetzt haben sich die Magdeburger Brauereien nacheinander zur Anerkennung der

Organisation und zum Abschluß eines Tarifvertrages bequemen müssen. Der Vertrag sieht eine Lohnerhöhung von 1,50 M., teilweise aber auch von 2 bis 6 M. pro Woche vor, ferner eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde täglich und noch andere erhebliche Verbesserungen.

Die dem Reichs- und Provinzialen Gewerbeverein angeschlossenen gelben Brauereiarbeiter müssen nach ihrem „Tarif“ bis 1. April 1912 noch zehn Stunden täglich arbeiten; auch steht der tarifliche Lohn der gelben Brauer bedeutend hinter den Löhnen der gleichen Lohngruppe des jetzigen Tarifes zurück.

Aus der Holzarbeiterbewegung.

Die Holzarbeiter in Altenburg haben ohne Arbeitseinstellung eine nicht unbeträchtliche Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse erzielt. Sie erhielten bei einem Vertragsabschluss auf die Dauer von vier Jahren eine Lohnzulage von 6 Pf. auf die Stunde, davon 3 Pf. sofort, einen Mindestlohn von 45 Pf.; 10 bezw. 20 Pf. Aufschlag für Überstunden und eine bessere Bezahlung für Montagearbeiten. In der Stuhlfabrik von Rob. Dehlschlägel u. Co. in Preußisch-Holland (Ostpr.) haben sämtliche dort beschäftigten Stuhlbauer, Polierer, Drechsler und Tischler die Arbeit niedergelegt. Die Firma weigerte sich, auf die Forderungen der Arbeiter: Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Stundenlöhne resp. Affordpreise annehmbare Zugeständnisse zu machen. Es werden neue Arbeitskräfte gesucht, die beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis erklären müssen, daß sie keiner Gewerkschaftsorganisation angehören. Zugang nach Preußen ist streng zu vermeiden.

Die Tischlergesellen in Bünde (Westf.) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf.; für Gehilfen im ersten Gesellenjahr 35 Pf., 5 Pf. Zuschlag für Überstunden und Sonnabends die neunständige Arbeitszeit. Da die Meister die Forderungen ablehnten, haben sämtliche Gehilfen die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Töpferstreik in Leipzig.

Nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, auf die Forderungen der Töpfer — Erhöhung der Affordsätze im neu abzuschließenden Tarif — einzugehen, haben diese am Mittwoch, den 17. August, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng zu vermeiden.

Ausland.

Der Nationalverband der belgischen Bergleute, der am 2. Februar 1890, als die Zusammenfassung der zerstückelten Ortsverbände errichtet wurde, zählte im Jahre 1909 in 5 Bezirksverbänden und 138 Ortsvereinen 30 800 Mitglieder (1899: 18 500); 32 Proz. der über 16 Jahre alten Bergleute (95 800). Das Vermögen beträgt nicht weniger als 3,1 Millionen Frank; mehr als 80 M. auf das Mitglied. Seit 1901 erscheint ein Fachblatt, das monatlich, seit Anfang 1910 zweimal monatlich herausgegeben wird; man hofft bald zu einem Wochenblatt zu kommen. Eine ständige Ausgabe erscheint in 1000 Exemplaren. Die Auflage stieg von rund 70 000 im ersten Jahre auf 110 000 1909 und wird jetzt 130 000 betragen. Seit 1908 besteht ein Sekretariat. Damals wurden die Leistungen für die Verbandsgenossen von 10 auf 20 Cent monatlich erhöht; immer noch ein sehr magerer Beitrag. Der Verband besitzt ein umfassendes Programm, das neben einer Reihe engerer Berufsangelegenheiten eine Anzahl Forderungen von allgemeiner Bedeutung aufstellt: so die Vergesellschaftung der Bergwerke; Recht auf Arbeit und Achtstundentag; von den Arbeitern gewählte Inspektoren; Schiedsgerichte und Einigungsämter; Alterspension von 600 Frank für Bergarbeiter im Alter von 50 Jahren usw.

Bergarbeiterausstand.

Paris, 17. August. Die Bergleute des Kohlenbeckens von La Mure bei Grenoble sind in den Ausstand getreten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind Gendarmen dorthin beordert worden.

Keine Metallarbeiter nach Italien.

Das internationale Gewerkschaftssekretariat erläßt eine dringende Warnung für Metallarbeiter vor Zugang nach Biondino in der Provinz Pisa in Italien. Dort sind 3000 Eisenschmiedearbeiter seit dem 24. Juli ausgeperrt, weil sie Lohnerböschung verlangen. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, Streikbrecher aus dem Auslande, speziell aus Deutschland, zu importieren.

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Wahlverein des vierten Kreises in Kellers Saal eine Generalversammlung ab, welche die Berichte der Kommissionen, die in der vorigen Versammlung noch nicht erledigt werden konnten, entgegenzunehmen hatte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Genosse Hadelbusch, der als Parteitagdelegierter gewählt worden ist, daß er das Mandat des vierten Kreises nicht annehmen könne, weil er kurz vorher die Reichstagskandidatur im Kreise Prenzlaw-Angermünde und auf dringendes Ersuchen der dortigen Genossen auch ein Mandat ihres Kreises zum Parteitage habe übernehmen müssen.

Das hierdurch erledigte Parteitagmandat des vierten Kreises wurde nun dem Genossen Paul Böhm übertragen, der bei der Wahl nach Hadelbusch die meisten Stimmen erhalten hatte.

Im Anschluß an diese Angelegenheit entstand eine Debatte, in der mehrere Redner sich dagegen aussprachen, daß Genossen gleichzeitig in zwei Kreisen zum Parteitage kandidieren. Ein vom Genossen David gestellter Antrag wurde angenommen, welcher besagt: Wenn jemand außer im vierten Kreise noch in einem anderen Kreise zur Provinzialkonferenz oder zum Parteitage kandidiert, so soll er von der Kandidatenliste des vierten Kreises gestrichen werden. Sollte die Doppellandidatur erst nach erfolgter Wahl bekannt werden, so soll die Wahl des betreffenden als ungültig erklärt werden.

Hierauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Däuner gab einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Prekmission.

Hadelbusch, der den Bericht der Agitationskommission erstattete, schilderte die Schwierigkeit der Agitation auf dem Lande und zeigte, daß wir trotzdem recht gute Erfolge erzielt haben, sowohl bei den Gemeindevorständen als auch im Wachstum der Parteiorganisation. Weiter bemerkte der Redner, daß die Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften einmütig zusammenarbeiten.

Rott, der Vertreter der Lokalkommission konstatierte, daß der vierte Kreis keinen Lokalkampf zu führen habe, da ihm Lokale genug zur Verfügung stehen. Im übrigen betraute der Redner auf den Bericht im Mittelungsblatt.

Genossin Wengels berichtete über die Arbeiten der Kinderbeschulungskommission und plädierte für rege Beteiligung an derselben.

In der Diskussion hielt Regge eine längere Rede, worin er die Anwendung scharfer Kampfmittel zur Erreichung der Parteiziele energisch befürwortete und von der Parteipresse verlangte, daß sie diese Kampfmittel propagiere. Am „Vorwärts“ sei zu tabeln, daß er es an Aufklärung über die Kampfmittel des Proletariats fehlen lasse, und daß er die Artikel von Rosa Luxemburg über den Massenstreik zurückgewiesen habe. Die Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen hätten bewiesen, daß die Massen von Kampfstimmung befeuert seien und des Rufes zum Massenstreik warteten. Die Parteipresse habe die Aufgabe, diesen Geist in den Massen zu pflegen.

Rehge trat dem Vorredner entgegen, indem er ausführte, die Tatsachen hätten bewiesen, daß Regge die Stimmung der Massen nicht zutreffend beurteile. Die Taktik des „Vorwärts“ in der Frage des Massenstreiks sei die richtige. Auch im übrigen entspreche die Haltung des „Vorwärts“ durchaus den Interessen der Partei. Wenn alles, was in der Parteipresse hinsichtlich der Pflege des Idealismus und des sozialen Geistes gesagt werde, von allen Genossen befolgt würde, dann wären solche Tiraden, wie der Vorredner gehalten, überflüssig.

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen.

Die Neuwahlen, beziehungsweise Vorschläge zum Zentralvorstand hatten folgendes Ergebnis: Aktionsauschuß: Paul Hoffmann. Prekmission: Däuner. Agitationskommission: Hadelbusch. Lokalkommission: Rott. Aspiranten: Mann, Varentin, Rehge. Revisor: Feuner. Vertreterin der Frauen: Genossin Wengels. Geschäftsführender Auschuß: Ernst, Liepmann, Böke.

Nun folgte die Beratung verschiedener Anträge. Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag angenommen, welcher bezüglich der Verhandlung von Ausschlußanträgen folgendes bestimmt: „Dem Vorstand steht das Recht zu, Ausschlußanträge eines aus sieben Personen bestehenden Schiedskommission zu überweisen, die ausschließlich in der Generalversammlung neu zu wählen ist. Gegen die Entscheidung der Kommission steht den Beteiligten innerhalb vier Wochen vom Tage der Entscheidung ab Berufung an den Vorstand zu. — Beschwerden und Streitigkeiten unter den Mitgliedern, soweit sie nicht Ausschlußanträge zur Folge haben, werden von der Schiedskommission endgültig erledigt. — Die Schiedskommission hat von allen Verhandlungen dem Vorstande Bericht zu erstatten.“

Ein Antrag der 29. Abteilung, der sich dagegen wendet, daß der Kassierer Varentin zum Besuch der Parteischule bestimmt worden ist, wurde nach längerer Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Marmorarbeiter nahmen am Dienstag in einer überfüllten Versammlung den Bericht der Tarifkommission entgegen. Obwohl die Tarifvorlage bereits vor vier Wochen an den Unternehmerverband eingereicht worden ist, soll erst am 18. August eine Verhandlung mit der Tarifkommission der Arbeiter abgehalten werden. In dem Einladungsschreiben ist außerdem darauf hingewiesen, daß seitens des Unternehmerverbandes „eine Geneigtheit auf Grund des eingereichten neuen Tarifes, Verhandlungen zu pflegen, nicht besteht“ und daß die Herren nur bereit seien, auf der Grundlage des alten, vor drei Jahren abgelaufenen Tarifes, zu verhandeln. Der alte Tarif entspricht aber weder in seinem technischen Aufbau, noch in der Preisfestsetzung den gegenwärtigen Verhältnissen.

In ausgedehnter Debatte machte sich eine berechtigte Empörung über die Verschleppungstaktik der Unternehmer Luft. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die im Zentralverband der Steinmetzen Deutschlands organisierten Marmorarbeiter Groß-Berlins nehmen Kenntnis von dem Stande der Tarifbewegung. Sie erblicken in der Hinausschiebung der Verhandlungen durch die im Verbands der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin für die Marmorbrüche maßgebenden Personen eine absichtliche Verschleppung derselben und ermächtigen ihre Tarifkommission, die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband abzubrecheln, falls dieser nicht die Gewähr für einen geregelten Fortgang der Verhandlungen bietet. Die alsdann zu unternehmenden Schritte unterliegen der Zustimmung einer zu diesem Zwecke einzuberufenden Versammlung. — Um den Gang der Verhandlungen möglichst zu beschleunigen, beschließen die Versammelten ferner, bis zum Abschluß der Tarifbewegung die normale Arbeitszeit, 8½ bezw. 9 Stunden nicht zu überschreiten und eventl. notwendig werdende Überstunden (Koststandsarbeiten) nur mit Zustimmung der Tarifkommission zu leisten.“

Eine für Sonntag, den 21. d. M., vormittags 10 Uhr, nach dem Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, einberufene Versammlung wird alsdann eventl. weitere Beschlüsse fassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englische Sympathieunterstützung für die Werftarbeiter.

London, 17. August. (W. T. B.) Das Parlamentarische Komitee der Trade Unions hat eine Sonderführung abgehalten, um zur Bewegung der deutschen Werftarbeiter Stellung zu nehmen. In einer Resolution wurde den deutschen Werftarbeitern die Sympathie der Versammelten zum Ausdruck gebracht. Die Bedingungen, gegen welche die deutschen im Kampfe begriffen seien, stellten eine Bedrohung für die englischen Arbeiter dar, und an alle Mitglieder der Trade Unions sei die Mahnung zu richten, den deutschen Werftarbeitern jede finanzielle und sonstige Beihilfe zuteil werden zu lassen.

Amnestie für Ungarn.

Wien, 17. August. (Pres.-Tel.) Eine Amnestie aus Anlaß des 80. Geburtstag Kaiser Franz Josephs gibt 20 wegen Hochverrats und Aufreizung gegen die Staatsgewalt zum erstenmal verurteilten Ungarn die Freiheit wieder.

Der Dampfer „Elsa“ beschlagnahmt.

Gibraltar, 17. August. (W. T. B.) Der deutsche Dampfer „Elsa“ ist mit Beschlag belegt worden, da die Eigentümer des untergegangenen Dampfers „Martos“ einen Schadenersahnspruch in Höhe von 16 500 Pfund Sterling geltend gemacht haben.

Beendeter Streik.

Paris, 17. August. (W. T. B.) Der Streik der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten der Nordbahngesellschaft in Terguier ist beendet. Nachdem die Verwaltung zugesagt hatte, daß keine Maßnahmen ergriffen werden würden, haben die Arbeiter heute fast vollständig die Arbeit wieder aufgenommen.

Vom Ueberlandflug Frankfurt-Mannheim.

Mainz, 17. August. (W. T. B.) Jeannin ist heute Abend 7½ Uhr zur Fahrt nach Mannheim gestartet und in Sandhofen, etwa sechs Kilometer vor dem Landungsplatz Mannheim, niedergegangen. Ob er heute noch aufsteigen wird, ist zweifelhaft. Er hat Hilfe von Mannheim erbeten. Beschädigungen hat der Apparat nicht erlitten. Jeannin hatte die Richtung verfehlt. — Der Apparat Wienners erlitt beim Anlauf einen Knacksekt und mußte die Fahrt für heute aufgeben. Sein Apparat wurde in die Halle gebracht.

Das Ergebnis des Aeroplanrundfluges.

Paris, 17. August. (W. T. B.) Nach der offiziellen Klassifizierung wurde die heutige letzte Etappe der Rundfahrt durch Frankreich, Amiens—Paris, zurückgelegt von Leblanc in einer Stunde 46 Minuten 57 Sekunden, von Kubrun in einer Stunde 54 Minuten 1 Sekunde. Die Gesamtzeiten der beiden sind 12 Stunden 0 Minuten 56 Sekunden bezw. 13 Stunden 23 Minuten 16 Sekunden. Leblanc gewinnt den Preis des „Matin“ im Wertage von 100 000 Frank, fünf erste Preise und zwei Preise für Einzelstappen, im ganzen 127 000 Frank. Kubrun gewinnt nur Preise für Einzelstappen, und zwar fünf zweite und einen ersten Preis im Gesamtbeitrage von 13 000 Frank.

Luftmord an einem Knaben.

Schneebühl bei Vorbas, 17. August. (W. T. B.) Heute wurde ein sechsjähriger vermögter neunjähriger Knabe in einem Getreidefeld ermordet aufgefunden. Die Leiche weist mehrere Stiche in Brust und Rücken auf. Wahrscheinlich liegt Luftmord vor. Der Täter ist unbekannt.

Der Stand der Cholera in Petersburg.

Petersburg, 17. August. In Petersburg sind in den letzten 24 Stunden (von Mittag zu Mittag) an Cholera 48 Personen erkrankt und 24 gestorben. Der Krankenstand betrug am Ende der 24 Stunden 755 Personen.

Aus den Zahlen ergibt sich ein wenn auch langsames Nachlassen der Choleraerkrankungen.

Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Mitna, 8. und 10. schlesw.-holst. Wahlkreis, 2. Quart. 1910 2257,80. Arnstadt, Wahlkr. Schwarzb.-Sonderb., 2. Quart. 1910 98,54. Kallen, 13. württemb. Wahlkr., 2. Quart. 1910 17,82. ...

181,98. Königsberg, Agitationsbezirk Ostpreußen, 1. u. 2. Quart. 1910. Wahlkreise: Königsberg-Stadt 667,54; Königsberg-Land 123,10; ...

Berlin, den 18. August 1910. Für den Parteivorstand: A. Gerich, Lindenstr. 69.

Die „verfassungsmäßige Verpflichtung“.

In der Verteidigung der Hofgänger der badischen Landtagsfraktion ist auch als Argument die verfassungsmäßige Verpflichtung aufgeführt. ...

lönne und hat den Wunsch ausgedrückt, den Wortlaut kennen zu lernen. Daraufhin schreibt man uns aus Baden: Die badische Verfassung zeigt, daß die Entsendung außerordentlicher Deputationen an den Großherzog nur in politischen Angelegenheiten erfolgen kann, ...

Der neue § 67 der Verfassung verleiht den Kammern das Recht der Vorstellung und Beschwerde. Solche können von jeder Kammer für sich ausgehen. Sie können den Großherzog unter Angabe der Gründe um den Vorschlag eines Gesetzes bitten. ...

Deputationen, die nach eingeholter Erlaubnis an den Großherzog abgeordnet werden, bestehen aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, den Sekretären und aus einer von der Kammer zu bestimmenden Anzahl anderer Mitglieder, die durch das Los gewählt werden. ...

Die alte Deputationsbestimmung der Kammergeschäftsordnung kam früher öfter in politischen Angelegenheiten zur Anwendung, solange die Kammern nicht das Recht hatten, selbst Gesetzentwürfe vorzulegen. ...

Außerdem: für eine Deputation einer einzelnen Kammer, welche nach geschlossener Tagung zum Großherzog geht, gibt weder Verfassung noch Geschäftsordnung irgend einen gesetzlichen Boden. ...

Kleines feuilleton.

Statistik des Vergnügens. Aus dem Jahresbericht des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf für 1909 läßt sich an der Hand der Lustbarkeitssteuern eine Statistik des Vergnügens gewinnen. ...

Das Gehirn des ältesten Menschen. In der französischen Akademie der Wissenschaften hat Etienne Reier einen Abguss der Schädelhöhle des prähistorischen Menschen von Chapelle-aux-Saints überreicht, ...

Das Männerkindbett. Eine äußerst seltsame Sitte findet sich noch heute bei manchen Naturvölkern: das sogenannte Männerkindbett. ...

deckte ihn Marco Polo in einem Teile Chinas, andere Reisende bemerkten ihn in Ostindien, Kalifornien, Westindien, Brasilien, Westafrika usw. ...

Die Entdeckung einer Blühdöhre. In sandigen Gegenden trifft man nicht selten auf die Gebilde, die als Blühdöhren bezeichnet werden, weil sie durch das Einschlagen eines Wlitzes in dem Sandboden entstehen. ...

Sandförmiger, und in der weiteren Umgebung wurden noch andere Blühdöhren entdeckt.

Notizen.

Die Freie Volkshöhne teilt mit: Aus zahlreichen Anfragen geht hervor, daß unter Mitgliedern die Meinung verbreitet ist, der Verein würde infolge des behördlichen Eingreifens gezwungen sein, seine Tätigkeit bis auf weiteres einzustellen. ...

Eine Proudhon-Feyer mit offiziellem Tamtam. Am Sonntag ist in Vesagon anlässlich einer Reise des Präsidenten der Republik ein Denkmal des Kleinbürgerlichen Anarchisten Proudhon enthüllt worden. ...

Forschungswarbeit in Arabien. Der Wiener Professor Rusil ist am Mittwoch von seiner Forschungsreise in Arabien zurückgekehrt. Die Ergebnisse der Reise sind sehr groß. ...

Nach Schluß der Kammer besteht kein Präsidium mehr. Laut Gesetz wird in der Zwischenzeit die gesetzgebende Körperschaft einzig und allein repräsentiert vom ständischen Ausschuss, der am Schlusse jeder Tagung gewählt wird.

Er ist verfassungsmäßig auf ein ganz bestimmtes Arbeitsgebiet beschränkt. Weitere Gegenstände können ihm nur durch einen übereinstimmenden Beschluß beider Kammern mit Genehmigung des Großherzogs übertragen werden.

Diesem ständischen Ausschuss hätte also durch den Landtag die Gratulation übertragen werden können.

Wir dürfen also die gesetzlichen Voraussetzungen prüfen, so peinlich es geschehen kann, es läßt sich absolut nicht nachweisen, daß mit der Ueberrahme aller verfassungsmäßigen Bestimmungen durch die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten badischen Kammer der Zwang zur Hofgängerlei gegeben ist. Es ist nicht einmal notwendig, daß sich das Präsidium bei Beginn der Session zum Großherzog begibt. Wie die Praxis beweist; denn in dieser Session verzichtete das Kammerpräsidium darauf, sich bei Hofe vorzustellen, wie es bisher Sitte war. Man teilte dem Landesvater die Konstituierung des Landtages schriftlich mit, ohne deswegen in allerhöchster Ungnade zu fallen. Die Verletzung auf die verfassungsmäßigen Verpflichtungen ist also ein sehr drückendes Argument.

Wenn die feierliche Eröffnung und Schließung des Landtages stattfindet, herrscht in den Räumen des Landtages der mittelalterliche Herr Hofzeremonienmeister und schreibt den Eskorten des Volkes vor, wie sie sich während dieser schrankenlosen Zeremonie des Heiden, zu bewegen und zu betragen haben. Unter anderem verordnet dieser höfische Robber für parlamentarische Stillschließungsordnung, daß eine Deputation der Zweiten Kammer dem Großherzog im Hause beim Hofstol des Ständehauses unterläufig zu empfangen und an den Thron im Sitzungssaal zu geleiten habe. Das Los bestimmt in der vertraulichen Vorbesprechung der Abgeordneten diese Deputation; die ausgeselbten Sozialdemokraten traten bisher zu dieser Arbeit nicht an. Vielleicht bringt es die Angst vor der Wirklichkeit noch fertig, daß nach der Aufstellung der modernen „praktischen Arbeit“ auch die Teilnahme an diesem Empfang als eine übernommene verfassungsmäßige Pflichterfüllung hingestellt wird. Allen Ernstes versicherte ein badischer Abgeordneter, diese vorläufigen Zeremonienordnungen des Hofmarschallamtes könnten auch als ein Stück Verfassung angesehen werden! —

Mit verschwimmenden Ausnahmen beurteilte bisher die gesamte badische Parteigenossenschaft den Hofgängerbeschluss der Mehrheit der Fraktion. Es darf deshalb mit Recht verlangt werden, daß die Genossen Geist und Pfeiffe den Willen der badischen Genossen erfüllen und sich an der Gratulationsdeputation nicht beteiligen.

Dazu noch Eines! Wie in der Wodenheimer Parteiversammlung vom Referenten Wed mitgeteilt wurde, beschäftigte er, seine im Vorstehenden gekennzeichnete Auffassung über die Anwendung der Verfassung und Geschäftsordnung gelegentlich der Gratulationsberatung im Plenum der Zweiten Kammer vorzutragen. Auf Antrag des Genossen Dr. Franz beschloß die Fraktion alsbald gegen wenige Stimmen, daß der Kollege Wed diese, der Auffassung der Fraktionsmehrheit widersprechende Anschauung vor der Kammer nicht aussprechen darf. Dieser Beschluss erscheint mir als eine Konsequenz aus dem generellen Gebot, demzufolge die Minorität der Fraktion sich bei Abstimmungen im Plenum der Kammer der Auffassung der Mehrheit anzupassen hatte. Wer seiner Ueberzeugung gemäß nicht für eine von der Fraktionsmehrheit gebilligte Gesetzesvorlage (z. B. Finanzgesetz, Gemeindeordnung) stimmen konnte, hatte in der Disziplin nur die Möglichkeit, der Abstimmung fernzubleiben. Entsprechend verfahren drei Mitglieder der Fraktion wiederholt. Es möge daraus auch erkannt werden, welche sachliche Beurteilung jene Behauptungen der badischen Parteiführer verdienen, welche den nichteingeweihten Genossen verkündeten, daß der oppositionellen Seite der sozialdemokratischen Kammerfraktion volle Jungensfreiheit gewährt worden sei! —

So weit unser badischer Genosse. Wir möchten noch hinzufügen, daß wir es als selbstverständlich erachten, daß mit der Ueberrahme eines Präsidienpostens die verfassungsmäßige oder gesetzlich-ordnungsmäßige Verpflichtung zur Teilnahme an höfischen Aktionen nicht verbunden werden darf.

II. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschereiarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 17. August.

In der heutigen Vormittagsitzung wurde die Debatte über den Geschäftsbericht, Abteilung Allgemeines, Lohnbewegungen und Agitation durch Schulhauntrag beendet. Verbandsvorsitzender Stähler konstatiert in seinem Schlusswort, daß eine prinzipielle Ablehnung des Schiedsgerichtsabkommens zwischen den Hauptverbänden nicht gebilligt worden sei. Ein Schiedsgerichtsbescheid werde wohl niemals beiden streitenden Parteien völlig gerecht werden, weil ein solcher immer auf der mittleren Linie zustoße komme. Was die Anbahnung paritätischer Arbeitsnachweise (Antrag Bremen) anlangt, so werde dagegen von der anderen Seite kein prinzipieller Widerspruch erfolgen. Sollten fortgesetzte Tarifverträge von Seiten der Arbeitgeber erfolgen, so könne uns niemand daran hindern, das Tarifabkommen zu lösen. Die Fluktuation unter den Mitgliedern werde man auch nicht durch Mehrereinstellung von Gau- und Bezirksleitern aus der Welt schaffen. Der große Metallarbeiterverband mit seinen guten Unterstufungsrichtungen habe im vergangenen Jahre, wie der „Vorwärts“ feststellt, von den 114 000 neu eingetretenen Mitgliedern nur 11 000 zu halten vermocht.

Genossin Lippa-Wien schildert in ebenso temperamentvoller wie sachkundiger Weise die Erfahrungen in Oesterreich, die sie auf dem Gebiete der Organisierung der Frauen in der Wäschebranche gemacht hat. Anfangs sei es nur langsam vorwärts gegangen; als aber der Organisationsgedanke festen Fuß gefaßt, sei das Schnellere geworden. Jetzt gehören in Wien 99 Proz. der in den Wäschefabriken usw. beschäftigten Personen der Organisation an. Die Anstellung einer Agitatorin werde auch in Deutschland von Erfolg gekrönt sein, zumal es an der Zeit sei, daß in dieser Branche geordnete Zustände Platz greifen. In Berlin seien die Löhne in der Wäschebranche bedeutend niedriger als in Wien. Stähler bemerkt, der Vorstand habe der Organisierung der Wäschebranche große Aufmerksamkeit zugewendet. In Berlin existiere eine weibliche Agitationskraft; obwohl dort nur 120 Arbeiterinnen der Wäschebranche organisiert seien, leiste der Verband einen Jahresaufschwung von 2500 M. Der Verband stehe dieser Frage durchaus nicht gleichgültig gegenüber.

Aus dem vom Hauptreferenten Heilmann-Berlin erstatteten Massenbericht geht hervor, daß die Massenverhältnisse bedeutend günstiger sind als am Schlusse der vorigen Periode. Der Massenbestand beträgt 425 000 M. gegen rund 168 000 M. am Schlusse der vorigen Periode.

Sämtliche vorliegenden Anträge zu diesem Punkt werden einer aus fünf Personen bestehenden Kommission zur Beratung überwiesen.

Es folgen die Berichte des Ausschusses und der Haupt-Lassenreferenten, worauf um 1 Uhr mittags die Verhandlung auf Donnerstag verlagert wird, weil der Nachmittag zu einer Besichtigung des Hamburger Hafens usw. freigegeben ist.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Der sozialdemokratische Verein für Magdeburg und Umgegend hielt am Dienstagabend eine Generalversammlung ab, um zum Magdeburger Parteitag Stellung zu nehmen. Der Referent Parteisekretär Genosse Holzappel erörterte in der Hauptsache den von den Wadener Landtagsabgeordneten heraufbeschworenen Parteikonflikt. Die von einzelnen Seiten ge-

äußerte Ansicht, daß die Wadener Genossen böswillig gehandelt haben, könne er, Redner, nicht als zutreffend anerkennen. Den Vorwurf des Disziplinbruchs könne man ihnen aber nicht erproben. Aber desentwegen brauche es auf dem Magdeburger Parteitag nicht zu unruhigen Debatten zu kommen. Am allerwenigsten sollten die Magdeburger Genossen dazu beitragen, schon aus Gründen der Gastfreundschaft (?) nicht. Die Partei habe aber auch gegenwärtig Einigkeit und Geschlossenheit nötiger denn je. Es wäre tief bedauerlich, wenn diese Einigkeit unter den Erörterungen über die Wadener Angelegenheit leiden sollte. Am liebsten wäre es ihm, wenn der Parteitag nach dem Chemnitzer Antrag verfahren würde, die Wadener Angelegenheit als Punkt 7 der Tagesordnung zu verhandeln.

In der Diskussion nahmen zwei Genossen zu kurzen Bemerkungen das Wort, in denen sie die Budgetbewilligung der Wadener entschieden beurteilten.

Da Anträge zum Parteitag nicht vorlagen, wurde der Punkt verlassen und zur Delegiertenwahl geschritten, aus der die Genossen Klähns und Klees sen. sowie die Genossin Kahner hervorgingen.

Im Wodenheimer Wahlverein sprach Genosse Dr. Duard am Freitag über die Budgetfrage. Er bemerkte unter anderem zum Vorgehen der Wadener, die Gründe, die Kolb und Franz im einzelnen anführen, sind wenig stichhaltig, so gern anerkannt sei, daß sie mit ihrem Verhalten der Partei dienen und politische Fortschritte für die proletarische Bewegung erzielen wollten. Falsch ist, daß man nicht auch im badischen Landtage Demonstrationspolitik und praktische Arbeit nebeneinander treiben könne. Die eine schließt die andere durchaus nicht aus. Praktische Arbeit in allen Einzelheiten, wodurch wir uns eine immer festere Position in den Massen verschaffen, und grundsätzliche Abrechnung aller Zustände, an die Machtüber im Klassenstaat, wodurch wir die geistige Führung der Massen gewinnen und erhalten. Unter diesen Gesichtspunkten können intensive Mitwirkung bei allen Gesetzgebungsarbeiten und Ablehnung der Zivilisten sowie jede Hofgängerlei durchaus nebeneinander hergehen. Sie haben sich nicht auf, sondern ergänzen sich im proletarischen Sinne. Nur muß stets die agitatorische Führung mit den Massen im Lande gesucht und erhalten werden. Und auch darin hat es die badische Fraktion beim Gemeindevahlrecht und der Schulgesetzgebung arg fehlen lassen. Zweitens aber ist unrichtig, daß wir durch die badische Bewilligungstaktik dauernd volksfeindliche Mächte, wie das Zentrum, ausschalten könnten. Zentrum wie Nationalliberale sind dieselben bürgerlichen Gegner der Arbeiterbewegung. Sie kämpfen in Baden im die Staatsstruppe, und die Nationalliberalen benutzen im sogenannten Block uns, nicht wir sie. Auch mit dem Zentrum haben wir schon Fortschritte erkämpft, so das Wahlrecht in Bayern und Baden. Wir müssen und von jeder Kompromittierenden Intimität fernhalten, sonst sind wir immer und schließlich die Gefährlichsten im Klassenkampf. — Ein Beschluss wurde nicht gefaßt. — Als Delegierter zum Parteitag wurde in der Urabstimmung der Frankfurter Organisation Genosse Dr. Duard gewählt. In Stichwahl kommen die Genossen Cohen, Hoff, Ulrich und Wittich.

Eine Verfassung an den Parteitag.

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Mühlhausen vom Dienstagabend nahm nach kurzer Begründung durch den Abgeordneten Genossen Emmel den folgenden Antrag des Vorstandes zum Magdeburger Parteitag an:

Der Parteitag erklärt, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unter Förderung der stufenweis steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer sowie der Erbschaftsteuer, den Parteigenossen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden den Kampf gegen das System der indirekten Steuern zur Aufgabe und Pflicht macht. Diese Aufgabe ist auch in der kommunalpolitischen um so ernster aufzufassen, je mehr die herrschenden Klassen im Reich die im Angehore wachsenden Ausgaben für Rüstungszwecke durch das Mittel der indirekten Besteuerung den Schultern der breiten Massen aufbürden, so daß der Kampf gegen die indirekten Steuern in zunehmendem Maße zum allgemeinen, immer weiteren Kreise interessierenden Volkskampfe wird.

Mit dieser Erklärung weist es der Parteitag zurück, daß auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Elßah-Lothringen am 20. Februar d. J. die Zustimmung der Reichstagsfraktion zum Verbot der Weitererhebung kommunaler Rührungsbeiträge im § 13 des Sozialgesetzes von 1902 als „eine arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik“ angefochten worden ist und daß hiervon ausgehend die Mehrheit der Elßah-Lothringischen Landeskonferenz vom 17. Juli d. J. eine Resolution annahm, die den Kampf gegen den Diktator in den Gemeindefunktionen abzuschwächen und zu vertagen geeignet ist. Der Parteitag verurteilt es, daß aus einer solchen, dem Parteiprogramm wie der bisherigen Politik der Partei entgegenstehenden Auffassung heraus sozialdemokratische Gemeindefunktionen sogar der Erhöhung der Schlichtgebühren als Erlas für fortgefallenen Diktator zugestimmt haben, ohne daß das Parteivorstand des Bezirks diese Zustimmung rügte und ohne daß die Landeskonferenz der Partei es für nötig hielt, zur Vermeidung solcher Entgleisungen, die der Partei im Kampfe gegen die indirekten Steuern Hindernisse bereiten, eine Mißbilligung auszusprechen.

In seiner Begründung hob Genosse Emmel hervor, daß die Stellungnahme des Parteitages zum elßahischen Diktatorrecht desto dringender sei, da die Wadenheimer „Vollstimme“ und der Karlsruher „Vollfreund“ sowie der Genosse Kolb persönlich in seiner Professur zur Verteidigung des badischen Disziplinbruchs sich darauf berufen haben, daß die Gesamtpartei dem elßahischen Disziplinbruch und den Programmverstößen in der Diktatorfrage eine auffällige Schonung angedeihen lasse. Die badischen Disziplinbrecher reklamieren diese Schonung auch für sich. Mit ihrem Antrag wollen die Wadenheimer Parteigenossen dem Parteitag Gelegenheit geben, den Wadensern, deren Verhalten im sozialdemokratischen Verein Mühlhausen sofort die schärfste Beurteilung erfahren hat, diesen Vorwand zu nehmen und in unseren elßahischen Parteifunktionen ein Wort zu sprechen, das die dringend nötige Klarheit bringt. Bereits hat bei der Gemeindevahl in Gschweller die durch das Referat auf der Gemeindevortreterkonferenz vom 20. Februar d. J. angerichtete Konfusion in der Diktatorfrage ihren nachteiligen Einfluß geltend gemacht. Genosse Widz wies noch darauf hin, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Partei ihren wirksamsten Vorstoß gegen das im Elßah übermächtige Zentrum mit dem Hinweis auf die Steuermaßregel des Schnapsblocks ausführen könne; ist nun der Beschluss der Colmarer Landeskonferenz in der Diktatorfrage nicht korrigiert, so können die Gegner in Elßah-Lothringen mit Erfolg uns entgegenhalten, daß die Stellungnahme der Partei zu den indirekten Steuern selber zweideutig sei. Die Partei hat also ein dringendes Interesse daran, daß diese agitatorisch höchst wirksame Angriffswaffe gegen das Zentrum nicht abgenutzt werde. — Die Annahme der Resolution erfolgte hiernach einstimmig.

Kreisreferenzen.

Der sozialdemokratische Zentralverein für den Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Dithmarschen-Steindurg) hielt in Jübek seine Generalversammlung ab. Der Verein zählte am 1. Juli 1910 1614 männliche und 148 weibliche Mitglieder, gegen 1472 männliche und 185 weibliche im Vorjahre. Seit dem 1. Juli 1910 ist das Parteisekretariat in Tätigkeit und ist seitdem schon ein ersterlicher Aufschwung der Bewegung zu verzeichnen. Der Massenbericht verzeichnet eine Einnahme von 7290,50 M. und eine Ausgabe von 6600,12 M., darunter 1805,98 M. an den Parteivorstand und 608,09 M. an Agitations-

kommission der Provinz. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung wird im Kreise in circa 1000 Exemplaren gelesen, die Schleswig-Holsteinische Landpost, die von der Agitationskommission der Provinz herausgegebene Agitationszeitung für das Landgebiet, hat im Kreise 2228 feste Bezüher. In zwei Städten, Jübek und Kellinghusen, sitzen 2 sozialdemokratische Stadtverbände in den städtischen Kollegien und in 9 Gemeinden im ganzen 19 sozialdemokratische Gemeindevorsteher in den Gemeinderäten. — Die badische Hofgängerlei und Budgetbewilligung wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution verurteilt und der Parteitag ersucht, Stellung gegen die vorläufige Haltung der Mehrheit der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu nehmen. In seinem Referat über das Thema „Welche Aufgaben erheben der Parteivorstand aus der politischen Lage?“ ging der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Paul Müller-Berlin, auch auf die Parteikonfusion in der Provinz ein. Er meinte, man möge über ein Hindernis mit dem Freisinn denken, wie man wolle, in der Provinz Schleswig-Holstein gebe es keinen hindernisfähigen Liberalismus. Der Freisinn Schleswig-Holsteins ist reaktionär bis auf die Knochen. Wir sind in der Provinz vollständig auf unsere eigene Kraft angewiesen. Ohne Konzeptionen dürfe in Zukunft dem Freisinn kein Mandat mehr zugewandt werden. Der Vorgang von 1907, wo wir dem Freisinn in der Provinz zu drei Mandaten verhasst, er uns dagegen in zwei Kreisen an die Reaktion verriet, dürfe sich nicht wiederholen.

Die Generalversammlung des Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreises (Pinneberg-Seeberg) beschäftigte sich am Sonntag mit dem Magdeburger Parteitag. Genosse v. Elm bemerkte in seinem Vortrag zum Verhalten der Wadener, daß es sich für unsere Partei doch nicht darum handeln könne, durch Diplomatisieren und Balkieren mit den Gegnern im Parlament einige Scheinerfolge zu erzielen. Die neue Gemeindeverfassung hätte vor allem die badischen Genossen veranlassen müssen, gegen das Budget zu stimmen. Die Gratulationscour zur Silberhochzeit des Großherzogspaares sei ein Firlefanz sondergleichen. Es könne nicht davon die Rede sein, in Magdeburg den Wadenberger Parteitagbeschluss aufzuheben. Die Partei könne sich nicht durch ein disziplinwidriges Vorgehen einer kleinen Minderheit einen Beschluß aufzwingen lassen. Er siehe auch nicht an, zu erklären, daß sich die Partei auf die Dauer eine solche Richtschnur ihrer Geschäfte nicht gefallen lassen könne. Die Debatte über das Vorgehen der Wadener endete mit der Annahme der bekannten Hamburger Resolution, die mit 89 Stimmen angenommen wurde. 32 Delegierte stimmten für die Berliner Resolution.

Der sozialdemokratische Verein für den 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Reichstagswahlkreis Altona-Stormarn und Herzogtum Lauenburg hielt in Rahlstedt seine Generalversammlung ab, die von 75 Delegierten und Parteifunktionären besucht war. Die Beiträge betragen 27 288 M., die weiteren Einnahmen 8806 M. Der Hauptkassier in Berlin fließen als Pflichtbeiträge 8025 M. der Agitationskommission Schleswig-Holsteins 4102 M. zu. Insgesamt brachten die Mitgliedschaften beider Kreise die respektable Summe von 63 457,86 M. auf. Die Zahl der Mitglieder stieg um 1100, so daß der Verein 12 980 Mitglieder zählt, davon entfallen 748 auf den einen fast rein agrarischen Charakter aufweisenden Kreis Lauenburg. Die Jugendorganisation stieg von 448 auf 567 Mitglieder. An Flugblättern wurden 567 000 Stück verbreitet, daneben die „Landpost“ in 87 700 Exemplaren. Das „Hamburger Echo“ wird in beiden Kreisen in 9142 (+ 757), die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung in 296 (+ 63) Exemplaren gelesen. Trotz gesteigerter Einnahmen verminderte sich der Massenbestand von 4086 M. auf 2947 M., was auf die großen Aktionen wie Wahlrechtsdemonstrationen usw. zurückzuführen ist.

Nach einem Referat des Genossen Thomas-Altona über die Tagesordnung des Parteitages in Magdeburg wurde gegen eine Stimme (dem betreffenden Genossen ging die Resolution nicht weit genug) eine Protestresolution gegen die badischen Disziplinbrecher angenommen.

In seinem Vortrag über den Wahlrechtskampf und die bevorstehenden Reichstagswahlen forderte Genosse Frohme unbedingte Aufrechterhaltung der Disziplin als einen der ersten Parteigrundzüge. Ohne Disziplin könne die Partei auf die Dauer nicht bestehen. Er verurteilte ebenfalls scharf das Verhalten der badischen Budgetbewilliger und Hofgänger. In völliger Einheit und Geschlossenheit müsse die Partei in den Wahlkampf ziehen. Zum Parteitag sollen fünf Delegierte, darunter eine Genossin, entsandt werden.

Als Kandidat für den 8. Kreis (Altona-Stormarn) wird Genosse Frohme wieder aufgestellt, mit der Kandidatur für den 10. Kreis (Lauenburg) Genosse Schaumburg-Hamburg betraut.

Das Mandat zum Internationalen Kongress ist dem Genossen Frohme übertragen.

Brandenburger Kreisreferenzen.

Die Generalversammlung der West-Brigade in Wittenberge war von 18 Delegierten aus zehn Orten besetzt; außerdem nahmen sechs Vorstandsmitglieder, Genosse Fischer von der Agitationskommission und Genosse Priebe von der Brandenburger Zeitung teil. Die Mitgliederzahl stieg von 418 auf 551. Die „Brandenburger Zeitung“ hat im Kreise 854, der „Vorwärts“ und das „Hamburger Echo“ zusammen 80 Abonnenten. An Agitationsmaterial wurden öffentlich verbreitet 12 000 Kalender („Märkischer Volksbote“) und zahlreiche Flugblätter. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Wittenberge wurden drei sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Die Agitation im Kreise wird sehr durch den Mangel an Versammlungsorten beeinträchtigt. In einigen Orten, in denen der organisierte Arbeiterklub kein Lokal zur Verfügung steht, wurden Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten. Insgesamt fanden 23 öffentliche Versammlungen statt.

Nach kurzen Referaten der Genossen Schulz und Fischer, in denen diese die vom Parteitag zu erledigenden Arbeiten, insbesondere die Stellungnahme zum Disziplinbruch der Wadener, einer Betrachtung unterzogen, nahm die Versammlung die bekannte Berliner Resolution gegen die Budgetbewilliger an. — Genosse Fischer referierte sodann über das Thema: „Wahlauflärten und Wahltechnik.“ — Zum Parteitag wurde Genosse Schulz-Wittenberge delegiert. Auf der Provinzialkonferenz wird der Kreis durch die Genossen Schulz-Davelberg, Dittrott-Wittenberge und Reiler-Wittenberge vertreten werden. Die Auffstellung des Reichstagskandidaten soll in einer außerordentlichen Generalversammlung erfolgen.

Ein neues Parteiblatt wird demnächst für die Provinz Westpreußen in Danzig erscheinen. Es wird den Namen „Vollwach“ führen und seine erste Nummer am 25. August herausgeben.

Aus Industrie und Handel.

Die Verteuerung der Lebensmittel.

Mit großer Besorgnis sehen die Hausfrauen vor allem auf die steigende Bewegung der Nahrungsmittelpreise. Schon im vorigen Monat setzte die Aufwärtsbewegung ein und das Resultat aller Veränderungen war zweifellos eine erneute Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes. Dies wird ziffermäßig durch den Kostenbetrag dargestellt, der im Durchschnitt von 55 deutschen Städten für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie bezahlet werden mußte. Wenn auch der Konsum in den einzelnen Orten quantitativ und qualitativ sehr schwankend ist, wenn starke Unterschiede in der Art der Ernährung durch die soziale Schichtenlage bedingt sind, so ergibt sich doch aus der Berechnung einer Standardziffer die Tendenz der Preisbewegung in ihrer Einwirkung auf den Haushalt in unzweifelhafter

Wesfe. Der wöchentliche Kostenbetrag für den Nahrungsmittel-
aufwand einer vierköpfigen Familie betrug in Mark:

	1909	1910	Differenz gegen 1909
Juni	23,27	23,11	- 0,16
Juli	23,67	23,63	- 0,04
Differenz gegen Juni	+ 0,40	+ 0,52	

Im Juni blieb die Standardziffer noch um 0,16 M. hinter dem
Vorjahre zurück, im Juli nur noch um 0,04 M. Dabei ist zu be-
rücksichtigen, daß die Standardziffer im Vorjahre ganz unerschäfts-
mäßig hoch war. Während im vergangenen Jahre von Juni auf
Juli die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes eine
Erhöhung um 0,40 M. erfuhren, sind sie in diesem Jahre um
0,52 M. in die Höhe gegangen. Von den in die Berechnung ein-
bezogenen Nahrungsmitteln haben so ziemlich alle an der
Steigerung teilgenommen. Besonders merkwürdig ist die Erhöhung der
Fleisch- und Kartoffelpreise gewesen. Bei Fleisch ist es vor allem
Rindfleisch, das eine starke Preissteigerung aufzuweisen hat.
Im Juni kostete 1 Kilogramm der berücksichtigten Qualität
139,7 Pf., im Juli stellte sich der Preis auf 148,8 Pf. Schweine-
fleisch kostete durchschnittlich 164,6 Pf. pro Kilogramm gegen 163,5,
Sammelfleisch 163,2 gegen 162,4 Pf. Der Preis für Kartoffeln ist
im Durchschnitt von 7,2 auf 11,1 Pf. pro Kilogramm hinauf-
gegangen.

Keine Maßnahme zur Vinderung der Fleischnot. In der Frage
der Fleischsteuerung erachtet die „Deutsche Fleisch-Zeitung“, daß
auch die sächsische Regierung trotz der Protestbewegung in Dresden
und Leipzig keine erweiterte Grenzöffnung beim Bundesrat befür-
worten will. Der Arm der Junker reicht weit, und er ist stark dank
der ultramontanen Stütze.

Das Gemeindefiskus in Nürnberg beschloß, den Magistrat
aufzufordern, sofort bei der Staatsregierung zwecks Maßnahme zur
Abstellung der Fleischnot vorstellig zu werden. — Zur Nachahmung
empfohlen.

Ein Prozent in der Masse. In einer Gläubigerversammlung
im Konkurs über das Vermögen des Bankiers Dhm wurde mit-
geteilt, daß Dhm Privatverbindlichkeiten nur in geringem Umfang zu be-
gleichen hatte. Es waren im ganzen 8500 M. Sein Wohnhaus
kostete 200 000 M. ohne Grundstück. Es sind dafür schon 225 000 M.
geboten worden. An Aktien sind etwa 150 000 M. vorhanden.
Die Passiven, die in der Hauptsache aus Bürgschaften und Regre-
anfragen bestehen, schätzt der Verwalter auf 15 bis 20 Millionen
Mark. Die Banque Paribas in Paris meldet eine Million an. Hier-
nach wird nur etwa ein Prozent in der Masse liegen. Der Konkurs-
verwalter wird verschiedene Sicherheiten, die Dhm zugunsten seiner
Kreditor gemacht hat, anfechten.

Im Konkurs der Linener Bank fand eine Gläubigerversammlung
statt. Der Konkursverwalter hat die Überzeugung gewonnen, daß
diese Bank nur ins Leben gerufen wurde, um gewisse geschäftliche
Transaktionen und Kosten, die der Niederdeutschen Bank un bequem
geworden waren, aufzunehmen. Es sind in dieser Beziehung ganz
mittellose Personen mit Summen bis über 60 000 Mark bei der
Linener Bank belastet worden. Die Niederdeutsche Bank wird für
die zu erwartenden Ausfälle in Höhe von zirka drei Millionen Mark
verantwortlich gemacht. Bei der Linener Bank kommen kleine
Gläubiger kaum in Frage, da der Direktor in der letzten Zeit die
kleinen Einlagen zurückgezahlt hat. In der Masse werden nach
Ansicht des Konkursverwalters etwa 23 Prozent liegen, falls der
Konkurs der Niederdeutschen Bank mindestens 10 Prozent Dividende
bringt.

Neue Heberlandzentrale. In Nürnberg erfolgte die Gründung
eines Mainfränkischen Werkes mit dem Sitz in Höchst am Main. Das
Aktienkapital beträgt 2 Millionen Mark. Unter den Gründern der
Gesellschaft befindet sich unter andern die Felten u. Guillaume
Lamacher-Werke Akt.-Ges.

Ein Trust von Baumwollfabriken ist im Staate New Jersey
gebildet worden. Das Kapital beträgt 20 Millionen Dollar, womit
20 große Fabriken in den Vereinigten Staaten und mehrere in
Kanada erworben worden sind. Die Zahl der Arbeiter ist 10 000,
die bisherige Jahresproduktion 18 Millionen Dollar (hauptsächlich
Kattun in etwa 3000 verschiedenen Arten). Durch den Zusammen-
schluß soll eine große Vereinfachung und Ausdehnung des Betriebs
gesichert werden. Die Gesellschaft besitzt 4000 Hektar Land, großent-
teils mit Baumwolle bepflanzt.

Ueber die amerikanischen Eisenbahn- und Industriepapiere

Ist vor kurzem der Jahrgang 1910 des Handbuchs von J. Singer
erschienen. Das Buch ist vornehmlich zur Information für solche
Leute bestimmt, die ihr eigenes oder fremdes Geld in amerikanischen
Papieren anlegen wollen, also für Kapitalisten und Bankiers. Dem-
zufolge gibt es von möglichst vielen einzelnen Unternehmen in
den Vereinigten Staaten möglichst viele einzelne Tatsachen an, die
zunächst den Börsenmann interessieren. Selbstverständlich findet sich
darin auch mancherlei Material von allgemeinem, volkswirtschaft-
lichem Interesse. Als Beispiel seien einige Daten über den riesigen
amerikanischen Stahltrust (United States Steel Corporation) hier
wiedergegeben.

Der Stahltrust wurde am 6. Februar 1901 im Staate New
Jersey geschaffen, und zwar aus dem Zusammenschluß von zunächst
8 Gesellschaften, von denen jedoch jede schon ihrerseits das Resultat
einer vorangegangenen Vereinigung vieler kleinerer Betriebe war.
So war z. B. die „American Tin Plate Co.“ (Weißblech-
Gesellschaft) selbst erst 1898 gegründet worden und besaß
damals zirka 85 Betriebe. Der größte Teilnehmer am Stahl-
trust war die Carnegie-Co., die schon damals ein riesiger Trust
war. Die ebenfalls beigetretene Lube Co. (Röhrengesellschaft)
hatte schon 1899 ungefähr 90 Proz. der gesamten Röhrenproduktion
des Landes in Händen gehabt.

Kaum war der Stahltrust — d. h. also die Vereinigung seiner
acht Gesellschaften — ins Leben getreten, so drängten sich weitere
Gesellschaften zum Beitritt. Das ursprüngliche Aktienkapital von
850 Millionen Dollar wurde schon am 1. April 1901 auf 1100 Millionen
Dollar erhöht (1 Dollar = 4,20 Mark). Und in den folgenden
Jahren bis Ende 1908 wurden noch eine ganze Reihe weiterer
Gesellschaften, teils freiwillig, teils gezwungen, dem Trust ein-
verleibt.

Als Gegenstände seines Geschäftsbetriebes werden in der
Gründungsurkunde hauptsächlich bezeichnet: Verarbeitung von Eisen,
Stahl, Mangan, Kalk, Kupfer, Holz und anderen Materialien und
Produkten daraus; Erwerb, Besitz, Pachtung, Benutzung oder Ent-
wickelung von Ländereien, enthaltend Kohlen, Eisen, Manganerze,
Stein, andere Mineralien, Öl, oder von anderen Ländereien für
irgend einen Zweck der Gesellschaft. Dazu ferner ein ausgedehntes
Bankgeschäft, bestehend im Betrieb der eigenen und fremder Wert-
papiere.

Entsprechend diesen Vergrößerungen ist nun die Produktion des
Stahltrusts ins kolossale gewachsen. Der Geschäftsbericht für 1908
macht darüber folgende Mitteilungen:

	Produktionsfähigkeit am	
	1. April 1901	1. Januar 1909
Hochofenprodukte	7 440 000 To.	14 900 000 To.
Stahl-Ingots	9 425 000 „	17 070 000 „
Walz- und andere Stahl- und Eisenprodukte	7 719 000 „	12 900 000 „
Gemein	500 000 Barrels	6 100 000 Barrels

Trotzdem hat der Trust kein Monopol, im Gegenteil, sein An-
teil an der gesamten Stahlproduktion des Landes soll sogar 1908
geringer gewesen sein als 1901. Nach den Angaben des Geschäfts-
berichts für 1908 lieferte der Trust an Rohisen 1901 49,2 Proz.,

1908 48,5 Proz. der gesamten Produktion des Landes, an Stahl da-
gegen 1901 66,2 Proz., 1908 nur 56,4 Proz. Ein wesentlicher Teil
der Produkte des Stahltrusts geht ins Ausland, 1908 belief sich das
Exportgeschäft von fertigen Stahlprodukten auf ungefähr den achten
Teil des gesamten Absatzes. Dabei war 1908 ein ziemlich
schlechtes Jahr, in dem der Export (von fertigen Stahlprodukten) nur
rund 800 000 Tonnen betrug gegen 1 014 000 Tonnen 1907 und
1 079 000 Tonnen 1906.

Soziales.

Die Entlassung wegen Widerstandes gegen abgeänderte Arbeitszeit.

Um die Frage der Berechtigung des Prinzipals, die Arbeits-
zeit abzuändern, entstand ein Rechtsstreit, der gestern vor der 3.
Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zum Austrag kam. Der
gegen die Firma Mannesmann G. m. b. H. als Kläger auftretende
Konkurrenz Erich R. begründet seine Klage auf Zahlung von 192
Mk. Restgehalt wie folgt: Am 30. April wurde den Angestellten
nach erfolgter Gehaltszahlung, als bereits die leitenden Persönlich-
keiten fortgegangen waren, die Erfindung gemacht, sie hätten von
nun an statt 8 Stunden, wie bisher, nur 2 Stunden Arbeitszeit zu
machen. Die Folge davon war, daß sofort vier Angestellte ihre
Kündigung zum nächsten Ultimo per Brief übermittelten. Der
Kläger zog es vor, am nächsten Tage dem Direktor in mündlicher
Ausdrucksweise zu erklären, daß er in Rücksicht auf die besonders ent-
fernt gelegene Niederlassung der Fabrik gezwungen sei, an der
dreistündigen Arbeitszeit festzuhalten. Der Direktor schickte ihm
darauf vor, drei Stunden Arbeitszeit zu machen, oder um 7 Uhr statt
wie bisher um 8 Uhr zu kommen, doch auch damit will sich R.
nicht einverstanden erklärt haben. Er teilte vielmehr der Direktion
nach einigen Tagen brieflich mit, daß er auf der beim Engagement
vereinbarten Arbeitszeit bestehen müsse. Die Beklagte begründet
die daraufhin ausgesprochene Entlassung des Klägers damit, daß R.
sich den Anordnungen der Gesellschaft auch dann noch widersetzt
hätte, als diese ihm sogar noch eine besondere Konzession machte.
Der Kläger sei weder um 7 Uhr früh angetreten, noch habe er sich
mit der Arbeitszeit nach dem Willen der Gesellschaft eingeleitet. Des-
wegen gehörte Sozialverpflichtung dem Kläger, daß er ein
nervöses und auch in anderer Beziehung kränklicher Mensch ist.

Das Kaufmannsgericht kam zur Beurteilung der Gesellschaft
entsprechend dem Klageantrag. In der Begründung heißt es: Der
Geschäftsherr darf nie die Arbeitszeit der Angestellten zu seinen
Ungunsten ohne seine Einwilligung erheblich ändern. Hat der Ge-
sellige die neue Arbeitszeit ausgenommen, so kann er innerhalb der
Kündigungsfrist, sofern er zur Innehaltung physisch oder psychisch
nicht mehr imstande ist, seine Einwilligung zurückziehen. Die
körperliche und wohl auch geistige Beschaffenheit des Klägers hat
es ihm unmöglich gemacht, die Neueinstellung durchzuführen. Um
7 Uhr anzutreten brauchte R. nicht und konnte es wohl auch nicht.
Das Gericht ist auch der Ansicht, daß es nicht richtig war, die Ab-
änderung am Monatschlusse im letzten Moment bekannt zu geben.

Rein Betriebsunfall, sondern Unfall des gemeinen Lebens.

Der Arbeiter Ernst W. in J. benutzte am 26. Oktober 1908,
mittags, einen leeren Vorenzug, der nach der Ziegelei fuhr. W.
wollte in der Ziegelei sein Mittagbrot einnehmen. Etwa 100 Meter
von der Ziegelei entfernt kippte die Lore um, W. wurde hinausge-
schleudert und erlitt ein Verletzung des linken Oberarms und
Durchstoß des rechten Oberarms. Er erholte sich bei der Ziegelei-
Verfügungsgewalt Anspruch auf Unfallrente, wurde indessen damit
abgewiesen. Weil er die Lore nur benutzte, um das Gehen
von der Kongrüberei nach der Ziegelei zu ersparen — also aus Be-
quemlichkeit — und um schneller dorthin zu gelangen, obwohl das
Besteigen des Vorenzuges allen Arbeitern von ihren Arbeitgebern
mündlich verboten war und auch ihnen dieses Verbot bekannt sein
müßte. Sie sind demnach in ihrem eigenen Interesse bezug. zur
Vermeidung eines leidlichen Bedürfnisses während der Mittags-
pause, also während des Ruheens der Betriebsarbeit nach der Zie-
gelei gefahren.

Die Risikofahrt mit dem Vorenzug soll nicht für den Ziegelei-
betrieb notwendig, noch förderlich, noch nützlich, noch
durch diesen veranlaßt worden sein; andererseits hätte W. einem
bestehenden Verbot demgegenüber gehandelt, sich dadurch von dem
Betriebe losgerissen und dadurch in eine selbst geschaffene Gefahr be-
geben. Der Unfall stellt sich somit nicht als Betriebsunfall im
gesetzlichen Sinne, sondern als ein Unfall des gemeinen Lebens
dar.

W. legte gegen den Ablehnungsbescheid beim Schiedsgericht für
Arbeiterversicherung für den Reg.-Bez. Potsdam Berufung ein. Er
beirrat, daß ein Verbot vorliege. Es sei ganz und gäbe, daß die
Arbeiter die Vorenzüge benutzten; dagegen sei niemals etwas ein-
gewendet worden. Die Berufung hatte Erfolg. Das Schieds-
gericht nahm das Vorliegen eines Betriebsunfalles an. Es geht
daraus aus, daß die Ziegelei und die Kongrüberei des unzulässig-
gehenden Betriebes sowie das beide verbindende Schienenengeleise als
eine einheitliche Betriebsstätte anzusehen sind. Der Kläger hatte
daher, als er den Vorenzug benutzte, die Betriebsstätte überhaupt
nicht verlassen, und er befand sich demnach, als er verunglückte, im
Gefahrenbereich des Betriebes. Es ist daher völlig unerheblich, zu
welchem Zwecke er die Fahrt von der Kongrüberei nach der Ziegelei
angewandt hat, und ebenso wenig ist es von Bedeutung, daß das Be-
nutzen der Vorenzüge den Arbeitern angeblich verboten war.

Die Ziegelei-Vereinsgenossenschaft wurde verurteilt, dem Kläger
für die Folgen des Unfalles mit einer Rente von 33 1/2 Proz. zu
entschädigen.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts legte die Vereinsgenossen-
schaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Es sei belanglos
— so wird begründend ausgeführt — ob eine Betriebsstätte
bei dem Zustandekommen des Unfalles mitgewirkt habe oder nicht.
Wahrscheinlich hat, daß die Handlung der Klägers mit dem Betriebe
nichts zu tun hatte.

Die Vereinsgenossenschaft hatte mit ihrem Rekurs Erfolg. Der
erkennende Senat des Reichsversicherungsamtes hob das dem Ver-
letzten günstige Schiedsgerichtsurteil auf, da das Vorliegen eines
Betriebsunfalles nicht angenommen werden kann. Nachdem aus-
geführt ist, daß ein verbotswidriges Handeln nicht unter allen Um-
ständen die Entschädigungspflicht ausschließt, heißt es in der Be-
gründung des Urteils unter anderem: „Es schließt also ein verbotswi-
driges Handeln den Entschädigungsanspruch in den Fällen nicht
aus, in denen der verbotswidrige Handlung bei diesem Handeln
eine Betriebsstätte, d. h. eine durch den Betrieb veranlaßte
Tätigkeit ausübt. Diese Voraussetzung muß jedoch erfüllt sein,
und der Beweis, daß dies der Fall ist, muß in solchen Fällen, in
denen es sich um ein verbotswidriges Tun handelt, unbedingt sicher
erbracht sein. Der Beweis, daß der Kläger den Unfall bei der
Ausübung einer Betriebsstätte erlitten hat, ist im vorliegenden
Falle nicht erbracht. Es handelt sich vielmehr lediglich um die Be-
nutzung einer Betriebsstätte im persönlichen Interesse des
Klagers. Der Unfall ereignete sich nach dem Beginn der Mittags-
pause, also zu einer Zeit, wo der Kläger an sich schon nicht mehr im
Betriebe tätig war, und als er sich zwecks Einnahme seines Mittag-
mahles nach der Ziegelei begeben wollte, also bei einer ausge-
sprochen eigenwirtschaftlichen Tätigkeit des Klägers. Besondere
Umstände, zufolge welcher dieser Weg des Klägers ausnahmsweise
dem Betriebe zugerechnet werden müßte, liegen nicht vor. Insbeson-
dere sieht eine schnelle Verbesserung der Arbeiter zum Mittags-
mahle im Betriebsinteresse nicht in Frage. Denn ein wesentlicher
Zeitersparnis konnte bei der kurzen, nur etwa 1 Kilometer betra-
genden Entfernung der Arbeitsstätte von der Ziegelei und bei der
bekanntem, geringen Geschwindigkeit der Feldbahnen nicht erzielt
werden. Auch der angeblichen Aufforderung des Werkmeisters an
die Arbeiter, den Vorenzug zu besteigen, kann eine für den Ent-
schädigungsanspruch des Klägers günstige Bedeutung nicht beige-
messen werden, als auch sie, wenn sie wirklich erfolgt sein sollte, die,
wie oben dargelegt, nur aus eigenwirtschaftlichen Interessen er-
folgte Benutzung des Wagens durch den Kläger nicht zu einer Ver-

triebshandlung machen würde. — Endlich ist auch der Umstand, daß
sich der Unfall bei der Benutzung eines Betriebsgerätes und ver-
mutlich auch auf der Betriebsstätte ereignete, um deswillen ohne
Einfluss, weil der Kläger das betreffende Verbot nicht als eine im
Betriebe tätige Person überschritt, sondern bei Ausübung einer
rein eigenwirtschaftlichen, mit dem Betriebe in keinem ursächlichen
Zusammenhange stehenden Tätigkeit, und sich überdies bei der Be-
nutzung des zur Beförderung völlig ungeeigneten Vorenzuges will-
fährlich und ohne zwingenden Grund einer Gefahr aussetzte, die der
Betrieb an sich nicht bot.“

Würde es sich um eine Klage aus dem Zivilrecht handeln, dann
dürfte man sagen, daß das Urteil außerordentlich „ausgetüftelt“ ist.
Indessen vom öffentlich-rechtlichen Fürsorgestandpunkt, der unseres
Erachtens bei der Arbeiterversicherung nur in Frage kommen kann,
scheint das Urteil des erkennenden Senats recht befehllich. Das
Schiedsgerichtsurteil ist sachlich und rechtlich durchaus begründet.
Die Auffassung des erkennenden Senats ist nicht haltbar, es ist an
der Zeit, daß damit gebrochen wird. Der Verletzte, der auf der Be-
triebsstätte durch ein Betriebsgerät — und sei es auch in der
Mittagspause — einen Unfall erleidet, wird es nicht begreifen, daß er
den Schaden, weil der Unfall sich nicht direkt bei der Arbeit ereig-
nete, keine Rente erhalten kann.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung in der Schweiz.

Die Betätigung der Frau im Klassenkampf, wie er sich nach
außen hin am meisten bemerkbar macht, nämlich in der sozial-
demokratischen Partei, ist ganz minimal. Die Mitglieder
des Arbeiterinnenverbandes, der seit 1890 besteht, gehören zwar
heute schon der sozialdemokratischen Partei an, als die
einzelnen Sektionen Glieder der Arbeiterunion sind, und als solche
mit ihren Beiträgen auch die Beiträge an die kantonalen und
schweizerische sozialdemokratische Partei leisten. Im Vorstand
mehrerer Arbeiterunions sind auch bereits eine Genossin, während
in den leitenden Korporationen der Partei noch keine Frau Ein-
gang gefunden hat. Nur auf den kantonalen Parteitaggen Zürich
sieht man zwei oder drei weibliche Delegierte aus Zürich und
Winterthur. Ist also in dieser Beziehung das Ausland, besonders
Deutschland, der Schweiz weit voraus, so liegt es mit der Aktivität
der Frau im schweizerischen gewerkschaftlichen Leben,
wenn auch nicht viel, so doch etwas besser. Den Gewerkschaften
gehören direkt etwa 6000 Arbeiterinnen als Mitglieder an. In
manchen Gewerkschaftsvorständen sitzen bereits neben den männ-
lichen auch weibliche Mitglieder. Der Gewerkschaftsbund hat schon
vor Jahren das Arbeiterinnensekretariat geschaffen. In seinem
Bundeskomitee aber hat noch keine Genossin einen Platz erhalten.
Sogar die schweizerischen Konsumgenossenschaften sind
heute nur Männerorganisationen. Man sieht, die sozialdemo-
kratische Frauenbewegung in der sonst so fortschrittlich beschrieenen
Schweiz ist noch sehr im Hintertreffen. So zählt der ganze Ar-
beiterinnenverband nur etwa 1000 Mitglieder. Von den mehr als
200 000 organisationsfähigen Lohnarbeiterinnen sind, wie bemerkt,
nur etwa 6000 organisiert. Auch die Abkommenszahl der „Vor-
kämpferinnen“, des Organs des Arbeiterinnenverbandes, ist schwach.
Es bleibt also der sozialdemokratischen Partei der Schweiz noch sehr
viel zu tun übrig, wenn sie die wertvolle Kraft der Frauen end-
lich in die Reihe des proletarischen Klassenkampfes leiten will.

Lesenbende.

Steglich, Freitag, den 19. August, 8 1/2 Uhr bei Schellhase, Horn-
straße 15a. Vortragende Genossin Thiel, Kemptelhof: „Die
Kinderjugendkommission“.

Gerichts-Zeitung.

Ein Mann mit zwei Frauen

mußte sich gestern in der Person des Kläfers Ernst Wafschel vor
der Parteienkammer des Landgerichts II verantworten. — Der
Angeklagte, welcher sich wegen Bigamie zu verantworten hatte,
verheiratete sich im Jahre 1892 zum ersten Male. Er mußte wohl
hierbei ein Haar in der Suppe gefunden haben, denn eines Tages
ließ er seine „bessere Hälfte“ im Stich und ging ins Ausland, da
er sich nach seiner Behauptung nicht zu Tode schikanieren lassen
wollte. Der Angeklagte hielt sich dann mehrere Jahre in Nor-
wegen auf und ging hier im Jahre 1903 eine neue Ehe ein. Als
er wieder einige Jahre später nach Deutschland zurückkehrte, traf
er hier durch einen Zufall mit seiner ersten Ehefrau zusammen,
die unverzüglich gegen ihn Anzeige wegen Bigamie erstattete. Vor
Gericht behauptete der Angeklagte, daß er geglaubt habe, eine neue
Ehe eingehen zu können, da ihn von einem Bekannten aus Deutsch-
land mitgeteilt worden sei, daß seine Ehe auf Beaniehung seiner
ersten Ehefrau geschieden worden und diese längst wieder
verheiratet sei. Da der Angeklagte keinerlei Beweise für diese An-
gaben vorbringen konnte, hielt das Gericht diese Angaben für un-
glaubwürdig. Das Urteil gegen ihn lautete deshalb auf 9 Mo-
nate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen
Untersuchungshaft.

Vermischtes.

Geständnis der Leipziger Erpreßer Gebrüder Koppius.

Die vor kurzem wegen der Erpreßversuche an dem
Verlagsbuchhändler Weber in Leipzig verhafteten Brüder
Karl und Friedrich Koppius haben gestern vor dem
Untersuchungsrichter ein umfassendes Geständnis
abgelegt. Danach haben die durch die Untersuchung arg in
die Enge getriebenen Brüder nicht weniger als
vier Morde begangen.

Am 17. August 1908 hat Karl Koppius den Geld-
briefträger Kühner im Treppenhause des Grundstückes
Nikolaistraße 11/12 mit einem Hammer er-
schlagen und aus der Geldtasche des Briefträgers
9000 M. erbeutet. Nachdem er in leidstimmigster Weise
das Geld verjubelt hatte, versuchte er am 5. Oktober 1907
die Frau des Fabrikbesitzers Wagner zu ermorden, die er
bis zu ihrer Wohnung in der Gottschubstraße verfolgte. In
der Haustüre versuchte er, der Frau mit seinem Taschen-
messer den Hals zu durchschneiden. Die gelenden
Süßer der Frau verhinderten ihn an der Ausführung seines
blutigen Vorhabens. Dab darauf erfolgte die Ermordung
des Friedrichschen Ehepaares, an der die beiden
Brüder beteiligt waren. Die alten Leute wurden mit
einem schweren Hammer niedergeschlagen. Bekanntlich
wurde das Verbrechen verübt, und durch einen
fingierten Auftrag einen Geldbriefträger in die
Wohnung des Ehepaares zu locken, um ihn dann
zu berauben. Beide Brüder sind auch an dem Mord des
Dienstmädchens Seiffert beteiligt. Be-
absichtigt war, die Ermordung und Beraubung der
Wohnungsinhaberin, bei der die Seiffert in Stellung war.

Nach Angabe des Karl Koppius wurde an einer be-
stimmten Stelle in Walde der Hammer gefunden,
mit dem die Eheleute Friedrich und das Dienstmädchen er-
mordet worden sind. Die Untersuchung gegen die Haus-
mörder ist abgeschlossen. In kurzer Zeit werden sie sich
wegen ihrer schweren Verbrechen vor dem Richter zu ver-
antworten haben.

Der Aeroplanrundflug in Ostfrankreich.

Die letzte Etappe des großen Rundfluges in Ostfrankreich ist am Mittwoch glücklich zurückgelegt worden. Und zwar ist es den beiden Blériotpiloten Leblanc und Aubrun gelungen, die ganze Strecke programmäßig zurückzulegen. Die Rundfahrt ging bekanntlich in sechs Etappen vor sich, von Paris nach Troyes, von Troyes nach Nancy, von Nancy nach Metz, von Metz nach Douai, von Douai nach Amiens und schließlich von Amiens zurück nach Paris. Diese Etappen, deren einzelne Entfernungen zwischen 85 und 165 Kilometern schwanken, waren in sechs vorher bestimmten Tagen zurückzulegen, zwischen die je ein Ruhetag eingeschoben worden war.

An der Konkurrenz beteiligten sich acht Piloten, von denen sechs das erste Ziel erreichten. Die zweite Etappe wurde nur von drei Piloten bewältigt, während bei der dritten Etappe nur die beiden Blériotpiloten Leblanc und Aubrun übrig blieben, die denn auch bis zum Schluß der Konkurrenz durchhielten. Legagneux beteiligte sich zum Schluß wieder an den Flügen über mehrere Etappen, schied aber für die Gesamtkonkurrenz aus.

Als erster landete Leblanc in Paris an, wo er von einem Publikum, das nach Hunderttausenden zählte, enthusiastisch begrüßt wurde. Ihm fiel auch der Preis von 100 000 M. zu, weil er die Gesamtentfernung in der kürzesten Zeit zurückgelegt hatte. Aubrun hatte annähernd zwei Stunden mehr gebraucht.

Zwei deutsche Torpedoboote gesunken.

Auf der Kieler Förde stießen in der Nacht zum Mittwoch zwei Torpedoboote, „S. 76“ und „S. 32“, die als Depeschboote der Hochseeflotte dienten, mit solcher Heftigkeit zusammen, daß sie in wenigen Minuten sanken. Durch die in der Nähe befindlichen Panzerkreuzer „Danzig“ und „Udine“ konnten die Mannschaften gerettet werden. Die kaiserliche Werft hat bereits Maßnahmen zur Hebung der Fahrzeuge getroffen.

Zum Untergang des spanischen Dampfers „Martos“.

Ueber die gestrigen von uns gemeldete Dampferkatastrophe wird noch berichtet: Der Dampfer „Martos“ fuhr des Rebels wegen mit verminderter Geschwindigkeit und gab Rebellensignale, als er mittschiffs beim Maschinenraum von dem Dampfer „Elsa“ getroffen wurde. Der „Martos“ lief sofort voll Wasser und sank nach Verlaufen von drei Minuten. Unter den Passagieren, die zum größten Teil schliefen, entstand eine große Panik. Von den Passagieren der 1. Kabine ist nur einer gerettet, von den geretteten Zwischendeckspassagieren sind vier verletzt. Der 70jährige Kapitän des „Martos“ ist auf der Kommando-Brücke stehend mit seinem Schiff untergegangen.

Der heilige Ziegenbock von Breschen.

Von interessierter Seite wird uns ein Brief aus Breschen (Provinz Posen) zur Verfügung gestellt, dem wir folgende „Heiligen“-Geschichte entnehmen:

„Da sich jetzt wieder etwas Neues zugetragen hat, so muß ich es Ihnen mitteilen. Vergangene Woche wurde hier ein Ziegenbock auf dem jüdischen Kirchhof von Schreier beerdigt, mit Einwilligung des Rabbiners und Vorsichters Radjewski. Der Sachverhalt ist folgender: Vor 8 1/2 Jahren hat dieser Ziegenbock bei Leiser in Stralowo als Erstgeborener das Licht der Welt erblickt. Nun ist er vor zwei Monaten verendet und wurde er dort beigesetzt. Jetzt kam aus Polen einer und sagte, solch ein Erstgeborenerbock muß auf dem Weisauom (Begräbnisplatz) beerdigt werden. Wir fragten unseren Rabbi an und der hat begutachtet, daß es ein Heiliger ist und auf dem jüdischen Friedhof

beerdigt muß werden. Als wie dieses erfahren haben, machten wir eine Eingabe an den Vorsichtler um Beschaffung des Ziegenbocks vom Friedhof, da wir es für eine Schändung ansehen, wenn Mensch und Tier zusammen beerdigt sein soll. Der Vorsichtler hat unserer Eingabe kein Gehör geschenkt, so haben wir es der Polizei gemeldet und es in die Öffentlichkeit gebracht. Sollten wir hier nichts schaffen, dann gehen wir an die Regierung.“

Hoffentlich gelingt es den Modernisten innerhalb der jüdischen Gemeinde von Breschen, den unloscheren Ziegenbock endgültig vom Friedhof zu verbannen.

Ueberlandflüge Frankfurt-Mainz.

Während in Frankreich Ueberlandflüge über Hunderte von Kilometern ausgeführt wurden — selbst der vom Rheingebiet verfolgte Latham hat es am Mittwoch auf 120 Kilometer gebracht — begnügt man sich in Deutschland vorläufig mit ungleich bescheideneren Leistungen. Bei dem Ueberlandflug Frankfurt a. M. — Mainz-Mannheim stieg am Mittwoch morgen Thelen auf seinem Wrightapparat in Begleitung des Abwärtlers v. Gorrissen auf. Nach einer Fahrt von 40 Minuten erreichte Thelen auch das circa 85 Kilometer entfernte Mainz, von wo er, ohne die erlaubte Landung vorzunehmen, nach Mannheim weiterflog. Infolge eines Zylinderbruchs mußte er jedoch wenige Kilometer hinter Mainz landen. Nachdem der Zylinder in Mainz ausgewechselt worden war, trat Thelen mit seinem Passagier wieder die Rückfahrt nach Frankfurt an, um den Flug zu wiederholen. Er gelangte indes nicht ans Ziel, da er wegen Fehlens des Motors bei Ginsheim landen mußte.

Im Laufe des Nachmittags starteten weitere zwei Flieger zu dem Ueberlandflug nach Mainz. Bienciers fuhr um 6 Uhr 4 Minuten mit einem Antoinetteapparat ab und wurde bereits nach 23 Minuten in Mainz in einer Höhe von 300 Meter gestoppt und bei seiner Landung von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge begrüßt. Eine halbe Stunde später startete Jeannin auf einem Farmanapparat, um gleichfalls nach halbständiger Fahrt in Mainz glatt zu landen.

Die Ueberlegenheit der französischen Flieger liegt wohl nur zum Teil an der größeren Routine und Schneidigkeit der Franzosen, zum größeren Teil aber auch an der Ueberlegenheit der neueren Motoren, die sich sowohl bei den letzten Flugmeetings als auch bei den großen Ueberlandflügen der letzten Tage so glänzend bewährt und namentlich den Blériot-Apparaten so außerordentliche Triumphe verschafft haben.

80 000 Mark Postgelder unterschlagen.

Durch einen schlau ausgeklügelten Plan suchte sich am Mittwoch der Postillon Roland aus Forbach in den Besitz von 80 000 M. Bargeld zu setzen, die ihm zum Transport im Postwagen anvertraut waren. Auf der Fahrt von Forbach nach Frankfurt a. M., wohin die Summe bestimmt war, öffnete Roland durch einen Ruckschlüssel das Wertgefaß, in dem das Geld deponiert war. Um den Verdacht des Diebstahls von sich abzulenkten, zerstückelte er den Boden des Wertgefaßes; durch dieses Manöver sollte der Ansehen erweckt werden, als seien die Wertstücke während der Fahrt verloren gegangen. Roland hat die Beute in einem Korbe verpackt, fingierte eine Adresse „Bahnlagernd Reunfirchen“ und übergab das Paket einem Frankfurter Spedition zur dringenden Besorgung. Letzterer schöpfe Verdacht und erstattete Anzeige. Der Gesamtbetrag von 80 000 M. wurde in dem Korbe vorgefunden. Der ungetreue Beamte wurde noch im Laufe des Tages verhaftet.

Ueberlandflug Paris—London.

An dem gleichen Tage, an dem in Paris die Leblanc und Aubrun wegen des glücklich abfolvierten Sechstages-Ueberlandfluges gefeiert wurden, bei dem sie insgesamt 770 Kilometer zurückgelegt hatten, machte sich ein noch unbekannter Abwärtler namens Moisant daran, eine neue Großtat im Ueberlandflug zu vollbringen, nämlich im Aeroplan die Strecke Paris—London an einem Tage zurückzulegen. Moisant stieg mit einem Blériot-Apparat am Mittwoch früh 5 1/2 Uhr auf, um in ununterbrochener Fahrt bis Calais zu fliegen, wo er niederging, um sich mit neuem Benzinvorrat zu versehen. Um 10 1/2 Uhr vormittags trat er die Ueberquerung des Kanals an. Er erreichte auch glücklich bei Dover die englische Küste und setzte seinen Flug nach London längs der Bahnlinie fort. — Auch wenn Moisant London selbst nicht erreichen sollte, hat er doch eine großartige Leistung vollbracht, da er mit der Ueberquerung des Kanals einen Flug von circa 250 Kilometer ausgeführt hat.

Beniger vom Glück begünstigt war Latham, der gleichfalls zu einem Fluge Paris-London aufgestiegen war. Latham hatte in La Faloise bei Montdidier infolge Benzinmangels eine Zwischenlandung vorgenommen, von wo aus er am Mittwochmorgen seinen Flug fortsetzte. In Antiens umkreiste Latham dreimal den Aerodrom, wobei er so heftig gegen einen Baum stieß, daß seine Maschine völlig zertrümmert wurde. Latham blieb glücklicherweise unversehrt.

Kleine Notizen.

Vom Blitz getötet. Bei einem Gewitter, das über die Ortschaft Reil im Rheinlande niederging, schlug der Blitz in einen Baum ein, unter dem zwei Arbeiter Schutz vor dem Regen gesucht hatten. Einer von ihnen wurde getötet, der andere schwer verletzt.

Der Präsident der philippinischen Republik, Pedro Montt, ist am Dienstagabend in Bremen kurz nach seiner Ankunft aus Amerika gestorben. Der Präsident wollte zur Kur nach Bad Nauheim, wo er Linderung von einem Herzleiden suchte.

Meutere der Sträflinge. 60 Sträflinge, die beim Neubau der Landesirrenanstalt Bohne bei Prag beschäftigt wurden, meuterten gestern früh wegen Streitigkeiten mit einem Aufseher. Erst nachdem drei Anführer durch Revolvergeschosse schwer verletzt worden waren, gelang es, die Sträflinge zu übermächtigen. Unter starker Bewachung wurden sie nach Prag zurückgebracht.

Blutige Kirchweih. Auf dem Kirchweihfest in der Ortschaft Rogra in Ungarn kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die von ihren Feuerwaffen Gebrauch machte. Bei dem Kampfe wurden zwei Personen getötet und zwei schwer verletzt.

Strandung eines englischen Dampfers. Aus Langer kommt die Nachricht, daß bei Kap Spatel ein großer englischer Dampfer im Nebel auf einen Felsen gelaufen sei. Man glaubt, daß das verunglückte Schiff der White-Head-Compagnie gehört. Von Gibraltar ist Hilfe zur Flottnachung des Dampfers abgegangen.

Witterungsüberblick vom 17. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft °C	Temp. u. d. Luft °F	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft °C	Temp. u. d. Luft °F
Stommes	763 B		4 wölg	16			Kaparanda	757 GHS		wölg	10		
Damburg	765 BSB		3 wölg	14			Petersburg	756 BSB		1 Regen	12		
Berlin	765 B		4 halb bb.	16			Scilly	760 BSB		4 wölg	13		
Frankfurt	766 BSH		Dunst	15			Berden	756 G		2 Regen	16		
München	767 BSB		1 halb bb.	17			Paris	764 BSB		1 halb bb.	16		
Wien	765 B		1 wölg	19									

Wetterprognose für Donnerstag, den 18. August 1910.

Vorwiegend heiter und trocken; am Tage mäßig warm, abends und nachts ziemlich kühl; Westwinde.

Berliner Wetterbureau.

Vom Dienstagmorgen verschied nach langem schweren Leiden unser lieber Kollege der Schrift-seher

Ferdinand Hoffmann
im Alter von 56 Jahren.

Er hat sich durch sein ruhiges, bescheidenes und kollegiales Wesen sowie durch seinen aufrechten und ehrlichen Charakter bei seinen Kollegen ein dauerndes Andenken erworben.

Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerel.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-felde aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gärtler

Richard Gregorius
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fuhrer

Emil Löffler
am 16. d. M. im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weisker, aus statt.

Die Bezirksverwaltung.

Typographia.

Den verehrl. Mitgliefern die betrubende Nachricht, daß unser treues Mitglied, Kollege

Ferdinand Hoffmann
nach längerem Leiden am Dienstag früh verstorben ist.

Sein stets reges Interesse für den Verein, sowie seine 25jährige Mitgliedschaft sichern ihm ein bleibendes Gedenken bei den Mitgliefern.

Die Mitglieder werden gebeten, unserem braven Kameraden möglichst vollständig das Geleit zu geben.

Beerdigung siehe vorstehend.

Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Sohnes

Artur Kerber
sagen wir hiermit allen, unseren herzlichsten Dank.

Witwe Kerber nebst Kindern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Friedrich Matke
am 13. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Domes-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.

Regie Beteiligung erwartet

120/3 Die Ortsverwaltung.

Achtung!!

Borneo - Deckblatt
hell, erste Länge Vollblatt, schmerzlich brennend, per Pfund 5 M.

Hamburger Rohtabakhans

Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 190.

Vom 1. September ab: Brunnenstraße 25, 206/11*

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Zahlstelle Berlin.

Bezirk Südost II.

Montag, den 22. August, abends 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend):

Mitglieder - Versammlung
im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147.

Tages-Ordnung:

- Bericht von der Generalversammlung.
- Unsere gegenwärtige Situation.
- Diskussion.
- Beschließenes.

Zur Beachtung. Die Kollegen werden ersucht, in allen Fällen, wo Kollegen eingeklagt werden, welche nicht durch unseren Arbeitsnachweis vermittelt werden, dieses dem Obmann zu melden.

88/6 Die Kommission.

Achtung! Maschinenarbeiter. Achtung!

Montag, den 22. August, abends 8 Uhr, in Obiglos Festhale, Schwedter Str. 24/25:

Öffentliche Versammlung
für alle an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter für den Bezirk Norden, Moabit, Charlottenburg usw.

Tages-Ordnung:

- Die jetzige Lage der Maschinenarbeiter. Referent Kollege Thielemann.
- Diskussion.
- Beschließenes.

Ehrenpflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer.

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“

Wanderfahrten
am Sonntag, den 21. August 1910.

- Budon (Rätsche Schweiz). Abf. Schlef. Bahnhof 5 1/2 Uhr vormittags.
- Treptom-Röpenitz. Treffpunkt: Bahnhof Treptom 3 Uhr nachmittags. Gäste willkommen.
- Ausführliche Programme bei Heide, Rosenstr. 19, zu haben.

sehr elegant, 32—85 M., fertige Anzüge 8,25 an. Tuche sehr große Auswahl. Kosten engl. Stoffe u. Anzugstoffe billig. Fern schicken wir unsere Vertreter mit Koffer ohne Kaufverpflichtung. Tuchgesellschaft Rathbuserdamm 16—17 (Hochb.) Sorgenlager d. Internats erhält 5%, Rabatt.

Einmal und nie wieder

haben Sie in der Wohnung Wanzen, Schwaben, Wotten, Misse usw., wenn Sie dagegen die berühmten Reichels Spezialmittel richtig anwenden. Glänzende Resulte. Wirkung unschätzb. Reichels vorstärkt. Wanzentödt. „Radikal“, fl. 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.—, Reichels Spezial-Schwabenpulver, „Poudre Maria“, Dose 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, Reichels Spezial-Mottenpulver, „Total“, 50 Pf., 1.—, 2.—, 3.—, 4.—, 5.— (Sprühapparate von 50 Pf. an.) Man nehme aber nichts anderes als die echten Originalpackungen mit Marke „Tod und Teufel“, die einzige Garantie für Erfolg. In den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. A. IV, 4751, 4752, 4753.

Tijungfur! auflos auf Lösungsmittel

Kownoer
aus den Tabak-Fabriken

J. Goldfarb Preuss. Stargard
gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Wegen Aufgabe
unserer Verkaufsstelle, Hohstraße 2

Anzugstoffe, Winter-Paletostoffe, Dammentuche

pottdillig, unter Preis. 2782

Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Hohstraße 2.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 3312

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10—2, 5—7.

Steppdecken
Sonderofferte!

Nur diesen Monat!

Purpur, doppel-seitig, 235, 3.35

Cretonne, doppel-seitig, 265, 3.50

Trikot, doppel-seitig, 435, 6.00

Simillseide, bord. oliv., 435, 6.00

Bante Normal-Schlafdecken 175 250 350

Zepernick-Bernau.

Barzelle von 300 M. an (ca 90° R.)

Keine Anzählung u. langjährige Hypotheken. Blime gratis. Verkäufer ständig am Hof-Zepernick.

J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) veranstaltet am 20. August ein Sommerfest im „Seidlich“, Seidlichstr. 14; am Sonntag, den 21. August, findet in der „Philharmonie“ ein vom Gesangsverein „Schütz Horn“ arrangiertes Konzert statt. Wir ersuchen beide Veranstaltungen streng zu meiden, da uns die genannten Lokale nicht zur Verfügung stehen.

In Hohndorf bei Grünau wird am Sonntag, den 21. August, das übliche Erntefest gefeiert. Wir weisen darauf hin, daß uns die beiden im Orte befindlichen Lokale von Schulz und Dolling nicht zur Verfügung stehen. Wir ersuchen speziell die Hunderte von Quartierliebhabern aus Arbeiterkreisen, die diesen Ort wegen des im Dorfsteck vorhandenen leichten Fischfutters aufsuchen, dies besonders zu beachten. Frei ist derselbst nur das Dicht an der Gasse bei belegene Lokal von Karl Mentel (Villa Rah) und das in Falkenberg am Wasserurm gelegene Lokal von Gottfried Schäfer. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung auf dem Spandauer Bod stattfindet, in der Genosse Fritz Jubeil einen Vortrag halten wird. An die Genossen von Spandau richten wir die Bitte, sich auch an dieser Veranstaltung recht zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Rauhsdorf a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 21. d. M., findet unser erstes Sommerfest im Hamanns Gesellschaftshaus, Frankfurter Gasse, statt. Wir bitten auch die Genossen der umliegenden Orte, sich recht zahlreich mit ihren Familien zu beteiligen.

Außerdem wird zum Sonnabend, den 27. d. M., eine öffentliche Versammlung im selben Lokale einberufen, in welcher der Genosse Reichstagsabgeordneter Eichhorn referieren wird.

Radow. Am Sonntag, den 21. August, nachmittags 6 Uhr, findet bei August Palm, Bismarckstr. 9, eine Versammlung statt.

Trebbin. Am Sonnabend, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (Emil Schulte) Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Wahl von zwei Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 4. Parteiangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Immer noch „Ueberschuß“ im Stadtsäckel?

Die Stadthauptkasse Berlins hat jetzt für das Rechnungsjahr 1909 (vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 reichend) ihren Jahresabschluss fertiggestellt. Er hat wieder noch einen Ueberschuß ergeben, diesmal rund 5 1/2 Millionen Mark. Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt hierüber mit:

Der Jahresabschluss der Berliner Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1909 stellt sich um rund 5 1/2 Millionen Mark günstiger, als der Voranschlag annahm. Dies ist in erster Linie auf das Kapitel der Steuern zurückzuführen, welches sich insgesamt gegenüber dem Voranschlag um 3,8 Millionen Mark günstiger stellt. An diesem Ergebnis sind im einzelnen das Aufkommen der Grundsteuer mit 1,8 Millionen, die Einkommensteuer mit rund 700 000 M. und die Umsatzsteuer mit 1 811 000 M. beteiligt. Auch die Hundsteuer und der Brauabgabenzuschlag haben ein kleines Mehr gebracht, jene von 43 000 M., dieser von 20 000 M. Dagegen hat sich infolge starker Rückzahlungen die Gewerbesteuer um 54 000 M. gegenüber dem Voranschlag verschlechtert und die Betriebssteuer hat sich um 5600 M. ungünstiger gestellt. Eine erhebliche Verbesserung weist neben dem Steuerkapitel noch die Kapital- und Schuldenverwaltung auf mit rund 1 837 000 M., die vorwiegend auf die Belegung verfügbarer Kapitalien zurückzuführen sind. Von den städtischen Betrieben ist insgesamt eine Verbesserung von rund 710 000 M. zu verzeichnen. Der Löwenanteil entfällt auf die Gaswerke (571 000 M.), dann folgen der Viehmarkt mit 175 600 und die Wasserwerke mit 88 700 M. Die Mehreinnahmen von 157 000 M., welche bei der städtischen Straßenbahn erzielt worden sind, haben zur anteiligen Tilgung von Voranschüssen Verwendung gefunden. Ungünstiger stellen sich die Sanitätsverwaltungen um 80 900 M., die Parkhallen um 53 000 M., der Schlachthof um 5000 M. Bei dem Kapitel Bauverwaltung ist eine Verbesserung um 294 000 M. erzielt. Der Abschluß des Kapitels Straßenbeleuchtung, Reinigung und Besprengung stellt sich um 122 000 M. günstiger, als der Voranschlag angenommen. Ungünstiger stellt sich das Kapitel auswärtige Grundstücke um 190 000 M., wesentlich infolge der höheren Steuern der Vororte, das Kapitel Unterrichtsverwaltung wegen der Erhöhung der Beamtengehälter um 4,8 Millionen Mark, das Kapitel Verwaltungskosten aus den gleichen Gründen um 2,08 Millionen Mark. Ungünstiger stellt sich auch in auffälliger Weise das Kapitel Armenverwaltung, welches eine Verschlechterung von 1 114 000 M. aufweist, die zum wesentlichen Teil (mit 757 000 M.) auf Mehrausgaben an Almosen, ferner mit 196 000 M. auf Mehrausgaben für Kurkosten usw. zurückzuführen sind. Dagegen weist das Kapitel Krankenhäuser usw. nur eine geringe Verschlechterung von rund 8000 M. auf. Die Parkverwaltung stellt sich um 89 500 M. ungünstiger, die Polizeiverwaltung um 850 000 M. Bei dem Kapitel der verschiedenen Einnahmen ist ein Minus an Einnahmen von den Berliner Elektrizitätswerken von 500 000 M. und ein Minus von der Großen Berliner Straßenbahn von 100 000 M. zu verzeichnen. Da der Abschluß für 1909 insgesamt einen Ueberschuß von rund 8 Millionen gegenüber dem Etat für 1908 aufwies, so bedeutet der gegenseitige Abschluß eine Verschlechterung gegen das Vorjahr um rund 2 1/2 Millionen Mark. Also immer noch ein Ueberschuß! Aber ein „Ueberschuß“, der wieder um ein paar Millionen geringer ist als der aus dem vorhergehenden Jahr! Schon ein solches Jahr fünf hindurch ist der Ueberschuß, der dem Stadtsäckel blieb, von Jahr zu Jahr immer weiter heruntergegangen. Er belief sich in 1906 auf noch 18 1/2 Millionen Mark, in 1906 auf 14 1/2 Millionen, in 1907 auf 10 1/2 Millionen, in 1908 auf 8 Millionen und nun in 1909 gar nur noch auf 5 1/2 Millionen. Wenn die Abwärtsbewegung so weitergeht, dann kann schon in aller nächster Zeit der Ueberschuß sich nahezu vollständig verflüchtigt haben. Da es in Berlin seit langem als selbstverständlich gilt, für den Stadtsäckel alljährlich keinen Ueberschuß herauszuwirtschaften, so kommt schon einer Verminderung des Ueberschusses, wie wir sie in den letzten Jahren hatten, die Bedeutung eines Defizits zu. Von 18 1/2 Millionen in 1905 in unauffälliger Abwärtsbewegung bis auf 5 1/2 Millionen in 1909! Nein, wir haben wirklich keinen „Ueberschuß“ mehr im Stadtsäckel.

Die oben mitgeteilten Einzelheiten über das Plus oder Minus an Einnahmen und Ausgaben sind bei manchen Kapiteln sehr unersichtlich. Die Einkommenssteuer hat um 100 000 M. mehr

gebracht, als erwartet worden war. Das ist eine Ertragssteigerung, die gegenüber dem erwarteten Gesamtertrag der Einkommenssteuer in Höhe von rund 80 Millionen Mark kaum eine Erwähnung verdient. Aus der Gewerbesteuer ist sogar noch nicht mal soviel herausgeholt worden, wie der Voranschlag es angenommen hatte. Das ist ein Ergebnis, das dem Finanzminister unserer Stadt, dem Herrn Stadtkämmerer, ganz besonders auf die Herzen gefallen sein dürfte. Man sieht, wie die in den letzten Jahren eingetretene Verschlechterung der Erwerbshverhältnisse nun auch in den Steuererträgen sich bemerkbar macht. Daß gleichzeitig die Armenverwaltung mit einem erheblichen Mehr an Ausgaben abschließt, kann nicht Wunder nehmen. Im übrigen war gerade bei der Festsetzung des Armenetats für 1909 so wenig auf die Not der Zeit Rücksicht genommen worden, daß von vornherein mit einer Etatüberschreitung gerechnet werden mußte, die denn auch trotz aller Knappheit nicht zu verhüten war.

Nach Bekanntgabe dieses Jahresabschlusses der Stadthauptkasse wird außer neue die Frage erwogen, ob nicht die Finanzkünstler unserer Stadt noch mehr auf Ersparnisse fassen sollen. In einem Blatt wird schon wieder das Sprüchlein hergeholt, daß eine „Einschränkung aller nicht dringlichen Ausgaben“ nötig sei. Man weiß, was in solchen Fällen als „nicht dringlich“ angesehen wird. Zumeist ist es ja das, was die Arbeiterbevölkerung als das Dringlichste empfindet.

Wenn ein Fürsorgezögling entläßt,

so gilt in vielen Erziehungsanstalten das als einer der schwersten Frevel, die er begehen kann. Daß er die „Wohltat“ der Fürsorgeerziehung verachtet, wird ihm gebucht als ein Beweis dafür, wie weit er noch davon entfernt sei, sich gebessert zu haben. Und ohne Erbarmen wird es an ihm geahndet, daß das Leben unter einem harten Anstaltsvorsteher ihm unerträglich schien und er das traurige Los eines umhergehetzten Flüchtlings vorzog.

Wehe ihm, wenn er erwischt wird und sich in die Anstalt zurückbringen lassen muß! Gewöhnlich bewillkommen sie ihn mit Hieben, der Züchtigung schließt dann ein langer Arrest bei Wasser und Brot und harten Lager sich an, und meist folgt noch Ueberweisung an eine Art Strafkolonie, in der durch allerlei qualende Beschränkungen, vor allem durch schwerere Arbeit bei geringerer Kost, die Zöglinge kurieren werden sollen. Aber das Maß der Leiden eines wiederergriffenen Flüchtlings ist hiermit noch nicht voll. Durch seine Flucht hat er, so urteilt der Anstaltsvorsteher, den Eintritt seiner Besserung und demnach auch seine Entlassung zur Familie wieder nur noch weiter hinausgerückt, und alle Anträge auf Entlassung, die etwa von den Eltern gestellt werden, bleiben auf lange Zeit erfolglos. Nur zu oft treiben dann Ungeduld und Verzweiflung den Zögling zu neuer Flucht, und so kann es kommen, daß ein Junge, der sonst vielleicht nicht zu den schlechtesten gehört, in immer wiederholtem Hin und Her zwischen Anstaltsaufenthalt und Flüchtlingsleben den „Segen“ der Fürsorgeerziehung genießen muß, bis endlich mit Vollendung des 21. Lebensjahres ihm die Befreiungssunde schlägt.

Die Meinung, daß ein Zögling, der entflohen war und wiederergriffen wird, unter allen Umständen noch Besserungsbedürftig sei, ist geradezu ein Glaubenssatz der meisten Fürsorgeerzieher. Der Flüchtling soll in seine Ketten zurück, auch wenn er draußen aus eigener Kraft in ehrlicher Arbeit sich gebessert und seine Freiheit sich verdient hat. Wo bliebe auch die „Disziplin“, wenn dem Ausreißer seine Flucht nicht angerechnet würde, und wo die „Autorität“, wenn man über solchen Frevel hinwegsehen! Tatsächlich ist es oft genug vorgekommen, daß Fürsorgezöglinge, die draußen sich einwandfrei geführt hatten, nach ihrer Wiederergriffung in die Anstalt zurückgebracht und zu diesem Zweck aus ihren Arbeitsstellen herausgerissen wurden.

Wir erinnern uns eines Zöglings, der aus der Anstalt Lichtenberg entlaufen war und auf seiner Zureise durch verschiedene Städte nach Dresden gelangte, wo er Stellung in einem Hotel fand. Er arbeitete dort Monate hindurch zur Zufriedenheit seines Prinzipals, mußte aber plötzlich aufs neue fliehen, weil die nachspärende Polizei ihn schließlich ermittelt hatte. Später wurde er doch wieder ergriffen, wurde in die Anstalt zurückgebracht und blieb in ihr bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. Einem anderen uns bekannt gewordenen Zögling derselben Anstalt Lichtenberg, der ausgereist war und in Berlin Stellung bei einem Materialwarenhändler gefunden hatte, widerfuhr das Schicksal der Zurückführung an die Anstalt zu einer Zeit, wo ihm nur noch drei Wochen an seinem 21. Lebensjahr fehlten. Ein Schutzmann, der ihn in einer Markthalle sah und wiedererkannte, winkte ihn freundlich heran — und der entlaufene Fürsorgezögling wurde ohne Gnade nach Lichtenberg abgeliefert. Als er drei Wochen später entlassen wurde, war selbstverständlich seine Stellung besetzt. Nun konnte er sehen, wo er andere Arbeit fand, um weiter ehrlich bleiben zu können.

Es ist ein Unglück für die Fürsorgeerziehung und ihre Zöglinge, daß an den zuständigen Stellen so schwer die Erkenntnis sich Bahn bricht, wie sehr solche Maßregeln dem Zweck der Fürsorgeerziehung widersprechen. In Berlin scheint man das jetzt endlich begriffen zu haben und es mit einem anderen Verfahren versuchen zu wollen. Wir hören, daß die Waisenverwaltung fortan die Praxis befolgen will, entflozene Fürsorgezöglinge bei etwaiger Wiederergriffung nicht ohne weiteres aus ihren Arbeitsstellen herauszureißen, sondern zu prüfen, ob sie sich bewährt haben und in ihrer Stelle belassen werden können. Wir begrüßen mit herzlichster Freude diesen vernünftigen Entschluß, der übrigens, wie man uns sagt, einer vom Erziehungsdirektor Neubauer gegebenen Anregung zu danken ist.

Zu wünschen bleibt nun noch, daß auch die Provinzialverwaltungen in der Ausführung der Fürsorgeerziehung denselben Kurs einschlagen möchten. Dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg empfohlen wir, diesbezüglich ein besonderes Augenmerk z. B. auf die Anstalt Jählsdorf zu richten, mit der wir in letzter Zeit uns mehrfach beschäftigen mußten. Wir gewinnen den Eindruck, daß gerade der Leiter dieser Anstalt begünstigt ist, mit ganz ungewöhnlicher Hartnäckigkeit sich gegen die Freilassung von Zöglingen zu wehren, die aus seiner Anstalt entflohen sind, sich in geordnete Verhältnisse zurückzufinden versuchen wollen und zu diesem Zweck ihren Eltern wiedergegeben werden möchten.

Wittere Erfahrungen hat in dieser Hinsicht ein aus Jählsdorf entlaufener Zögling M. gemacht, der wegen einer Straftat ins Gefängnis gesteckt worden war und nach Verbüßung seiner Haft in die Jählsdorfer Anstalt zurückgebracht werden sollte. Da ihm nur noch fünf Monate an seinem 21. Lebensjahre fehlten, so hatten die Eltern den Wunsch, daß man ihn schon jetzt freigäbe. Der Arbeitgeber des Vaters erklärte sich bereit, in seinem eigenen Betrieb den Jungen sofort zu beschäftigen. Der

Geistliche des Gefängnisses unterstützte den Wunsch des Vaters, indem er über den Sohn sich in günstigem Sinne äußerte. Aber in Jählsdorf war es anders beschaffen — und es geschah, was man wünschte: Der Zögling wurde in die Anstalt Jählsdorf zurückgebracht und mußte in ihr den Rest seines 21. Lebensjahres absitzen. Seiner mit Kindern reich gesegneten Eltern hätte er, der Älteste, in diesen fünf Monaten bereits eine Stütze sein können. So aber wird den Eltern zugemutet, noch für fünf Monate mehr die Kosten zurückzuerstatten, die durch die Fürsorgeerziehung des Sohnes entstanden sind.

Lehrreich ist auch der folgende Fall. Aus Jählsdorf war ein Zögling C. widerrechtlich zur Familie entlassen worden, nachdem der Vater selber ihm eine Lehrlingsstelle bei einem kleinen Drudereibesitzer in Wiesenburg besorgt hatte. Als später Herr C., der selber Schriftsetzer ist, zu der Ueberzeugung kam, daß der Sohn dort nicht zweckentsprechend ausgebildet, wohl aber seine Arbeitskraft übermäßig ausgenutzt werde, fuhr er kurz entschlossen hin und holte ihn weg. Die Mutter brachte den Jungen sofort zur Landesdirektion, trug die Angelegenheit vor und bat, ihn in einer anderen Stelle unterbringen zu dürfen. Das wurde genehmigt, nachdem sie erklärt hatte, eine andere Stelle sei schon für ihn besorgt und ein Charlottenburger Prediger wolle sein Fürsorger sein. Der Prediger teilte das brieflich dem Vorsteher der Anstalt Jählsdorf mit, der aber antwortete, daß der Zögling in die Anstalt zurückgegeben werden müsse, wo man ihn dann mit Landwirtschaftsarbeiten beschäftigen werde. Zurückführung in die Anstalt hatte schon der Drudereibesitzer angedroht, als ihm aus einem Brief des Vaters an den Sohn bekannt geworden war, daß der sich über die Zustände in dieser Lehre beklagt hatte und (so bezeichnete es der Meister gegenüber seinem Lehrling) „hier als Fürsorgezögling neue Moden einführen wollte“. Durch den Brief des Anstaltsvorstehers wurde der Junge so in Verwirrung verlegt, daß er kopflos die Flucht ergriff. Er, der den ehrlichen Willen gehabt hatte, sich zu einem ordentlichen Menschen emporzuarbeiten, war nun mit einem Male wieder hinausgestoßen zu den „Unverbesserten“, hinausgestoßen durch die Unerbittlichkeit, mit der die Anstalt ihr vermeintliches Recht gegen ihn geltend machte. Soll der Sohn es wagen, daß der Vater, der ja nur seine Pflicht zu tun glaubte, ihn aus der Lehre nahm? Der bedauernswerte Junge ist jetzt, zur Verzweiflung seiner Eltern, ein von der Polizei verfolgter Flüchtling.

Kann jemand glauben, daß die bisher so geringen Erfolge der Fürsorgeerziehung durch solche offenbar ganz zweckwidrigen Maßnahmen gesteigert werden? Das Risiko der Fürsorgeerziehung ist mittlerweile worden durch den kurzfristigen Eifer gewisser Fürsorgeerzieher, die ihre Zöglinge daran hindern, sich selber den Weg zur Milderung in geordnete Verhältnisse zu suchen. Hier wird Verunsicherung und Wohltat Plage. Es ist hohe Zeit, daß endlich überall mit diesem Grundsatz gedroht wird.

Ein Knabenmord

rief gestern die Kriminalpolizei nach dem Grunewald. Der Indolide Friedrich Riebel aus der Badenschen Straße 19 zu Wilmersdorf hörte im Jagen 56 Auffschreie, begab sich in das Gebüsch, aus dem sie herkamen und fand dort einen Knaben liegen, der nur noch schwach bei Bewußtsein war und der nur sagen konnte, daß er habe trinken müssen. Bei ihm lag ein geschlossener Regenschirm und eine Flasche, die noch zu dreiviertel mit Lysol gefüllt war. Die Ortspolizei vom Grunewald wurde sofort benachrichtigt, und Amtsvorsteher Hiltensamp erschien alsbald am Fundort und ließ den Knaben, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, mit einem Wagen, der gerade des Weges kam, nach einem Sanatorium in der Haagenstraße in der Kolonie Grunewald bringen. Dort konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen. Der Knabe war einer Lysolvergiftung erlegen. Die alsbald eingeleiteten Ermittlungen nach dem Mörder ergaben, daß ein Mann, der genauer beschrieben werden konnte, von dort aus dem Gebüsch zwischen dem Jagen 55 und 56 heraus in der Richtung nach dem Bahnhof Eichkamp im Laufschritt sich entfernt hatte. Der Amtsvorsteher vom Grunewald benachrichtigte die Kriminalpolizei, deren stellvertretender Chef, Regierungsrat Dohé, mit dem Kriminalkommissar Hoppe alsbald heraufsuchten. Auch ein Beamter mit einem Kriminalhund wurde mitgenommen. Der Hund verfolgte eine Spur nach dem Bahnhof Eichkamp, kam aber von dort nicht weiter. Noch während der Nacht wurde der Fundort und die ganze Umgebung nach etwaigen Spuren abgesehen, jedoch in dem Dunkel bei Laternenschein ohne Erfolg. Der rätselhafte Mord fand aber als man gedacht hatte, seine Aufklärung. Gestern abend um 8 Uhr erschien der am 28. Oktober 1878 zu Strummensee geborene Tischler Hermann Schmalke, der zu Weihensee in der Königshaussee Nr. 22 wohnt, auf dem Amt in Großlichterfelde und teilte mit, daß er seinen 5 Jahre alten Sohn im Grunewald mit Lysol vergiftet habe. Auch er habe die Absicht gehabt, sich das Leben zu nehmen, weil er seit längerer Zeit mangelnd sei. Am mit seinem Sohne gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, haben sich beide nach dem Grunewald begeben. Nach längerem Umherwandern sei sein Sohn ermüdet. Er hätte sich deshalb in der Schonung niedergelassen. Der Sohn habe hier Durst verspürt und zu trinken verlangt. Daraufhin habe er ihm die Lysolflasche gereicht, von der er einen großen Schluck genommen habe. Von hinzukommenden Leuten überrascht, sei er nach Eichkamp zu entflohen. Er habe auch bereits einen Strick genommen, um sich zu erhängen, sei aber im letzten Augenblick von dieser Absicht wieder abgekommen. Schmalke wurde einstweilen im Amt zu Großlichterfelde in Haft behalten und soll dem zuständigen Gericht zugeführt werden. Von anderer Seite ist bereits die Spur auf den Knaben gelenkt worden. Gestern früh erschien bei der Kriminalpolizei in Weihensee und später in Berlin ein Schwager Schmalkes und gab an, daß sein Neffe und dessen Vater die vorige Nacht nicht nach Hause gekommen seien. Die Verschwendung paßte auf den Neffen, und allem Anschein nach war dieser der tote Knabe. Diese Vermutung wurde unterdessen durch die Selbstgestellung Schmalkes schon zur Gewißheit.

Wie noch mitgeteilt wird, ist Schmalke seit zwei Jahren von seiner Ehefrau geschieden. Der aus der Ehe hervorgegangene einzige Sohn verblieb beim Vater. Seit der Trennung der Ehe führte die Mutter Schmalkes, eine 80jährige Witwe, mit der er im dritten Stock des Luergebäudes im Hause Königshaussee Nr. 22 wohnte, ihn die Wirtschaft. Die alte Frau hat auch zu gleicher Zeit die Hausverwaltung inne. Schmalke war seit acht Jahren in einer Pianofortefabrik in Weihensee beschäftigt und bezog einen Wochenlohn von 40 Mark. Es wird ihm das Zeugnis eines fleißigen und ordentlichen Arbeiters ausgestellt. Er ist aber mangelnd und hatte sich vorgestern morgen einen Krankenschein geholt, um dann einen Arzt aufzusuchen. Am Nachmittage lehrte er in seine Wohnung zurück und entfernte sich mit dem Knaben unter der Angabe, daß er in einem Park Erholung suchen wolle. Stattdessen hat er sich nach dem Grunewald begeben. Wie verläutelt, hat er vor etwa acht Tagen wieder Annäherungsversuche an seine geschiedene

Frau gemacht, seinen Zweck aber nicht erreicht. Aus diesem Grunde scheint er den Plan gefasst zu haben, seinen Sohn und sich umzuorientieren. Der Knabe ist 4 1/2 Jahre alt.

Dispensationen von Pflichtfortbildungsschülern. Die Pflichtfortbildungsschüler müssen die Fortbildungsschule bis zum Schluss des Semesters besuchen, in dem sie das 17. Lebensjahr vollenden. Liegt nun der Geburtstag am Anfang des neuen Semesters, z. B. am 2. oder 3. Oktober, so kann eine Dispensation nur dann erfolgen, wenn der Schüler einen dreijährigen Besuch der Pflichtfortbildungsschule nachweisen kann. Dabei ist aber die Weisung der Schulzeugnisse erforderlich. Darum liegt es im Interesse der Schüler, die Schulzeugnisse der Pflichtfortbildungsschule aufzubewahren, was leider sehr oft nicht geschieht.

Die Freie Volksschule und die Zensur. Von der Verwaltung der Freien Volksschule wird und geschrieben: Aus zahlreichen Anfragen, die an die Vereinsleitung gerichtet werden, geht hervor, daß in Kreisen der Mitglieder die Meinung verbreitet ist, der Verein würde infolge des behördlichen Eingreifens gezwungen sein, seine Tätigkeit bis auf weiteres einzustellen. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Als der Verein im April 1896 unter Zensur gestellt werden sollte, hielt er seine Tätigkeit freiwillig, um sich auf verbesserter Grundlage neu zu konstituieren. In einem gleichen Vorgehen liegt diesmal kein Grund vor, denn Statut und Organisation des Vereins sind jetzt entsprechend den Ansprüchen des Oberverwaltungsgerichts derart geändert, daß der Verein getrost alles Weitere an sich herankommen lassen kann. Die Freie Volksschule nimmt somit am ersten Sonntagmorgen des September in den fünf von ihr gemieteten Theatern resp. Theatern (Kessing-Theater, Neues Schauspielhaus, Thalia, Residenz und Herrfeld-Theater) ihre Tätigkeit in vollem Umfang wieder auf. Anmeldungen zur Mitgliedschaft nimmt der Geschäftsführer Winkler, Rigdorf, Kirchhoffstr. 46, entgegen.

Mahregelung bei der Hoch- und Untergrundbahn.

Aus den Kreisen der Angestellten genannten Betriebes wird uns geschrieben:

Die Betriebsleitung der Hoch- und Untergrundbahn hat in den letzten Monaten eine beträchtliche Anzahl von Angestellten ohne Angabe von Gründen entlassen; hierunter befinden sich selbst Leute, die eine Reihe von Jahren ihren Dienst zu voller Zufriedenheit verrichtet hatten. Fragten dieselben nun nach dem Grunde ihrer Abündigung, so erhielten sie die Antwort, daß die Gesellschaft nicht verpflichtet sei, Gründe anzugeben. Trotzdem wissen die Angestellten, worum es sich handelt. In den letzten Monaten haben sich nämlich eine Anzahl Angestellte dem Verband der Straßenbahner Deutschlands (Mitgliedschaft des Deutschen Transportarbeiterverbandes) angeschlossen, was der Betriebsleitung nicht unbekannt blieb. Die Verächterflatter der Gesellschaft scheinen ihren Auftrag aber schlecht ausgeführt zu haben, denn unter den Gemahregestellten befindet sich auch eine Anzahl Personen, die nicht organisiert, also das Opfer der Verwechslung geworden sind. Vielleicht waren sie einmal der Einladung zur Versammlung gefolgt und mußten deshalb den Dienst quittieren. Andererseits wird das Gerücht verbreitet, die Leitung nehme deshalb Mahregelungen vor, um Lohnersparnisse machen zu wollen, denn bekanntlich bekommen die Reueingestellten bedeutend weniger Lohn. Wie dem auch sein mag, der Beweis ist wiederum erbracht, daß die Hoch- und Untergrundbahngesellschaft zu denjenigen zählt, die das den Angestellten zustehende Koalitionsrecht nicht dulden.

Vorortverkehr nach Velten. Die Eisenbahndirektion Berlin bringt zum 1. Oktober einen vollständig neuen Fahrplan heraus. Im Vergleich zu dem jetzt in Kraft befindlichen Fahrplan vom 1. Mai bringt der neue Fahrplan die üblichen Einschränkungen. Der jetzt vorgesehene Sonntagverkehr auf dem Volkring über den Potsdamer Ringbahnhof fällt weg. Neu ist die Ausgestaltung des Vorortverkehrs auf der Strecke Berlin-Tegel-Velten. Von Tegel nach Velten verkehren jetzt nur vier Züge täglich, von Velten nach Tegel fünf. Einer davon hat werktags langen Aufenthalt in Tegel. Vom 1. Oktober an werden vom Stettiner Vorortbahnhof in Berlin täglich 13 Züge bis Velten durchgeführt. Von Velten nach Berlin gehen 14 Züge täglich. Ein Umleiter in Tegel gibt es nicht mehr. Außerdem verkehren zwischen Berlin und Tegel werktags 14 Züge. Sonntags sind im Oktober und April einige Züge mehr vorgesehen. Der Fernverkehr der Strecke Berlin-Velten-Kremmen beschränkt sich vom Oktober an auf die Stationen Berlin, Gesundbrunnen, Tegel, Velten usw. Bisher hielten einzelne Züge auch auf Zwischenstationen. Während bisher alle Züge im Fernverkehr von Berlin nach Kremmen durchgingen, verkehren vom 1. Oktober an aus Berlin sechs dieser Züge. Vier weitere Züge haben in Velten Anschluß an Vorortzüge. Dasselbe ist der Fall mit einem nur werktags verkehrenden Frühzug und umgekehrt.

Von der Lungenheilstätte Grabowsee hat in unserem gestrigen Artikel der Druckfehlersteufler behauptet, daß in ihr der Brauch herrsche, die Patienten zu allerlei keineswegs gesundheitschädigenden Arbeiten zu nötigen. In Wirklichkeit handelt es sich um allerlei keineswegs gesundheitsfördernde Arbeiten.

Keine Erweiterung des Vorortverkehrs auf der Anhalter Bahn. Seit Jahren sind bekanntlich Wünsche auf Erweiterung des Vorortverkehrs auf der Anhalter Bahn laut geworden. Jetzt sind diese wieder der Eisenbahndirektion Halle unterbreitet und wieder sind sie abgelehnt worden. Die Eisenbahndirektion führt für ihren ablehnenden Standpunkt die Unrentabilität und die hohen Kosten ins Feld. Zahlreiche Bewohner der westlichen Vororte sind dieser Meinung nicht, sie glauben vielmehr, daß ein ganz beträchtlicher Ueberzug für die Eisenbahn sich ergeben würde, wenn der Vorortverkehr erweitert würde.

Von einem Jahrstahl zu Tode gequert wurde gestern vormittag der 25jährige Maler Kobold, Kloster Straße 19 wohnhaft. Der junge Mann war auf einem Neubau in der Kopernikusstr. 32 beschäftigt und wollte im Innern des Jahrstahlschachtes einen Anstrich vornehmen. Pflöchlich setzte sich der Jahrstahl in Bewegung und sauste auf R. herab. Der Verunglückte konnte erst nach längerer Zeit aus seiner schrecklichen Lage befreit und nach der Unfallstation in der Warschauer Straße gebracht werden, wo der diensttunende Arzt nur noch den Tod infolge Schädelbruchs feststellen konnte.

Ein bespannter Fuhrwerk in den Landwehrkanal gefahren. Am Wasser nahe dem Urbanhofen stürzte gestern beim Umwenden ein Steinwagen mit den beiden davorgeschobenen Wagen in den Landwehrkanal. Der Aufsitzer konnte sich noch durch einen Sprung vom Wagen in Sicherheit bringen. Von den beiden Pferden gelang es der zur Hilfe gerufenen Feuerwehr eines zu retten, während das andere ertrank.

Opfer der Straße. Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Nachmittag gegen 1/5 Uhr vor dem Hause Kopernikusstr. 136. Dort verlor der Fahrgast Walter Schöber, Nachodstr. 8, mit seiner Maschine das Gleichgewicht vor dem Motorwagen 1778 der Linie 46 zu freuzen, wurde umgestoßen und geriet unter den Vorderperren des Waggons. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und der Verunglückte hervorgezogen. Der Verletzte, der einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft.

Ein zweiter Unfall ereignete sich in der Viktoria-Eisen-Straße, Ecke Neue Winterfeldstraße. Dort verlor eine Frau Kestler, Neue Winterfeldstr. 26 wohnhaft, den Hinterperren des Motorwagens 2800 der Linie 91 während der Fahrt zu bestiegen, kam zu Fall und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung. Die Verletzte wurde nach ihrer Wohnung geschafft.

Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung in Höhe von 1800 Mark wurde der 19jährige Expedient Georg Mehl aus der Köpenicker Straße verhaftet. Der junge Mann war seit einem Jahre bei einer Gasglühlichtgesellschaft angestellt und meldete sich vor acht Tagen krank. Während er seinen Dienst tat, fand man, daß Glühlampen und Drähte fehlten, ebenso daß Rechnungen mit gefälschten Unterschriften eingezogen worden waren und falsche Buchungen stattgefunden hatten. Als gestern M. seine Arbeit wieder aufnehmen wollte, nahm ihn die Kriminalpolizei fest. In einem Schranke in seiner Wohnung fand man noch für 150 M. Glühlampen.

Im Zirkus Christ-Halls im alten Berliner Botanischen Garten, an der Ecke der Potsdamer und Pankowstraße, fand am Dienstagabend eine Revüvorstellung statt. Die auf neue Weise dem Beweis lieferte, wie unredigiert das weitverbreitete Vorurteil ist, die Darstellungen eines Zirkus vermöchten nicht mit den Darstellungen der großen equestrischen Institute, wie z. B. des Zirkus Busch oder des Zirkus Schumann, zu rivalisieren. Eine große Wasser- und Feuerpantomime bietet freilich der Zirkus Christ-Halls nicht; aber sonst sind durchweg seine Vorstellungen ersten Ranges und manche müssen sogar als hervorragende Leistungen bezeichnet werden, vornehmlich die akrobatischen Künste der beiden hochkomischen Brüder Donnet und der drei prächtigen Tigergezojen, sowie der kühne verwegene Luftakt der „Artonis“ an dem unter der Decke des Zirkus aufgespannten dreieckigen Trapez. Dazu bietet der Zirkus Christ-Halls eine Reihe prächtiger Löwen-, Hunde-, Schweine-, Pferde- und Elefantendressuren. Besonders verdienen die Egeratten, die Herr Hugo Metz seine beiden indischen Elefanten ausführen ließ, alle Anerkennung; und noch höher stehen die schneidigen, ergötzt durchgeführten Freiheitsdressuren des Herrn Jvar Wetterson, die dem Zirkus zugleich die Gelegenheit boten, ein prächtiges Pferdmaterial in der Manege aufzumarkieren zu lassen. Die zuletzt vorgeführten zwölf russischen Klapphengste sind wahre Prachtstücke und geradezu vorzüglich eingezüchtet.

Wer ist der Tote? Aus der Spree wurde gestern an der Straßener Allee eine unbekannt männliche Leiche gefunden. Der Tote ist etwa 45 bis 50 Jahre alt und 1,66 Meter groß, hat blondes, kurzes Haar, eine Blase, einen dunklen Schnurrbart und trug ein rot und blau kariertes Hemd, das A. R. gezeichnet ist, graugestreifte Hosen, ein dunkles Jackett, graue Strümpfe und einen roten Kiemer.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania, Taubenstraße, wird Professor Hjarne Smith aus Bergen heute, Donnerstag, abends 8 Uhr einen Vortrag mit zahlreichen farbigen Lichtbildern über „Streifzüge durch Norwegen, das Land der Winternachtskälte“ halten und diesen Vortrag am Freitag (nicht wie angekündigt am Sonntagabend) wiederholen. Am Sonnabend wird der Vortrag „In den Dolomiten“ gehalten werden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der schulärztliche Bericht aus den Mittel- und Gemeindefschulen liegt nunmehr, mit Ausnahme der 5. und 10. Schule, in genauer Uebersicht vor. Die gesundheitlichen Verhältnisse unter den Kindern waren im allgemeinen zufriedenstellend. Infektionskrankheiten traten nicht epidemisch auf. Nur in der 6. Gemeindefschule wurde wegen zweier Diphtheriefälle, die in unmittelbarem Zusammenhang standen, Schließung der Klasse bezw. Desinfektion beantragt; erstere wurde vom Kreisarzt nicht für notwendig erachtet, die Desinfektion dagegen ausgeführt. Die Hautkrankheit (Mikrosporid) ist infolge des sofortigen energischen Eingreifens der Schulbehörde bald beseitigt worden. Unter ärztlicher Kontrolle standen 2484, aufgenommen wurden 608 Kinder. Als noch nicht schulfähig wurden 93 Kinder auf ein halbes Jahr zurückgestellt. Es entfallen, da 14 Schulen vorhanden, durchschnittlich 7 Kinder auf jede Schule, die zurückgestellt werden mußten. Diese Zahl könnte eingeschränkt werden, wenn die Stadt eine Art Vorklasse oder Spielschule einrichten würde, in der die zurückgestellten Kinder in Anschauung und Handfertigkeit unterrichtet und Bewegungsspiele mit ihnen unternommen würden. Geistig zurückgebliebene Kinder könnten von dieser Vorklasse dann in die Hülfsklasse übertreten und die Normalklassen würden von diesen Kindern entlastet. Sodann könnten auch schwere Fälle von Schwachsin in derartigen Vorlässen besser beobachtet und geeigneten Anstalten, von denen es leider nur eine beschränkte Anzahl gibt, zugeführt werden. Die Untersuchungen ergaben, daß 2058 Gesundheitsheine vorhanden waren. Defekte Zähne hatten 1312 Kinder, Blutarmut wurde bei 613 festgestellt, Skroflose hatten 663, Kerveneiden 40, Verkrümmung der Wirbelsäule 336, Herzkrankheiten 108, Lungenerkrankheiten 177, Tuberkulose 65 und Idiotie 15; Augen- und Ohrenkrankheiten waren 233 Kinder vermerkt. Mit der Einrichtung der Schulzahnklinik in der Veliger Str. 46/47 dürfte den zahlreichen Zahnerkrankungen wesentlich gesteuert werden, wenn auch die Eltern mit dazu beitragen, daß die Kinder die Klinik regelmäßig besuchen. Erschreckend hoch ist die Zahl der an Tuberkulose erkrankten Kinder, die nicht in die Schule, sondern in Heilstätten gehören. Sollen die von den Schulärzten getroffenen Verordnungen von Erfolg begleitet sein, dann ist unbedingt notwendig, daß zum Zwecke einer genaueren Durchführung eine Schulküsterin angestellt wird, die die Eltern auf das Befolgen der ärztlichen Anordnungen aufmerksam macht. Lebhafteste Beschwerden führen die Vergte über die Verordnungen in die Ferienkolonien. Die peinliche Sorgfalt sowie vorsichtige Auswahl zur Verpflegung der Kinder wurde schlecht belohnt, da nur ein geringer Teil der vorgeschlagenen Kinder berücksichtigt werden konnten. Dies lag wesentlich daran, daß ein erheblicher Teil der bürgerlichen Vertreter für derartige Zwecke im Stadtparlament die Mittel zu knapp hält. Nur die Sozialdemokratie hat für derartige Zwecke das richtige Verständnis gezeigt. Das Ansinnen der Rektoren, daß die Schulärzte bei den Eltern in den Wohnungen Erkundigungen einzuziehen sollten, um festzustellen, ob die Angaben der Eltern oder Kinder richtige seien, wenn letztere einmal die Schule nicht besuchten, wurde energisch zurückgewiesen.

Rummelsburg.

Eine bis auf den letzten Platz gefüllte öffentliche Versammlung fand am Montag im großen Saal des „Casé Bellevue“ statt. Gemeindeführer Eugen Bräuner hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Vollbeitrag durch die Reichsversicherungsordnung“. In klaren Zügen erläuterte Redner die so reichhaltig an Paragraphen gehaltene, den Innungen und Landesversicherungen zum Schutze, den Arbeitern zum Schaden geschaffene Reichsversicherungsordnung. Treffend wies der Referent den Argwohn der Regierung, daß in den Vorständen sozialdemokratischer Mißbrauch getrieben wurde, zurück; die Regierung habe bis jetzt unterlassen, auch nur einen einzigen Fall anzuführen. Die Invaliden-Versicherung bringe dasselbe Verhältnis nur zum Schaden der Arbeiter. Einstimmig gab die Versammlung der in Berlin angenommenen Resolution ihre Zustimmung. Gen. Schmidt und Hoffmann eruchten die Versammlung, die notwendige Befestigung der Sonntagsgewerbe im Kaufmannsgewerbe möglichst dadurch herbeizuführen zu helfen, daß die Frauen der Genossen des Sonntags nichts mehr einkaufen. Eine in dem Sinne verfaßte Resolution wurde angenommen und unseren Gemeindevorstern zur Befestigung übermittelte.

Gen. Wikt. wies auf das mit schweren Opfern errichtete Jugendheim hin, und forderte die Genossen auf, die Jugend demselben zuzuführen. Am Schluß der Versammlung forderte Gen. Uebcher die Anwesenden auf, aus dem Schichten die Konsequenz zu ziehen, und sich der gewerkschaftlichen, politischen sowie der genossenschaftlichen Organisation anzuschließen.

Treptow-Baumschulweg.

Unter harter Beteiligung wurde am Dienstag unser Genosse Schmitt auf dem hiesigen Gemeindefriedhof beerdigt. Der stimmungsvolle Gesang des Gesangsvereins „Viedersfreundschaft“ hatte

der Trauerfeier einen würdigen Charakter verliehen. Ohne Zwischenfall sollte die Feier aber leider nicht beschloffen werden. Als im Namen des Wahlvereins Genosse Lüdicke einen Kranz niederlegte und einige Widmungsworte sprechen wollte, störte der Friedhofsinpektor die Feier mit den Worten: „Neben mit lieber Freund und so dürfen Sie hier am Grabe nicht halten.“ Als Lüdicke noch die Worte sprach: „Lieber Freund, zu früh bist Du Deiner Familie und uns entrisen worden“, rief er, „ich werde Sie anzeigen“.

Um die bis dahin ruhig und würdig verlaufene Feier durch den Inspektor nicht weiter stören zu lassen, mußte man sich vorläufig bescheiden. Unsere Gemeindevorsteher werden wohl Gelegenheit nehmen, in geeigneter Weise den Herrn Bürgermeister über ein derartiges Verhalten des Friedhofsinpektors zu interpellieren, das mit wenigstens in Zukunft solche Störungen vermieden werden.

Pankow.

Am Sonntag, den 21. August, findet vom hiesigen Arbeiter-Gesangsverein ein Sommerfest im Restaurant Prochaska, Viktoriastraße, statt, das um 3 Uhr mit Konzert beginnt. Da der Verein bei Parteifreizeiten stets gerne mitwirkt, darf er wohl die Unterstützung der Genossen erhoffen.

Adlershof.

Am Sonntag, den 21. August, findet im Lokale von Wälfstein das Gewerkschaftsfest, veranstaltet vom Wahlverein und Untermission der Gewerkschaften, statt. Das reichhaltige Programm weist unter anderem auf: Mitwirken des Arbeitergesangsvereins „Prochaska“, sowie erstklassige Spezialitäten und Kinderbelustigungen der verschiedensten Art. Die Festrede hält Reichstagsabgeordneter Genosse Friedrich Zubeil. Wir eruchen die Genossinnen und Genossen, recht roge für den Besuch genannter Veranstaltung zu agitieren.

Lichtenberg.

Die am Dienstag stattgefundene Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins nahm zunächst den Bericht von der Kreisgeneralversammlung entgegen. Die längste Zeit nahm der Badenser Disziplinbruch in Anspruch. Das Verhalten der Badenser wurde von sämtlichen Parteigenossen scharf verurteilt. Ebenso wurde die vom Genossen Mirus auf der Generalversammlung vertretene Ansicht nicht geteilt. Einige Genossen waren der Meinung, die Resolution Stadthagen wäre zu scharf. Es genügte, wenn die Resolution des Zentralvorstandes angenommen würde, welche zum großen Teil daselbst enthalte. Durch diese Ansicht wurden einige Redner veranlaßt zu betonen, daß bei einer derartigen Affäre „in Klarheit zum Ausdruck kommen müsse, wie über diese Angelegenheit gedacht wird. Genosse Düwelle verlangte eine nochmalige Abstimmung über die Resolution Stadthagen, damit festgestellt werden könne, ob die Mitglieder mit dieser Resolution einverstanden sind. Die Zustimmung erfolgte gegen fünf Stimmen.

Weißensee.

Laßt Herr Dr. Pape in Ruhe! verlangt das „Weißenseer Tageblatt“; das Ansehen des Ortes wird geschädigt, wenn Berlin-Zeitungen fortwährend sich mit der Person des besoldeten Schöffe in so herablassender Weise beschäftigen. Das aber gerade „Weißenseer Tageblatt“, die „unabhängige“ Hausbesitzerzeitung, die Leiborg an des Herrn Doktor seinerzeit in sensationeller Weise Gehaltszahlung resp. Verweigerung aufbaute, ist in Verlegenheit geraten, denn damals ließ Herr Dr. Pape über seine Person im Sperrkreuz schreiben, daß schon wieder ein Gewaltstreik des Gemeindevorstandes gegen ihn ausgeführt ist, indem man ihm das Gehalt sperre. Ich weiß das Ansehen des Ortes durch solche Lächerlichkeiten gefördert oder geschädigt wird, lassen wir getrost alle einsichtigen Leute entscheiden. Wenn man aber glaubt, damit die Verichterstattung des „Vorwärts“ zu glossieren, und das bezwecken die Eingekerkerten im bezeichneten Organ, so sind die Einsender auf falschem Wege. Wer sich in Besatz begibt, kommt darin um, sagt ein altes Sprichwort. Die Angriffe des Herrn Dr. Pape auf die Arbeiterzeitung sollen ja doch erneut werden, er will ja, wie angekündigt, aus seiner Kaserne herausgehen, folglich wird man über seine Person noch lange nicht zur Ruhe kommen.

Potsdam.

Ueber das Vermögen des Oberlehrers Lange an einer höheren Knabenschule ist nach dessen Tode der Kontur eröffnet worden. Die gerichtliche Abrechnung bei der Schlußverteilung zeitigte folgendes bemerkenswerte Resultat: 87 596,70 M. Forderungen steht eine verfügbare Masse von 6208,24 M. gegenüber, wovon noch die gerichtlichen Kosten und die Inkassogebühren zu begleichen sind. — Herr Lange muß neben unbefränktem Kredit recht noble Passionen gehabt haben.

Erst vor kurzem hatte sich das Militärgericht in Potsdam mit einer nächtlichen Ausschreitung von Chargierten gegen Zivilisten (damals Offiziere in Zivil) beschäftigt und diese zu schweren Strafen verurteilt. Jetzt beschäftigt wieder ein ähnlicher Fall die Defensionsliste. Ein Wajster (Unteroffizier) hat nach Witterung nach dem Spanbauer Markt fahrende Gemüschhändler in der Jägerallee aufgehalten, die Wagenlaternen ausgepusht und belästigt. In dem Streit mischten sich dann drei weitere Unteroffiziere ein. Erst nach ungefähr einer Stunde konnten die Händler ihren Weg fortsetzen und dann auch erst, nachdem die vom Redier alarmierte Polizei die Streitenden auseinanderbrachte. Nicht allein wegen dieses nächtlichen Unfalls, sondern auch wegen Ueberschreitung ihres Urlaubs haben bereits die militärischen Vernehmungen stattgefunden. Es wird sich noch als notwendig erweisen, daß ein besonderer nächtlicher Polizeidienst zum Schutze der Einwohner in der Nähe von Kasernen eingerichtet wird, um so mehr, da doch sonst die Polizei, z. B. bei Wahlrechtversammlungen, sehr fürsorglich war.

Jugendveranstaltungen.

Potsdam. Sonntag, den 21. August, findet ein Ausflug der schulerklassigen Jugend nach Caputh statt. Versammlung um 9 Uhr am Tabakbäusch (Bastplatz). Die Parteigenossen wollen ihre Söhne und Töchter darauf aufmerksam machen.

Leser- und Diskutterklub „Wilhelm Viehdreht“. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Danksgr. Str. 13, Vortrag. Gäste willkommen.

Ämlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Milch: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise gedrückt. Weizengr.: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Roggen: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise mit Ausnahme von Kalen hoch. Hafer und Raps: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälte, Oel und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 8.	15. 8.	Wasserstand	am 16. 8.	15. 8.
Remel, Mühl	184	+9	Saals, Großhly	110	-4
Tegel, Unterberg	95	-10	Havel, Spanbau	80	0
Reichel, Thon	250	-18	Havel, Potsdam	63	0
Oder, Rathor	180	-12	Spree, Spremberg	144	-4
• Krollen	183	-25	• Beckow	141	+2
• Frankfurt	217	-3	• Röhren	47	0
• Scharf, Schrum	—	0	• Röhren, Röhren	44	-5
• Landsberg	30	0	• Havel, Mühlhansau	574	-32
• Borsdam	-18	+2	• Röhren	400	+2
• Eibe, Leitmeritz	-3	+11	• Röhren	403	+4
• Dresden	-120	-8	• Röhren, Heilbrunn	80	-14
• Bardo	154	-12	• Röhren, Wierthelm	—	—
• Wagsburg	188	-7	• Röhren, Wierthelm	—	-9

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 18. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues König. Opern-Theater.
Lebensgrün. (Anf. 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Haus.
Sammerpiele. Liebeswalzer.
Leffing. Geppentier.
Berliner. Lahn.
Romische Oper. Zigeunerliebe.
Kleines. Lustspiel.
Neues. Kolerentia.
Reisende. Im Taubenschlag.
Neues Schauspielhaus. Kaffee.
Waffen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Bolnische Wirtshaus.
Schiller O. (Waller-Theater.)
Die Zauberslöte.

Schiller-Charlottenburg. Die zärtlich Verwandten. In Zivil.
Berliner Volksoper. Der Flieger.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Palais. Auf der Goldwage.
Heddel. Dem gehört Helena?
Der Fuß auf der Redoute. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Herrnfeld. Die Welt geht unter.
Wenn zwei dasselbe tun.
Stole. Ein seltsamer Fall.
Trianon. Pariser Witwen.
Soltes Caprice. Die böse 13.
Die feuchte Komete. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kolig. Lebenswellen.
Puhlmann. Im Ehr und Liebe.
(Anfang 1/2 Uhr.)
Metropol. Jakob II — Die große Revue.

Wpoko. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Prater. Schützenlied.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Uterndok.

Max Nitem. Spezialitäten.
Volksoper. Spezialitäten. Die Jagd nach dem Schwiegerjohn.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Streifzüge durch Norwegen.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-59.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Geppentier.
Freitag 8 Uhr: Das Konzert.
Sonntag 8 Uhr: Zanzibar der Rarr.
Sommerpreise: Part. 5, 4 u. 3 M. 10.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Taifun.
Morgen: Taifun.

Neues Theater.
Täglich:
Kasernenluft.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Volksoper.
Heute 1/2 Uhr:
Sollspiel des Neuen Schauspielhauses:
Der Flieger.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. W. Müller
u. H. Bodensky. Musik v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Im Taubenschlag.
Schwan in 3 Akten von Hennequin
und Heber.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.
Sommer-Preise.

Luisen-Theater.
Nur noch wenige Aufführungen:
Abends 8 Uhr: Auf der Goldwage.
8 Uhr: Auf der Goldwage.
Schauspiel in 5 Akten v. Stahl u. Ritterfeldt.
His Freitag: Auf der Goldwage.
Sonntag 8 Uhr: Der Graf von Monte Christo. 8 Uhr letzter
Sonntag: Auf der Goldwage.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Hansfurter Str. 100.
Ein seltsamer Fall.
Wann Schauspiel in 4 Akten
von Moritz und Günther.
Anfang 8 Uhr. Ende 1/2 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-
vorstellung. Spezialitäten. (Neues
Programm.) Anfang 4 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr):
Pariser Witwen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abends 8 Uhr:
Prof. Bjarno Smith aus Bergen:
Streifzüge durch Norwegen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren diese Hälfte.

Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich 6-11 Uhr:
Riesen-Kinematograph.

Passage-Panoptikum.
Bodhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Von 4-7 Uhr
Vitascope-Theater
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein einziger Erfolg!
In einem amerikanischen
Bulldog-Tingeltangel.
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-
Programm.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das Eröffnungs-Programm.
Mizzi Wirth,
der bestbekannte Operetten-Star.
Rajah, ägyptische Tänzerin.
Paul Cinquavalli, Meister-Jongleur.
The eagle and the girl, mystischer
Illusionsakt.
Paulton u. Deley, kom. Radfahrer.
Morris u. Leona, amerik. Tänzer-
paar.
Dorothy Toye, amerikan. Stimm-
phänomen.
Bert Levy, Zeichner eigen Genres.
Collins u. Hart, Exzentri-Parodist.
Archie L. Goodale, Evolution im
Riesenspaß.
The 12 Sunshine girls, englische
Gesangs- und Tanz-Ensemble.
Biograph.

Apollon Theater
Ab 8 Uhr die Kolossal-Attraktionen.
5 = Schönheiten = 5
Tänzerinnen forinnas.
Schimpanse - Orang-Utan
als Tandemfahrer.
Lilly Walter Schreiber,
der größte kleinste Paradies-Stern.
Jules des Seelöwen.
Demokritos, die letzte Neuheit,
u. das meiste Sensationsprogramm.

Herrnfeld Theater
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Billetvorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich: Schützenlied.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
8. Sept.: Gr. Kindertraudentast.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Waller-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Zauberslöte.
Oper in 2 Akten von H. W. Rogart.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die kleinen Mäde.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Freischütz.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die kleinen Mäde.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Auffspiel in 3 Akten von R. Benedix.
Hierauf: In Zivil.
Schwan in 1 Akt v. Gustav Kadelburg.
Ende nach 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: In Zivil.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: In Zivil.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Groterjan, Inhab.: Rud. Marz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonntags, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Preis wech. Progr. Neb.
Sonnt. i. Oberjahl: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freifongert.

Karl Haverland-
Anfang Theater präz. 7 1/2 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Premiere
Sonntag, den 20. August.

CIRCUS
Cyrlil Hallé
Berlin, Potsdamer Straße
Alter Botanischer Garten.
Fernruf:
Amt 6, 129.

Heute Donnerstag, 18. August,
abends 8 1/2 Uhr:
Debut
Cremo Hoffmann,
Heldentenorist zu Pferde.
Letzter Tag
im Alten Botan. Garten:
Freitag, 19. August,
abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: Waller Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 Uhr.

Walhalla-
Varietè-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Erol in seinen
36 Verwandlungen 36
und die übrigen Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
früher Weilmann.
Sobitz 8, Behm u. Bellermannstraße.
Täglich: Konzert-, Theater- und
Spezialitäten-Vorst. Das neue Reizen-
kongressprogramm. Neu: Der Zigeuner-
baron, ab.: Die Jagd u. d. Schwieger-
john. Hoffe m. Gei. u. Lang in 5 Bild.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich abends 1/2 10 Uhr:
Elternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.
Vorher: **Spezialitäten.**
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.
Wenn Schön - im Garten!
Wenn Regen - im Saal!
Täglich:
Konzert. Neue Spezialitäten.
1/2 8 Uhr:
Im Ehr und Liebe.
Anf. 1/2 Uhr, Sonnt. 1/4 Uhr. Ball.
Entree 30-50 Pf., Sonnt. 30-100 Pf.
Kinder halbe Preise.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Solree.
(Gesangsbeiträge, Theater und
Varietè-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: Tanzkränzchen.
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. - Alle Bonds gültig.
Im Refektor: Mittagsstisch 75 Pf.
Gr. u. H. Säle zu Festlichkeiten
aller Art. Max Saeger.

Nible's Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend
und Sonntag: 4432
Großer Ball.
C. Nible.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 4. September, 3 Uhr
Eröffnungs-Vorstellungen
Thalia-Theater
Galsworthy:
Kampf.
Abt. 9/10 (Gruppe 40-43)
Neues Schauspielhaus
Björnson:
Ueber unsere Kraft.
Abt. 1 (Gruppe 1-4)
Herrnfeld-Theater
Sonntag, 18. September:
v. Schönhan-Kadelburg:
Der Herr Senator.
Abt. 11/12 (Gruppe 49-51)
Extravorstellung
im Lessing-Theater
Sonntag, 20. November:
Hartleben:
Rosenmontag.
Die Mitgliedskarten müssen noch heute aus
den Zahlstellen abgeholt werden, da dieselben
sonst an neue Mitglieder ausgegeben werden.
Neue Mitglieder können sich in allen Zahl-
stellen anmelden.

Ordnersitzung
Sonntag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich, im
Gewerkschaftshaus.
Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Volgt-Theater
Gefundbrunnen Badstr. 58.
Donnerstag, 18. August, 1/2 8 Uhr:
Lebenswellen.
Gr. Lebensbild mit Gesang und Tanz
in 4 Akten von H. Hilfen.
Das neue erstklass. Augustprogramm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Beginn der Winterferien 1910/11:
Montag, den 5. September.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer
Stralanderstr. 1

Königstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72, Ecke Wexhardenstraße.
Inhaber: Max Schindlerhaus.
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theaterlaad).
Les Flours, Hand- u. Kopfquiltst.
Kio ? des Leisels Wädel.
The Willabus, Champion-Raf.-Akt.
Rittwoch: **Freitag.**
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 5

Reichshallen-Theater.
Von nun woch. täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater,
Spezialitäten.

Spree-Garten
Treptow.
(Gegenüber der Sternwarte.)
Heute Donnerstag:
Elitetag.
Großes
Militär-Konzert
Monster-Gala-Feuerwerk
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Kinder 15 Pf.

Im Riesensaal:
Großer Ball.

Luna-Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translatour- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schupplattler.
Neu! Tanagra, das achte
Weltwunder.
Eintrittspreis 50 Pf.
Sonntag, den 20. August
Elitetag
Jubiläums-Fest
anlässlich des
100.
Abends soll bestehen des Luna-Parks.
Monster-Konzert
150 Musiker
(5 Kapellen)
Dauervorstellungen im Tanagra-Theater.
Brillant-Feuerwerk.
Konfettischlacht Luftschlangen

